



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Die Rolle der Medien im Demokratisierungsprozess  
Ägyptens“

verfasst von

Maram El-Azrak

angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung

Betreuerin / Betreuer:

Dr. Tina Olteanu, MA

## **Danksagung und Widmung**

Ein besonderes herzliches Dankeschön möchte ich an meine Betreuerin Dr. Tina Olteanu richten, die sich bereit erklärt hat, diese Arbeit von Stanford aus zu betreuen.

Ebenso möchte ich Sanita, Jermen, Susu und May danken, die mir immer Mut gemacht und mich unterstützt haben.

Gewidmet

Meinen Eltern Mona und Mohamed, sowie meiner Schwester Mennat.

# Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	7
<hr/>	
1. 1 Zielsetzung	9
<hr/>	
2 Theoretische Ansätze	
<hr/>	
2.1. Transitionsforschung	11
2.1.2. Transition	11
2.1.3. Transitionstheorien	12
2.1.4. Transitionsphasen	15
2.1.5. SKOG	17
2.2. Medien	20
2.2.1. Begriffe	20
2.2.1.1. Medien	20
2.2.1.2. Neue Medien	21
2.2.1.2.1. Social Networks (Soziale Netzwerke)	22
2.3. Medien und Politik	24
2.3.1. Politische Kommunikation	24
2.3.1.1. Politische Kommunikation in Demokratien und Diktaturen	25
2.3.1.2. Politische Kommunikation in hybriden Systemen	26
2.3.2. Rolle der Medien in Demokratien	27
2.3.2.1. Wechselbeziehung zwischen Medien und Politik	30
2.3.3. Rolle der Medien in Transitionen	32
2.3.3.1. Funktionen der Medien in Transitionsprozessen	33
2.3.3.2. Medien in verschiedenen Phasen	34
2.3.3.3. Exkurs	36
2.4. Reflexion	40

<b>3 Politisches Machtgefüge vor dem Arabischen Frühling</b>	<b>41</b>
<hr/>	
3.1. Die Regime – Koalition	41
3.1.1. Präsident Mubarak und sein Umfeld- die National Demokratische Partei (NDP)	42
3.1.2. Das Militär	44
3.1.3. Die Unternehmerelite	44
3.2. Die Opposition	45
3.2.1. Die Parteien	45
3.2.2. Die Muslimbruderschaft	46
3.2.3. Weitere Gruppen	47
3.3. Ausgangslage vor dem Arabischen Frühling	48
<b>4 Verbreitung der Medien</b>	<b>50</b>
<hr/>	
4.1. Verbreitung des Internets und der sozialen Netzwerke	50
4.1.1. Soziale Netzwerke	51
4.2. Verbreitung der Mobiltelefone	52
4.3. Verbreitung von Fernsehern	52
4.4. Verbreitung von Zeitungen	53
4.5. Zusammenfassung	54
<b>5 Ausgangslage: Medien im Autoritären System</b>	<b>55</b>
<hr/>	
5.1. Entwicklung der Medienlandschaft	55
5.2. Medien unter Mubarak	57
5.2.1. Strategie	57

5.2.2. Kontrollmechanismen	58
5.2.2.1. Institutionelle Kontrollmechanismen	58
5.2.2.2. Rechtlicher Rahmen	61
5.2.3. Wandel der Medienlandschaft unter Mubarak	65
5.2.3.1. Oppositionelle Medienstrategien ab 2005	66
5.2.3.2. Jugend 6. April und da Internet	70
5.3. Zusammenfassung	72
6 Zerfall des Regimes	74
<hr/>	
6.1. Hintergrund	74
6.2. Die Initiatoren des Protests – „Die Facebook- Jugend“	76
6.3. Einfluss der Medien während der Revolution	77
6.3.1. Vor dem Protest	77
6.3.2. Verlauf des Protests und die Nutzung verschiedener Medien	78
6.3.3. Facebook- Revolutions?	83
6.4. Analyse	86
7 Transition	88
<hr/>	
7.1. Phase 1: Der Hohe Rat der Streitkräfte (SCAF)	88
7.1.1. Medien unter dem Hohen Rat der Streitkräfte	91
7.2. Phase 2: Präsident Mohamed Mursi	93
7.2.1. Medien und die Muslimbruderschaft	94

7.3. Phase 3: Staatskrise	96
7.3.1. „Media Wars“	97
7. 4. Ausblick: Vor der Revolution ist nach der Revolution	99
8 Conclusio	101

---

Literaturverzeichnis	104
Abstract	112
CV	114

# 1 Einleitung

Nach den Erfahrungen von Transformationsprozessen in Lateinamerika und Osteuropa wurde immer wieder die Frage gestellt, wann sich arabische Staaten demokratisieren. Trotz Phasen der Liberalisierung und Revitalisierung zivilgesellschaftlicher Akteure, blieb der grundlegende Wandel in der Region aus. Gründe für diesen „Arab Exceptionalism“ wurden in den Untersuchungen einerseits an externen Faktoren andererseits an der kulturellen Prägung der festgemacht.

In den ersten Monaten des Jahres 2011 kommt Bewegung in die Region und es beginnt in der arabischen Welt das, was später als „Arabischer Frühling“ bezeichnet wird. Am 11. Februar 2011 gibt Präsident Hosni Mubarak nach dreißig jähriger Amtszeit seinen Rücktritt bekannt. Dem Rücktritt waren Massenproteste in den verschiedenen Städten Ägyptens vorausgegangen. Die Proteste, die am 25. Jänner starteten, verlangten die Demokratisierung des Landes und eine Abkehr von der Diktatur. Die Träger der Revolution waren vor allem die Jugendbewegungen Ägyptens, die durch die Revolution in Tunesien, die es geschafft hatten ihren Präsidenten Zain al Abidin ben Ali aus dem Land zu verjagen, inspiriert wurden. Seit 2011 befindet sich Ägypten in einem Transitionsprozess.

Das Internet und insbesondere soziale Medien finden in diesem Zusammenhang eine große Aufmerksamkeit. Insbesondere die sozialen Netzwerke Facebook und Twitter, sowie der Nachrichtensender Al- Jazeera, welcher Film- und Audioaufnahmen von den Protesten einer breiten Masse zugänglich macht, werden in diesem Zusammenhang eine besondere Verantwortung an den Ereignissen zugesprochen. Denn sowohl in Tunesien als auch in Ägypten haben Medien, vor allem Neue beziehungsweise Soziale Medien, eine relevante Rolle gespielt. In beiden Fällen, nutzten die Jugendlichen soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter um den Protest zu organisieren und die Massen zu mobilisieren. Demzufolge wurde auch in beiden Fällen von „Facebook-Revolutionen“ gesprochen.

Das Ziel der vorliegenden Arbeit ist daher ein besseres Verständnis dafür zu schaffen, welchen Einfluss Medien bei politischen und sozialen Entwicklungen tatsächlich in Ägypten hatten und haben können. Es gilt zu ermitteln, welche Rolle Medien tatsächlich in einem Demokratisierungsprozess zukommt und inwieweit Medien diesen Prozess beeinflussen können.

Ich richte den Fokus meiner Untersuchung deshalb auf die Medien, weil deren Bedeutung für Demokratisierungsprozesse, trotz deren Rolle in der dritten Demokratisierungswelle in einigen Ländern Osteuropas, bislang in der Forschung vernachlässigt wurde. Die beiden Forschungsfelder, Transition und Medien, wurden bisher kaum zusammen betrachtet. Ob zu Recht oder zu Unrecht, sei anhand des Beispiels von Ägypten in dieser Arbeit zu diskutieren.

Hierbei soll es nicht ausschließlich um die Rolle der verschiedenen Medien zu Beginn des Demokratisierungsprozesses gehen, sondern zunächst ein Einblick in den vorrevolutionären Kontext gegeben werden um ein besseres Verständnis für die Entwicklung der Medien zu schaffen. Darauf aufbauend wird auf die Rolle der Medien als Vermittler zwischen Politik und Gesellschaft in den schwierigen Phasen des Übergangs eingegangen. Wie diese Vermittlerrolle aussieht beziehungsweise aussehen kann, welche Macht die Medien tatsächlich ausüben können und wie groß ihr Einfluss in diesem schwierigen politischen Übergangsprozess ist, wird am Beispiel von Ägypten überprüft.

Der Fokus wird auf Ägypten gelegt, weil sich die Medienlandschaft des Landes in dem letzten Jahrzehnt rapide verändert hat. Insbesondere Satellitenfernsehen und die Etablierung von privaten Sendern haben zu diesem Wandel beigetragen. Ägypten spielt zudem in der MENA<sup>1</sup>- Region eine bedeutende Rolle, da sie wegen ihrer Bevölkerungsdichte, militärischen Stärke, geopolitischen Lagen und ihren diplomatischen Beziehungen zu den USA, Israel und anderen arabischen Staaten einer der wichtigen politischen Kräfte in der Region ist.

---

<sup>1</sup> „MENA“ steht für Middle East – North Africa. Als MENA- Staaten sind alle nordafrikanischen und arabischen Staaten des Nahen Ostens gemeint.

## 1.1. Zielsetzung, Fragestellung und Gliederung

Ziel dieser Arbeit ist es ein besseres Verständnis dafür zu schaffen, welchen Einfluss Medien auf politische und soziale Entwicklungen in Ägypten haben. Daher ist Gegenstand dieser Arbeit zu überprüfen auf welcher Weise und in welchem Ausmaß, verschiedene Medien in Ägypten den schwierigen Demokratisierungsprozess des Landes mitgestalten.

Da Medien sowohl Objekt als auch Subjekt eines Transitionsprozesses sind ergeben sich folgende Fragen:

Medien als Subjekt der Transition:

1. Wie gestaltet sich der Einfluss der Medien auf den Transitionsprozess?

- Wie weit reicht das Demokratisierungspotential der Medien in den verschiedenen Phasen der Demokratisierung?
- Welche Aussagen können über die Bedeutung der Neuen und Sozialen Medien für die Demokratieentwicklung in Ägypten getroffen werden?
- Können sie oppositionelle Gruppen in ihrer Konfliktfähigkeit stärken und damit politischen Wandel herbeiführen?
- Sind sie „agents of change“?

Medien als Objekt der Transition:

2. Welche Veränderungen erfahren Medien im Laufe des Transitionsprozesses und welche Chancen oder Gefahren ergeben sich daraus?

- Inwieweit können sich Medien vom autoritären Regime emanzipieren?

Allgemein:

3. Wie entwickelt sich das Verhältnis von Politik und Medien im Laufe der Transition?

Der zu untersuchende Zeitraum bezieht sich auf die Jahre 2005 bis 2013.

Als empirische Grundlage zur Beantwortung dieser Fragen dienen mir zahlreiche Analysen zur Medienlandschaft Ägyptens sowie Berichterstattungen aus ägyptischen und internationalen Zeitungen.

In Kapitel 2 dieser Arbeit wird zunächst die theoretische Grundlage, sprich der Transitionstheorie und in die Medienforschung bestimmt. Hierbei werden die für die Arbeiten wichtigen Begriffe und Konzepte in Bezug auf Medien und Transition erläutert, sodass ein Fundament gelegt ist, um die beiden Themen miteinander in Verbindung zu setzen. Es wird erläutert, welche Funktionen Medien normativ in einer Demokratie übernehmen und welche Rolle ihnen in einer Transition zu kommen kann. In einem Exkurs wird separat darauf eingegangen, welche Vorteile das Internet gegenüber anderen Medien in Bezug auf Demokratisierungspotential hat.

In Kapitel 3 wird ein Überblick über die relevanten Akteure gegeben, die in der Transition Ägyptens eine wichtige Rolle spielen und die verschiedene Medien, für eigene Zwecke beeinflussen können. Es werden die strategischen, machterhaltenden Gruppen sowie die oppositionellen, konfliktfähigen Gruppen vorgestellt.

Bevor analysiert werden kann, welche Rolle die verschiedenen Medien in den unterschiedlichen Phasen der Transition spielen können, wird in Kapitel 4 vorerst ein Überblick über die Verbreitung der verschiedenen Medien in Ägypten gegeben.

In Kapitel 5 folgt eine Analyse der Medienentwicklung und Medienlandschaft Ägyptens um einen Status Quo auszumachen. Dabei stehen Ägyptens historische Hintergründe im Zentrum, um ein besseres Verständnis für die Analyse der Medienentwicklung im Transitionsprozess zu liefern. Es wird darauf eingegangen, wie bereits zur Amtszeit Mubaraks, verschiedene Kommunikationsmittel von den jeweiligen strategischen oder oppositionellen Akteuren eingesetzt wurden, um seine politischen Ziele zu erreichen.

Da die Revolution vom Jahr 2011 ein zentraler Moment für die Transition Ägyptens darstellt, und in den westlichen Medien immer wieder von einer Facebook- Revolution die Rede ist, soll in einem eigenen Kapitel 6 darauf eingegangen werden, welche Rolle soziale Netzwerke im Vergleich zu anderen Medien tatsächlich spielten.

In Kapitel 7 werden die politischen Ereignisse der postrevolutionären Phasen nachgezeichnet und darauf eingegangen, welche medialen Strategien, die jeweiligen politischen Akteure angewendet haben und wie Medien vorgegangen sind um den politischen Prozess zu beeinflussen.

In Kapitel 8 wird Bilanz gezogen.

## **2 Theoretischer Ansatz**

### **2.1. Transitionsforschung**

Um zu untersuchen, welcher Mittel es bedarf, um einen Wandel beziehungsweise Wechsel des politischen Systems herbeizuführen und was Medien gegen den Status Quo ausrichten können, bieten sich Ansätze aus dreißig Jahren Transitionsforschung an. Die Transitionsforschung ist als Teilbereich der Politikwissenschaft Mitte der 1980er, in Folge politischer Umbrüche in den 1970er Jahren - der sogenannten „dritten Welle der Demokratisierung“ (Huntington 1991) – entstanden. Seit den 1990er Jahren wird der theoretische Ansatz der Transitionsforschung mit der Konsolidierungsforschung unter dem Begriff der Demokratisierungsforschung subsumiert.

#### **2.1.2. Transition**

Transition bedeutet ins Deutsche übersetzt „Übergang“ und bezeichnet den Wechsel von autokratischen zu demokratischen Regimen. Der Begriff fand erst mit Etablierung der gleichnamigen Transitionsforschung Verbreitung. Während der Begriff der Transition vor allem aus dem nordamerikanischen Raum kommt und vertreten ist und sich ausschließlich auf den politischen Sektor beschränkt, werden in der deutschsprachigen Politikwissenschaft die Begriffe „System“ statt Regime und „Transformation“ verwendet. Beide Begriffe beschränken sich nicht nur auf politischen, sondern beziehen auch wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wechsel mit ein. Da im Falle Ägyptens vor allem der politische Wandel im Vordergrund steht und von Interesse ist, wird in dieser Arbeit mit dem Begriff der Transition gearbeitet.

O’ Donnell und Schmitter definieren Transition allgemein hin als das Intervall zwischen zwei verschiedenen politischen Regimen (vgl. Schmädke 2012: 8). Ausgangspunkt jeder Transition ist der Beginn der Auflösung eines autoritären beziehungsweise diktatorischen Regimes.

Eine Transition führt jedoch nicht zwingenderweise zur Etablierung eines demokratischen Regimes, denn so klar der Ausgangspunkt eines Transitionsprozesses, so unklar ist dessen Verlauf. Eine begonnene Transition mündet daher nicht notwendigerweise in eine Demokratie.

Laut O'Donnell und Schmitter gibt es zum Beispiel vier mögliche Transitionsszenarien:

1. Etablierung eines neuen autoritären Regimes mit anderer Form
2. Etablierung einer politischen Demokratie
3. Entstehung einer gewaltsamen Konfrontation
4. Dauerhafte politische Konfusion, welches bedeutet, dass es zu keiner gefestigten Institutionalisierung der neuen Regeln und Zuständigkeiten zur Ausübung politischer Herrschaft sowie ständig wechselnder Machträgern kommt (vgl. O'Donnell/ Schmitter 1986).

### **2.1.3. Transitionstheorien**

Die Transitionsforschung befasst sich mit dem politischen Phänomen des Regimewechsels und hat die Analyse von Ursachen, Trägern und Wirkungen von soziopolitischen Umbrüchen zum Gegenstand. Im Zentrum des Erkenntnisinteresses stehen hierbei folgende Fragen: Wie findet Demokratisierung statt? In welcher Form, welchem Zeitraum und in welchen Etappen finden demokratische Umwandlungsprozesse statt? Ein cursorischer Blick auf die Literatur zeigt, dass es zur Beantwortung dieser Fragen eine Reihe von Ansätzen gibt, die sehr dichotom sind. Der Übergang eines nicht- demokratischen Regimes zu einem demokratischen ist ein nämlich ein komplexer Vorgang, sodass monokausale Erklärungsmuster nicht ausreichen um diese Übergangsprozesse zu analysieren, denn : “ [e]s sind nicht einzelne “Bedingungen” oder singuläre “Hindernisse”, die die Demokratisierung politischer Systeme erlauben oder verhindern, sondern es sind jeweils wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Bedingungskonstellationen und Restriktionssyndrome, die [...] über den Erfolg und das Scheitern von demokratischen Transformationen wesentlich mitentscheiden.“ (Merkel/ Puhle 1999: 11) Denn je nach Fall und Phase des Übergangsprozesses bieten sich unterschiedliche Phase Herangehensweisen an.

Der Akteursansatz gilt als bevorzugter Theorieansatz in der Transitionsforschung.

Akteurstheoretiker gehen davon aus, dass das Verhalten der Beteiligten Akteure den Wechsel von einem autokratischen Regime zu einer Demokratie entscheidend beeinflusst.

Entscheidend für die Gestaltung von Beginn, Verlauf und Ausgang einer Transition sind daher in den Augen vieler Transitionsforscher handelnde Akteure. Sie sind trotz des Chaos, den ein Übergangsprozess mit sich bringt, die entscheidenden Eckpfeiler eines fortlaufenden Transitionsprozesses. Denn die politischen Strategien, die sie verfolgen, die Handlungen, die sie initiieren und die Allianzen, die sie knüpfen, bestimmen maßgeblich den Verlauf und Erfolg einer Transition beziehungsweise verleihen dem neu entstehenden Regime seine Prägung. Ob und wie eine Transition verläuft, hängt also von den Strategien, den subjektiven Entscheidungen und den Handlungen der relevanten Akteure ab. Da das Resultat einer Transition nicht von vornherein feststeht, resultiert es somit aus den Entscheidungen der Akteure und den Änderungen in den Akteurskonstellationen während des Prozesses (vgl. O'Donnell/ Schmitter 1986: 4ff.) Der entscheidende Gegenstand der Untersuchung ist daher die Dynamik des Wandels, sprich die wechselnden Handlungsspielräume der Akteure und die Interdependenzen von Oppositionellen und Regimeanhängern.

Denn Akteure sind unter höchstem Zeitdruck und höchster Intensität mit den Strategien, Einstellungen und Handlungen der jeweiligen politischen Gegner konfrontiert, welche sich zudem angesichts der sich rasch verändernden politischen Entwicklung auch wieder verändern können und neue Konstellationen herausbilden können. Hinzu kommen Stärkeverhältnisse anderer politischer Eliten und deren Verfügungsgewalt über bestimmte Ressourcen wie Medien.

### *Massen und Eliten*

Auch wenn in der Akteurstheorie von verschiedenen Akteuren die Rede ist, so sind in der politikwissenschaftlichen Transitionsforschung meistens die Eliten gemeint, die eine überragend wichtige Rolle in Demokratisierungsprozessen spielen. Das Verhalten der Eliten wird in der Transitionsforschung als einer der wichtigsten Schlüsselvariablen zur Erklärung von Erfolg und Misserfolg eines Demokratisierungsprozesses angesehen.

Die Massen hingegen sind häufig lediglich eine soziale Kategorie (Merkel/ Puhle 1999: 54), die es je nach Problemlage, Regime und Machtkontext entweder zu mobilisieren oder zu demobilisieren gilt, um das Ziel einer erfolgreichen Demokratisierung zu erreichen.

Sie haben lediglich Einfluss auf die Endphase eines autoritären Regimes, da durch Massenmobilisierungen ein signifikanter Beitrag zur Schwächung des Regimes geleistet wird. In der Anfangsphase eines Regimewechsels können sie sich mit Aktionen beteiligen und den Verhandlungsspielraum der Akteure entweder somit stärken oder schwächen. Abgesehen von kurzfristigen und vorübergehenden Mobilisierungen bleibt der Einfluss der Massen jedoch marginal.

Diesem Ansatz gegenüber stehen Positionen, die strukturelle Bedingungen, wirtschaftlichen und sozialen Wandel, und Verschiebungen der Machtstrukturen einer Gesellschaft als die entscheidenden Faktoren für einen Transitionsprozess betrachten. In der Modernisierungstheorie besteht eine klare Wechselbeziehung zwischen der sozioökonomischen Entwicklungsstufe eines Landes und dessen Demokratisierungsfähigkeit. Für ärmere Gesellschaften ist der Übergang zur Demokratie demnach unwahrscheinlich. Die strukturalistische Transformationsforschung betont die sozio- und machtstrukturellen Bedingungen von Übergangsprozessen. Das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft wird als wichtigster Faktor für demokratischen Wandel gesehen. In der Kulturtheorie gelten die Kultur und die Religion einer Gesellschaft und die daraus entstehenden Interaktionen im Zentrum als entscheidende Faktoren für einen Regimewechsel.

#### 2.1.4. Transitionsphasen

Transitionsprozesse können in unterschiedliche Phasen beziehungsweise Stadien unterteilt werden. Das klassische Verlaufsstadien – Modell besteht zumeist aus den drei Komponenten:

1. Auf- und Ablösung des autoritären Regimes
2. Demokratisierungsprozess
3. Etablierung des neuen Regimes (Konsolidierung) (vgl. Schmädeke 2012: 15)

Der Vorteil dieser Modelle liegt darin, dass zentrale Elemente von Transitionen, wie die Interaktionen der verschiedenen Akteure oder der Mobilisierungsgrad der Bevölkerung, analytisch nach den jeweiligen Phasen der Transition unterschieden werden können.

Auch die beiden Wissenschaftler Guillermo O'Donnell und Phillippe Schmitter (1986) entwickelten ein Modell, in dem der erfolgreiche Übergang von Autokratie zur Demokratie in drei Phasen abläuft, und welches von Merkel (vgl. Merkel 2010: 105) aufgegriffen und modifiziert wurde. Sein Modell basiert auf folgende Phasen:

1. Ende des autokratischen Systems: Das autokratische Regime befindet sich in einer Legitimitätskrise und muss demokratische Zugeständnisse machen. Dieser Phase vorausgegangen sind die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung aufgrund sozialer und wirtschaftlicher Krisen und der Wunsch nach Wandel. Die Ursachen für einen Regimewechsel können sowohl intern als auch extern sein. Meistens ist jedoch ein Ursachenkomplex für den Zusammenbruch verantwortlich. Die Ursachen, die zu einer Demokratisierung führen, beeinflussen den Verlauf des politischen Wandels. Regimewechsel können evolutionär oder durch abrupten Zusammenbruch erfolgen und können von alten Eliten des Regimes gelenkt und kontrolliert oder mit Regimeeliten ausgehandelt oder vom Volk erzwungen werden.
2. Institutionalisierung der Demokratie: Dem autoritären Regime entgleitet die Macht. Das bestehende politische Regime löst sich schrittweise auf und neue demokratische Strukturen etablieren sich. Hier liegt auch die Herausforderung, da alte Normen nicht mehr oder nur zum Teil gültig sind und neue Regeln gar nicht oder nur teilweise etabliert sind.

Politische Akteure des Übergangs haben daher einen großen Spielraum. Hinzu kommt, dass Akteure die Regeln, unter denen sie später agieren werden, selbst gestalten. Sind diese von Partikularinteressen weniger geleitet ist eine instabile Situation mit spürbaren Demokratiedefekten die Folge. Abgeschlossen ist die Demokratisierung mit der Verabschiedung einer neuen demokratischen Verfassung.

3. Konsolidierung der Demokratie: Dieser Abschnitt beginnt mit dem Einsetzen einer demokratisch gewählten Regierung und endet, wenn die Demokratie einen stabilen Zustand erreicht hat und demokratische Praktiken institutionalisiert sind. Eine Demokratie gilt dann als konsolidiert, wenn Wahlen durchgeführt, eine demokratische Verfassung installiert, eine rechtsstaatliche Praxis eingeführt und die Chancen für einen Rückfall in autoritäre Systeme gering sind. Die Kriterien für eine konsolidierte Demokratie variieren jedoch in der Literatur der Transitionsforschung.

In der Praxis überlappen sich diese Phasen häufig. Während einige Subsysteme bereits demokratisch reformiert sind, können andere Teile des Regimes noch autokratisch sein. Merkels Ansicht nach, bieten sich je nach Fall und Phase eines Transitionsprozesses unterschiedliche Herangehensweisen an, weshalb er sich pragmatisch gegen holistische Theorien stellt und stattdessen Kombinationen vorschlägt (vgl. Merkel 1996: 324).

Dieses Phasenmodell ermöglicht auch jene Regime zu erfassen, die im Zwischenraum zwischen autoritären und demokratischen Regimen zu verorten sind, also sogenannte Grauzonenregime. Hierbei werden vier Grauzonenregime unterschieden:

1. Liberalized Autocracy: Liberalisierung ohne Demokratisierung führt in eine liberalisierte Autokratie
2. Popular Democracy: Demokratisierung ohne Liberalisierung führt in eine formalistische Demokratie
3. Limited Political Democracy: Begrenzte Liberalisierung und Demokratisierung führt zu einer limitierten politischen Demokratie
4. Political Democracy: Volle Liberalisierung bei gleichzeitig voller Demokratisierung bedeutet eine vollendete demokratische Transition (Schmädeke 2012: 22).

### 2.1.5. SKOG

Da der Akteursansatz der Transitionstheorie zentral von dieser Arbeit ist, lohnt es sich auf das SKOG- Konzept einzugehen, um ein besseres Verständnis dafür zu schaffen, wie verschiedene Akteure in Verbindung mit Medien, Einfluss auf eine Transition nehmen können.

Aufbauend auf dem Konzept der Strategischen und Konfliktfähigen Gruppen von Schubert , Tetzlaff und Vennwald (Schubert et al. 1994) können in Transitionsprozessen Gruppen aus heterogenen Bevölkerungsschichten eine gemeinsame Identität entwickeln, die, wenn sie sich organisieren gemeinsame Ziele formulieren und verfolgen können. Dabei wird einerseits zwischen strategischen Gruppen, welche das bestehende politische System vertreten, und konfliktfähigen, oppositionellen Gruppen andererseits, unterschieden. Strategische Gruppen haben ein gemeinsames Interesse daran ihre Aneignungschancen zu erhalten und zu erweitern, während konfliktfähige Gruppen, sich ebenfalls organisieren können um gemeinsame Ziele zu verfolgen und ihre Interessen durchzusetzen.

Je höher die „Konfliktfähigkeit“ einer Gruppe ist, desto besser kann sie ihre Ziele verfolgen. Wenn es ihnen gelingt, institutionell legitimierten Einfluss auf die politische Macht zu erhalten, setzt ein Wandlungsprozess ein, dessen Ende offen ist. Das bedeutet, dass Demokratisierung ein Prozess ist, in dem regimeerhaltende strategische Gruppen gegen regimeverändernde konfliktfähige Gruppen um politische Macht kämpfen.

In Bezug auf Medien ist zu prüfen, ob und inwieweit Medien als konfliktfähige Gruppen politischen Wandel forcieren können und welche Faktoren hemmend und welche fördernd wirken.

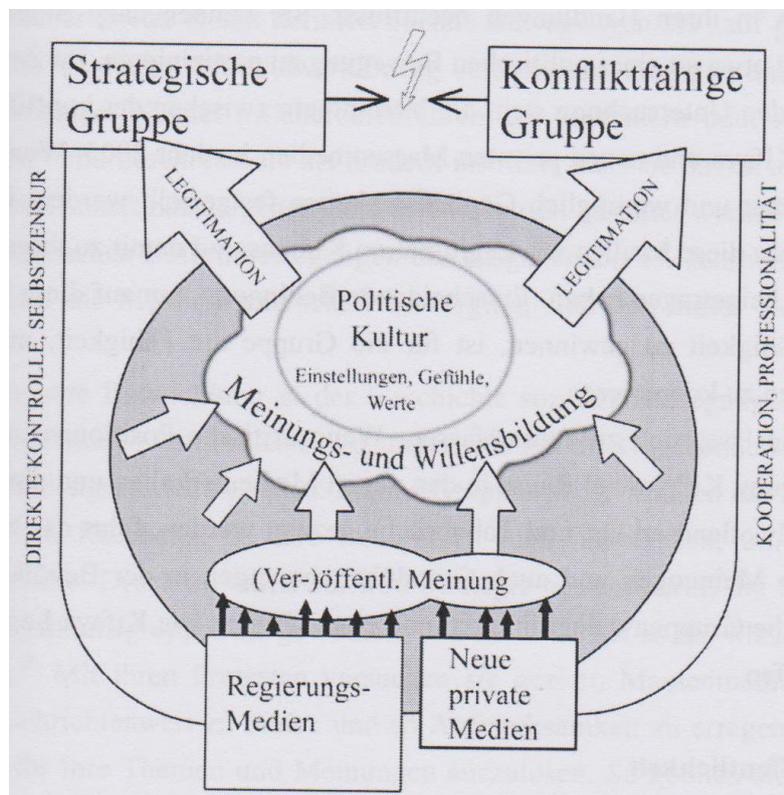
Eine andere Frage wäre welche Rolle Massenmedien im Konflikt zwischen den Gruppen einnehmen, beziehungsweise inwiefern sie Einfluss auf die Konfliktfähigkeit einer Gruppe haben können. Um die Funktionen von Medien für das Potenzial von Gruppen zu ermessen, anders gesagt, um sie in das SKOG- Konzept zu integrieren, hat Schäfer (2009) ein Funktionsmodell (Abb.1) entwickelt, welches Wirkungszusammenhänge zwischen Gruppen, Massenmedien und Meinungen in der Öffentlichkeit erklärt.

Diese Zusammenhänge sind jedoch nicht eindeutig beweisbar, da die Sozialwissenschaften noch keine eindeutigen Belege für solche politischen Auswirkungen gefunden haben. Das Modell ist daher rein funktional und zeigt, welche Wirkungen anzunehmen sind.

Die zentralen Begriffe in diesem Zusammenhang sind öffentliche Meinung, politische Kultur und die Legitimität sowohl strategischer als auch konfliktfähiger Gruppen. Unter öffentlicher Meinung wird die Meinung verstanden, die von Massenmedien veröffentlicht wird.

Massenmedien verbreiten Informationen, aus deren Fülle sich ein Gesamtbild öffentlicher beziehungsweise widerstreitender öffentlicher Meinung ergibt, welche vom Publikum wahrgenommen wird und sich so auf die Überzeugungen der Öffentlichkeit auswirkt, auch wenn sie im Widerspruch zur individuellen politischen Kultur steht. Legitimität bezeichnet die gesellschaftliche Anerkennung eines politischen Systems oder einer Gruppe. Damit verbunden ist die Stabilität eines Herrschaftssystems oder wie konfliktfähig eine Gruppe ist. Legitimität ist mit politischen Überzeugungen, Gefühlen und Glauben verbunden, also mit politischer Kultur (vgl. Schäfer 2009: 38f.).

Abbildung 1: Modell: SKOG und die Massenmedien



Quelle: (Schäfer 2009: 39)

Das abgebildete Modell veranschaulicht, dass strategische und konfliktfähige Gruppen miteinander in Konflikt treten. Machthabende strategische Gruppen schützen mit dem Einsatz von Massenmedien indirekt ihre eigene Legitimität. Neue Medien hingegen ermöglichen vielmehr, konfliktfähigen Gruppen Legitimation zu verschaffen. Das ist umso wahrscheinlicher, je mehr Medienakteure diesen Gruppen verbunden sind und die Option haben ihre Arbeit frei auszuüben. Neue (private) Massenmedien können auch eine direkte Wirkung haben, indem sie Menschen überzeugen und sie durch Informationen in ihren Handlungen beeinflussen. So können sie dazu mobilisiert werden, etwa an politischen Bewegungen zu partizipieren.

## **2.2. Medien**

Medien sind zu wichtigen Vermittlungsinstanzen zwischen Politik und Publikum geworden. In folgendem Kapitel soll darauf eingegangen werden, welche Rolle Medien in verschiedenen Regimetypen (Diktatur, Demokratie und hybriden Systemen) zukommt und welche Aufgaben sie in den unterschiedlichen politischen Regimen erfüllen. Zunächst werden wichtige Begriffe erklärt.

### **2.2.1 Begriffe**

#### **2.2.1.1. Medien**

Zuerst muss klar gemacht werden, dass im Folgenden von Massenmedien die Rede ist und das in der vorliegenden Arbeit die Begriffe “Medien” und “Massenmedien” als Umschreibung für “Presse”, “Rundfunk” und “Internet” verwendet werden.

Unter einem Medium wird ein Mittler beziehungsweise wenn es um technische Kommunikation geht, ein Übertragungsweg verstanden. Als ein Medium wird daher ein Instrument verstanden, welches Zeichen und Inhalte zwischen Kommunikator und Rezipient übermittelt und so Kommunikation ermöglicht. Jede Kommunikation bedarf einer Vermittlungsinstanz. Als Massenmedien werden sowohl gedruckte Medien als auch elektronische Kommunikationsmittel und seit den 1990er Jahren auch das World Wide Web verstanden. Eine gängige Definition von Massenmedien stammt von Gerhard Maletzke (vgl. Maletzke 1998 zit. nach Puppis 2010: 32), wonach Massenmedien technische Instrumente sind, mit denen Inhalte und Aussagen mittels Schrift, Bild oder Ton, öffentlich und oftmals indirekt und einseitig, an ein anonymes und räumlich disperses Publikum vermittelt werden. Durch sie wird Massenkommunikation ermöglicht. Die wichtigsten Faktoren, die Massenkommunikation von anderen Formen der Kommunikation unterscheiden, sind demnach: öffentlich, indirekt, einseitig und an ein disperses Publikum gerichtet. Dieses disperse Publikum zeichnet sich dadurch aus, dass die Rezipienten nicht im Vorhinein festgelegt sind und die Rezipientengruppen untereinander teilweise anonym, unstrukturiert, unorganisiert und inhomogen sind. Es sind also Menschen aus unterschiedlichen sozialen Schichten, unterschiedlichen Einstellungen, Lebensweisen und Interessen vertreten.

Diese Kriterien von Massenkommunikation sind in Bezug auf „Neue Medien“ nicht adäquat, da deren interaktiven Dienste eine Komponente interpersonaler Kommunikation haben. Mit dem Aufkommen des Internets hat sich das Verhältnis von Medien und Publikum geändert, vor allem hinsichtlich des Verteilcharakters. Neben der klassischen Kommunikationsform *one-to-many* von Massenmedien sind durch neue Kommunikationsformen wie zum Beispiel Chatrooms, die eine *many-to-many* Kommunikation ermöglichen, oder Blogs sowie andere Online- Dienste, die eine *one-to-few* Kommunikation ermöglichen, hinzugekommen (vgl. Binger 201: 44f.).

Die angegebene Definition ist jedoch rein technisch orientiert und muss um eine gesellschaftliche Dimension erweitert werden. Massenmedien sind auch komplexe soziale Institutionen, da Massenkommunikation aus Herstellungs-, Bereitstellungs- und Empfangsprozessen resultiert (vgl. Saxer 1998). Saxer entwickelte eine Definition, die auf die verschiedenen Funktionen von Medien deutet. Er beschreibt sie als technische Kommunikationskanäle beziehungsweise Transportsysteme, die verschiedene Zeichensysteme (visuelle, auditive und audiovisuelle) transportieren können. Sie sind arbeitsteilig strukturierte Organisationen und soziale, in die Gesellschaft integrierte Institutionen. Erst durch ihre Institutionalisierung erhalten Medien ihre soziale Bedeutung. Als solche prägen sie die Informations- und Kommunikationspraxis. Des Weiteren können sie sowohl funktional als auch dysfunktional sein, das heißt sie sind problemlösend und –schaffend zugleich.

### **2.2.1.2. Neue Medien**

In den achtziger Jahren bezeichnete der Begriff Neue Medien vor allem auf Breitbandtechnologie basierende elektronische Medien wie Kabel- und Satellitenrundfunk sowie Video- und Bildschirmtext. Heute umfasst der Begriff Neue Medien jedoch mehr und ist für alle elektronischen, digitalen und interaktiven Medien gebräuchlich. Unter dem Begriff werden im Wandel der Zeit vor allem Online- Medien subsumiert. Eine wichtige Rolle spielen hier Personal Computer und Mobiltelefone, mit denen über digitale Datennetze auf Inhalte zugegriffen wird.

Mit dem Internet hat ein neues Zeitalter medialer Kommunikation begonnen. Die verschiedenen Dienste des Internets bieten sowohl Datenübertragungs-, als auch Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten an, welche gleichzeitig nutzbar sind. Auf der Basis des jeweiligen Dienstes können unterschiedliche Kommunikationsmodi angeboten werden, wobei die Grenze zwischen Individual- und Massenkommunikation immer mehr verschwimmt.

#### **2.2.1.2.1. Social Networks (soziale Netzwerke)**

„Social Networks“ ist ein Sammelbegriff für Internetplattformen, die zum Austausch von Meinungen und Informationen dienen (vgl. Strato 2013: 76ff.). Dieser Austausch kann über Bild, Text, Audio und Video stattfinden. In sozialen Netzwerken finden sich Gemeinschaften und Interessensgruppen, die sich untereinander austauschen und somit sozial interagieren. Durch das gleichzeitige Senden und Empfangen von Informationen werden netzartige Verbindungen zwischen den Nutzern einer Plattform geschaffen (vgl. Schlüter/ Münz 2010:9ff.).

Die zwei bekanntesten sind derzeit Twitter und Facebook.

Twitter ermöglicht den Nutzern die Gedanken der übrigen Plattformnutzer durch den Gebrauch von sogenannten „Hashtags“, welche sich durch das #- Zeichen darstellen, durchsuchbar zu machen. Bei der Suche nach einem bestimmten Thema beziehungsweise Hashtag, werden dem Nutzer eine Liste mit Informationen, Meinungen und auch Gerüchten chronologisch präsentiert. Somit wird dem User ersichtlich, welche Themen gerade interessant erscheinen (vgl. Schlüter/ Münz 2010). Auch ohne Anmeldung kann man nach Themen recherchieren.

Jede Nachricht beziehungsweise „Tweet“ hat maximal 140 Zeichen. Verfolgt ein „Twitterer“ regelmäßig die Nachrichten eines anderen, wird er als „Follower“ bezeichnet (ebd.: 43f.).

Facebook ist ebenso eine Plattform über die Kontakte auf der ganzen Welt geknüpft und gepflegt werden können. Facebook hat sich zu einem der beliebtesten Sozialen Netzwerken entwickelt.

Jedem Nutzer steht es frei, welche Informationen er auf seinem Profil preisgeben will. Ohne ein Profil kann Facebook nicht genutzt werden. Ein besonderes Merkmal von Facebook sind die „Facebook- Seiten“, welche sich als Fanseiten beschreiben lassen.

Diese Fanseiten sind öffentlich und bieten Nutzern Informationen über Aktivitäten des Künstlers, der Initiative oder eines Unternehmens an (ebd.: 71ff.).

Welche Bedeutung das Internet für die Demokratieforschung haben kann, wird in einem späteren Kapitel ausführlicher erklärt.

## **2.3. Medien und Politik**

Medien und Politik stehen in allen Regimetypen in einem reziproken Verhältnis zueinander. Das heißt, dass Politik und Medien zu einem gewissen Grad aufeinander angewiesen sind und in Bezug aufeinander Aufgaben erfüllen müssen. Die Frage, welche Aufgaben Medien haben und wer diese Aufgaben festlegen darf, ist zwischen Medien und jenen, die Zugang zu ihnen verlangen, höchst umstritten (vgl. Voltmer 2013:25).

In einer Transition sind Medien sowohl Teilbereich des demokratischen Wandels, sprich Objekte der politischen Transformation, als auch Subjekte, die am Prozess der Demokratisierung aktiv beteiligt sind. Um zu untersuchen, welche Rolle und Funktionen Medien in einem Transitionsprozess zukommen, und inwieweit sich ihre Rolle im Laufe des Übergangs verändert, wird auf die Rolle und Funktionen von Medien in den jeweiligen Regimetypen eingegangen.

### **2.3.1. Politische Kommunikation**

Eine einheitliche oder in weiten Teilen der Wissenschaft akzeptierte Definition des Begriffs existiert nicht, denn wie politische Kommunikation definiert wird, hängt von der jeweiligen Disziplin ab, welche sich mit dem Thema beschäftigt.

Angesichts unterschiedlicher Zugangsmöglichkeiten zum Begriff der Politik und des Politischen, fällt auch das Verständnis von politischer Kommunikation unterschiedlich aus, welches auch von der konkreten historischen Situation, in der es formuliert wird, von den jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen und von normativen Vorstellungen über das Wesen von Politik und den damit verbundenen Interessen, abhängig ist (Jarren/ Donges 2006: 20). Die Definition die dieser Arbeit zugrunde liegt ist jene von Doris Graber, wonach politische Kommunikation als: „die Produktion, Mitteilung und Verbreitung von Kommunikationsbotschaften, die das Potential haben, substantiell Effekte auf den politischen Prozess auszuüben“ (Graber 2005 zit. nach Sarcinelli 2009: 19) verstanden wird.

Die Rahmenbedingungen für politische Kommunikation werden vom jeweiligen politischen System festgelegt. Daher gelten in Diktaturen beziehungsweise autokratischen Systemen andere Kommunikationsregeln als beispielsweise in Demokratien.

### 2.3.1.1. Politische Kommunikation in Demokratien und Diktaturen

Voltmer hat ein Modell (*Tabelle 1*) entwickelt, wonach Medienfreiheit und Meinungsvielfalt elementare Strukturmerkmale einer Demokratie darstellen, wohingegen in Diktaturen Medien der autoritären Herrschaft untergeordnet werden und Uniformität verlangt wird. Die Instrumente der Medienpolitik in diktatorischen Modellen sind daher lediglich darauf ausgerichtet, als Sprachrohr für der Herrschenden zu dienen. In diktatorischen Systemen sind Medien zumeist in staatlichem Besitz um sie besser zu kontrollieren beziehungsweise zensurieren. In demokratischen Systemen hingegen sind sie einer öffentlichen Aufsicht unterstellt. Hierbei regelt der Gesetzgeber den Gestaltungsrahmen. Marktmechanismen auf nationaler als auch internationaler Ebene ermöglichen eine konkurrierende Öffentlichkeit.

Während in der publizistischen Praxis von Demokratien eine Ausgewogenheit und Objektivität gewährleistet ist, ist in Diktaturen die Medienberichterstattung parteilich und wird vom politischen Herrscher interpretiert.

*Tabelle 1:*

Politische Kommunikation in Demokratien und Diktaturen		
Kriterien	Diktaturen	Demokratien
Strukturprinzip	Unterordnung, Uniformität	Freiheit, Vielfalt
Instrumente der Medienpolitik	Zensur, Staatsbesitz, Direktiven	Öffentliche Aufsicht, Markt, Gesetzgebung
Publizistische Praxis	Parteilichkeit, Interpretation	Objektivität, Ausgewogenheit

(Quelle: Voltmer 2000:128, modifiziert durch Binger 2011: 48)

Es sei jedoch angemerkt, dass eine Gegenüberstellung von politischer Kommunikation in diktatorischen und demokratischen Systemen (Tabelle 1) von Idealtypen ausgeht, welche in der Praxis nur selten vorzufinden sind. Sie veranschaulicht jedoch, wie komplex der Übergangsprozess sein kann, den Medien durchlaufen müssten. Demnach müssen sich Medien von einer vom Staat abhängigen und kontrollierten beziehungsweise manipulierten Gesinnungspresse hin zu einer wirtschaftlich und politisch unabhängigen Publikumspresse entwickeln. Medien müssen sich in einem Übergangsprozess selbst erneuern und gleichzeitig politische Veränderungen journalistisch begleiten.

### **2.3.1.2. Politische Kommunikation in hybriden Systemen**

Wie sieht politische Kommunikation in hybriden Systemen, wie zum Beispiel Demokratien, die Defekte aufweisen, aus

Die Medienpolitik ist in hybriden Systemen teilweise noch restriktiv und wird durch staatliche Eingriffe geregelt, gleichzeitig gewährleisten Neue (private) Medien einen gewissen Grad an Medienfreiheit und –vielfalt, welche Regierungen unter Druck setzen können.

In der publizistischen Praxis steht dabei die Parteilichkeit der Staatsorgane in Konkurrenz zur Objektivität der unabhängigen Medien.

Der Zugang zum Internet und damit zu Sozialen Medien fördert zudem den kaum kontrollierbaren Zugang zu weltweiten Informationen und zu medialer Partizipation.

*Tabelle 2:*

Kriterien	Hybride Systeme	Demokratien
Strukturprinzip	Unterordnung und Freiheit	Freiheit, Vielfalt
Instrumente der Medienpolitik	Zensur und Selbstzensur, Staatsbesitz und Markt, Gesetzgebung, öffentliche Aufsicht (eingeschränkt)	Öffentliche Aufsicht, Markt, Gesetzgebung
Publizistische Praxis	Parteilichkeit der Staatsorgane, Objektivität der unabhängigen Medien	Objektivität, Ausgewogenheit

(Quelle : Voltmer 2000: 128, modifiziert durch Binger 2011: 51)

### **2.3.2. Rolle der Medien in Demokratien**

Grundsätzlich ist erst einmal zu klären, dass das, was als Demokratie verstanden wird, von den „local values and shared norms“ (Voltmer 2013: 13) abhängt. In Bezug auf Medien ist vor allem ein Problem bei Mainstream- Definitionen, dass ihnen eine unausgesprochene Annahme zugrunde liegt, dass die Natur der Demokratien durch die Beobachtung ihrer Merkmale in bereits existierenden und funktionierenden Demokratien zu erfassen ist. Diese euro- und US- zentrierte Herangehensweise hat zur Konsequenz, dass die Mediensysteme Europas und der USA oftmals als normative Standards für „gute“ Demokratien dienen.

Obwohl sich Demokratie an die spezifischen Umstände, die sich aus den historischen, kulturellen und politischen Gegebenheiten eines Landes ergeben, anpasst, basiert sie nichtsdestotrotz auf einem Set unerlässlicher Werte und Prinzipien.

Grundsätzlich weisen Massenmedien eine Vielzahl von politischen Funktionen auf. Zu den politischen Aufgaben der Medien in einer Demokratie zählen:

- Herstellung von Öffentlichkeit
- Kontrollfunktion
- Informieren
- Forum

#### **a) Herstellung von Öffentlichkeit**

Eine der wichtigsten Funktionen der Massenmedien ist die Herstellung von Öffentlichkeit. Jürgen Habermas beschreibt Öffentlichkeit als ein Netzwerk für die Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen (vgl. Branahl/ Donges 2011). Schäfer (2009) beschreibt sie als die Sphäre, in welcher gesellschaftliche Diskussion und Meinungsbildung stattfindet. Durch Massenmedien entsteht also „ein Raum, der Themen und Meinungen zur Verfügung stellt, die kritisches Rasonnement ermöglichen und so dem Souverän eine Entscheidungsgrundlage verschaffen“ (Sarcinelli 2010: 37).

Öffentliche Meinung ist sehr vielseitig und wird meistens als die von Massenmedien veröffentlichte Meinung verstanden. Andere verstehen unter öffentlicher Meinung die Summe individueller Meinung der Bürgerinnen und Bürger. Als öffentliche Meinung kann auch nur jene Meinung verstanden werden, die sich in einzelnen Teilöffentlichkeiten herausbildet.

Zusammenfassend lässt sie sich als die herrschende Meinung verstehen, die sich aus der Fülle der von Massenmedien verbreiteten Informationen ergibt, und die vom Publikum wahrgenommen wird und sich auf die Überzeugungen der Öffentlichkeit auswirkt, auch wenn sie nicht der individuellen Meinung entspricht (vgl. Schäfer 2009).

#### **b) Kontrollfunktion**

Medien sollten in einer Demokratie gegenüber politischen Machthabern eine Kontrollfunktion ausüben, indem sie die Öffentlichkeit über Machtmissbrauch informieren oder sonstige Informationen offenlegen, die politische Akteure gerne geheim halten würden.

Die Medien werden daher, als „vierte Gewalt“ bezeichnet und sind daher Teil des Systems der „checks and balances“, wodurch verhindert wird, dass nur eine Macht die die Öffentlichkeit dominiert.

### **c) Information**

Da Wahlen ein zentrales Merkmal für Demokratien in Westeuropa sind, ist die Verfügbarkeit und der Zugang zu relevanten Informationen von höchster Relevanz, da mit Wahlen die Frage nach Kompetenz und Wissen, auf der die Entscheidungen der Bürger und Bürgerinnen gründen, zentral sind. Bürger und Bürgerinnen müssen über genug Informationen verfügen um sich auf rationale Weise eine eigene Meinung zu allen politischen Fragen bilden zu können. Medien tragen also durch Kritik und Diskussion zur Meinungsbildung bei und ermöglichen somit Partizipation. Zwar sind Massenmedien nicht die einzige denkbare Informationsquelle, jedoch können die relevanten Informationen zum größten Teil nur aus den Medien bezogen werden. Die Aufgabe der Medien besteht daher vor allem darin, die erforderlichen Informationen zu beschaffen, auszuwählen und so zusammenzustellen und geringfügig kritisch zu kommentieren, sodass ihr Publikum sie versteht und sich seine eigene Meinung bilden kann (vgl. Branahl/ Donges 2011).

### **d) Forum**

Medien sollten in einer Demokratie als Forum für die verschiedenen Interessen dienen, alle Bürgerinnen und Bürger repräsentieren und auch allen Ansichten, Interessen und Interessensgruppen Stimme verleihen und geringfügig Unterstützung für die verschiedenen Anliegen mobilisieren. Damit Partizipation effektiv sein kann, ist es wichtig, dass jeder Zugang sowie Mitspracherecht hat – sprich die Regierung, Opposition, Parteien, gesellschaftlichen Gruppen und alternativen Bewegungen.

### **2.3.2.1. Wechselbeziehung zwischen Medien und Politik**

In der Kommunikationswissenschaft gibt es verschiedene Ansätze, die beschreiben, in welchem Verhältnis die beiden Systeme zueinander stehen. Sarcinelli (2009) unterscheidet dabei zwischen drei Paradigmen<sup>2</sup>:

#### **a) Gewaltenteilungsparadigma**

Dieses Paradigma geht davon aus, dass Medien die Funktion einer Kontrollinstanz, sprich „Vierten Gewalt“ im Staat übernehmen und die drei konstitutionellen Gewalten: Legislative, Exekutive und Judikative kontrollieren (vgl. Sarcinelli 2009). In einer Demokratie können Medien diese Aufgabe nur dann wahrnehmen, wenn sie über eine Autonomie und Distanz zur Politik und wirtschaftliche Unabhängigkeit verfügen (vgl. Jarren/ Donges 2006: 24).

Die Gleichsetzung mit den konstitutionellen Gewalten ist aber problematisch, weil Medien staatsfrei sein sollen (vgl. Branahl/ Donges 2011). Voltmer macht zudem klar, dass die Übertragung von solchen Konzepten, die ihren Ursprung in Westeuropa haben, problematisch sein kann, wenn Macht wie in den USA nicht auf Gewaltenteilung basiert, sondern zentral ist. Sie spricht sich daher für die Rhetorik der Medien als ‘Schiedsrichter‘ aus (vgl. Voltmer 2013: 31).

#### **b) Instrumentalisierungsparadigma**

Dieses Paradigma postuliert ein Dependenz- Dominanz – Verhältnis zwischen den Systemen Medien und Politik. Einerseits sind Medien ein Instrument der Politik, andererseits ist Politik Instrument der Medien.

Dominanz der Medien: Dieser Ansatz geht davon aus, dass beide Systeme zwar voneinander abhängig sind, Medien aber, insbesondere das Fernsehen, zunehmend die Politik bestimmen. Medien sind selbst zu einer eigenständigen politischen Macht geworden und reagieren nicht mehr auf politische Ereignisse, sondern agieren zunehmend, indem sie Einfluss auf politische Entscheidung nehmen und diese somit steuern. Das führt zu einer Abhängigkeit der Politik von Medien. Man spricht daher von „Mediatisierung“ der Politik (Branahl/ Donges 2011).

---

<sup>2</sup> Paradigma wird hier als „[...] spezifische Sichtweise in Verbindung mit einem übergreifenden Grundverständnis auf der Basis theoretischer, empirischer oder auch nur politischer Erkenntnisse und Interessen“ (Sarcinelli 2009: 118) definiert.

Dominanz der Politik: Die Übermacht der Politik führt zum Autonomieverlust der Medien. Durch die Zunahme von Krisen gerät das politische System immer mehr unter Legitimationsdruck. Die Medien werden daher zunehmend instrumentalisiert, um Loyalitätskrisen vorzubeugen (vgl. Binger 2011:54f.).

### **c) Symbioseparadigma**

Das Symbioseparadigma basiert auf der Annahme, dass zwischen dem politischen System und dem Mediensystem eine Beziehung wechselseitiger Abhängigkeit besteht. Es werden Partnerschaften beziehungsweise Symbiosen zwischen den Systemen eingegangen. Auf dieser Grundlage werden Informationen gegen Publizität eingetauscht und umgekehrt. Anders gesagt: Politik braucht Publizität um legitimiert zu werden und Medien sind ständig auf der Suche nach neuen Nachrichten. Die Partnerschaft ist durch ein Wechselspiel von Nähe und Distanz gekennzeichnet. Informationsbeschaffung findet häufig auf informellen Wegen statt, da diese effektiver als offizielle Informationskanäle sind.

### **2.3.3. Rolle der Medien in Transitionen**

Medien übernehmen verschiedene Funktionen im Demokratisierungsprozess. Sie sind sowohl Objekt als auch Subjekt in einer Transition.

#### **a) Als Objekt**

Als Objekt des Demokratisierungsprozesses müssen sie als Teilsystem der Gesellschaft wie alle anderen Teilsysteme den Übergang von einem autokratischen hin zu einem demokratischen System vollziehen. Dies kann nur erfolgen, wenn neue medienpolitische Richtlinien erlassen werden, die es ermöglichen, demokratische Strukturen aufzubauen, die Meinungsfreiheit und –vielfalt gewährleisten.

Die Transformation des Mediensystems ist ein komplexer Vorgang, denn Medien befinden sich in einem Spannungsverhältnis zwischen Regimeerhalt und Regimeveränderung (ebd.: 52f.). Eine Demokratisierung der Medien kann nur stattfinden, wenn es der Opposition gelingt, sich über Medien ein neues Forum zu schaffen und so den Meinungsmarkt zu beeinflussen. Aber sowohl das alte Regime, als auch die Opposition versuchen die Medien für sich zu nutzen: das alte Regime sieht in den Medien ein wichtiges Propagandainstrument zum Machterhalt, während die Opposition versucht, mehr öffentliche Aufmerksamkeit zu gewinnen und die Bevölkerung gegen das bestehende Regime, durch das Aufdecken von Korruptionsskandalen oder Skandalisierung von Politikern, zu mobilisieren.

#### **b) Als Subjekt**

Um die Rolle der Medien als Transitionssubjekte genauer analysieren zu können, muss die besondere Situation des demokratischen Wandels festgehalten werden. Politische Übergangsphasen sind Momente der Ungewissheit beziehungsweise Flüchtigkeit. Sie bedeuten Abschied von einem bekannten System und damit Abschied von bekannten Regeln und Normen, während neue Normen und Institutionen erst etabliert werden müssen.

In diesen Momenten der Ungewissheit steigt der Informationsbedarf der Bevölkerung, da das Vertrauen in alte, staatlich gelenkte Medien schwindet. Neue Medienakteure werden zu politischen Akteuren, die nicht nur Einfluss auf den Übergang ausüben können, sondern gleichzeitig ihre Machtstellung festigen können (ebd.: 53).

### **2.3.3.1. Funktionen der Medien im Transitionsprozess**

#### **a) „watchdog“ -Funktion**

Nach Jahren der Diktatur und der Menschenrechtsverletzungen sind das Eindämmen von staatlicher Macht und die Implementierung von Mechanismen der staatlichen Verantwortlichkeit von höchster Wichtigkeit.

Daher wird die Relevanz der „watchdog“ – Funktion der Medien besonders hervorgehoben. Medien können diese Funktion in einer Transition manchmal jedoch nur beschränkt ausüben, da das alte Regime nur unwillig den Machtverlust akzeptiert.

In Bezug auf die neue demokratische Regierung stellt sich die Frage, ob die „watchdog“ – Funktion funktional ist, da: „In some situations a more cooperative relationship can provide the newly elected government with much-needed breathing space to manage the complexities of transition without pressure of excess of public criticism“ (Voltmer 2013:34). Das heißt, dass die „watchdog“- Funktion der Medien, von Umständen der jeweiligen Phase des Demokratisierungsprozesses abhängig ist und je nach dem Sinn macht.

#### **b) Als Forum**

Medien sind wie schon zuvor erwähnt, ein Objekt des Demokratisierungsprozesses und müssen sich daher selbst erneuern und sich an Standards der Demokratie anpassen und orientieren. In Bezug auf Pressefreiheit und freie Meinungsäußerung, kann dies aufgrund der Flüchtigkeit des Transitionsprozesses zu einem Dilemma führen, denn : „On the one hand, press freedom needs to be protected and nurtured in order to grow roots in the political culture of a country. On the other, the costs of unrestricted public speech can be dangerously high in in volatile situations of uncertain transitions, unfinished nation-building and societal divisions.“ (Voltmer 2013: 38).

Denn freie Meinungsäußerung bedeutet auch, dass Anti- Demokratische Haltungen zirkulieren können. Die Spannung zwischen freier Meinungsäußerung und die Nachhaltigkeit einer Demokratie bezeichnet Voltmer als ‚democratic paradoxes‘ (vgl. ebd.).

In einer noch nicht etablierten Demokratie kann das schwerwiegende Folgen haben, denn insbesondere in Zeiten der politischen und ökonomischen Ungewissheit, die eine Transition mit sich bringt, ist die Bevölkerung für Propaganda empfänglich.

### **2.3.3.2. Medien in den verschiedenen Phasen**

Ein Ansatz, um die Rolle der Medien während des Transitionsprozess erfassen zu können, ist die Rolle der Medien je nach Phase der Transition, wie sie schon in Kapitel (2.1.4) gezeigt wurden, zu untersuchen. Die Aufteilung des Transitionsprozesses in verschiedene Phasen ist in Bezug auf Medien besonders hilfreich, da Medien je nach Phase eine andere Rolle zukommen kann: : „Because of the media’s dependency on their political, economic and social environment, and the ambiguity of communication values, the role of the media changes sometimes dramatically over the course of the transition process. At some stages, the media can be the driving force of change; at others, their role is confined to serving as instruments in the hands of other actors“ (Voltmer 2013:77).

#### **a) Ausgangslage : Autoritäres Regime**

In einem autoritären Regime fungieren Medien als Sprachrohr und Instrumente der Propaganda, um die Unterstützung der Bevölkerung gegenüber der herrschenden Elite aufrechtzuerhalten.

Dennoch wäre es zu kurz gegriffen zu behaupten, dass die Beziehung zwischen Medien und dem autoritären Regime nur auf Unterdrückung beziehungsweise Instrumentalisierung basiert, da viele Medien ihre Dienste bereitwillig anbieten. Die Beziehung ist vielmehr durch ein Geben-und-Nehmen Prinzip gekennzeichnet. Indem Medien vom System profitieren, versuchen sie, jenes auch zu bewahren.

Die Situation von regimekritischen Medien unterscheidet sich von Land zu Land. Während in einigen autokratischen Ländern regimekritische Medien bis zu einem gewissen Maße toleriert werden, sind sie in anderen autokratischen Ländern zur Gänze illegal und bergen daher ein hohes Risiko für Aktivisten, die sich daran beteiligen.

#### **b) Transition**

Um zu verstehen wie Medien in politischen Transitionen involviert sind, ist es hilfreich, die Richtung und Entstehung des Prozesses im Blick zu behalten. Hierbei wird zwischen Bottom-Up, Top- Down Liberalisierung und Liberalisierung durch externe Faktoren unterschieden. Von besonderem Interesse für diese Arbeit ist die Bottom- Up Liberalisierung.

Diese wird meistens von grass- roots Organisationen gesteuert, welche sich für politischen Wandel einsetzen und kaum Möglichkeiten haben, ihre Ansichten in der Öffentlichkeit auszudrücken und daher ihre eigenen Kanäle haben um Informationen an die Öffentlichkeit zu bringen wie unter anderem durch Blogs oder andere soziale Netzwerke. In den letzten Jahren haben regimekritische Gruppen vermehrt digitale Kommunikationstechnologien genutzt um eine Gegenöffentlichkeit zu konstruieren und ihre Inhalte zu veröffentlichen und somit die Massen zu informieren und zu mobilisieren. Jedoch sind solche Maßnahmen nicht immer effektiv.

### **c) Zerfall des Regimes und Neustart**

Während des Zerfalls des autoritären Regimes, beginnen Medien vermehrt eine aktive Rolle einzunehmen. Oft sind es alternative Medien, die die Führung beim Aufdecken der Skandale des Regimes übernehmen. Mainstream- Medien, die loyal gegenüber dem Regime waren, bleiben bei der Berichterstattung hingegen vorsichtig bis bewiesen ist, dass die Überlebensfähigkeit des Regimes gering ist.

Medien haben das Potenzial während des Zerfalls des alten Regimes, Entwicklungen voranzutreiben und können einen Einfluss auf die Richtung der Ereignisse nehmen.

In dieser Phase können Medien der Grund für den „Demonstration Effect“ (vgl. Huntington 1991) sein:

The worldwide coverage of political protest made possible by new communication technologies, immediately increases the significance of these events once they have caught the attention of the international media. As the protest movement gains momentum, less involved citizens might be encouraged to join in the assumption that the global media attention serves as protective shield that prevents political leaders from resorting to violence, thereby decreasing the potential costs of the public expressions of anti- government views. In addition, large- scale televised protests usually bring in the political leaders of other countries, who publicly support the objectives of the protesters while increasing their diplomatic pressure on the regime to respond to the demands for democratic reforms.” (Vltmer 2013:93).

Aber sobald der Protest aufgelöst wird, ziehen sich internationale Medien zurück und die Opposition ist auf sich allein gestellt, in einer eventuell schlechteren Situation als vor den Protesten.

#### **d) Konsolidierung**

Ab wann eine Demokratie als konsolidiert gilt, ist in der Transitionsforschung umstritten. In dieser Phase sollten Medien den Demokratisierungsprozess unterstützen und vor einem Rückfall schützen (Jebril et al. 2013).

Die Medien werden jedoch darin herausgefordert dieser Aufgabe nachzugehen, wegen wachsenden Zynismus der Bevölkerung und schwindenden Vertrauen in die Medien.

Medien können allerdings den Konsolidierungsprozess auch verhindern. Denn durch die neu gewonnene Freiheit können sie zur politischen Waffe gegen die neuen demokratischen Institutionen werden: „With a myriad of media hunting for breaking news, anybody who wants to circulate damaging material about a political opponent will easily find an outlet that is eager to publish ‚exclusive‘ information. And opinions or rumours expressed in an obscure blog can quickly spread into mainstream media and dominate public opinion.“ (Voltmer 2013: 97).

#### **2.3.3.3. Exkurs**

Im folgenden Exkurs wird darauf eingegangen, wie das Internet durch seine technologischen Eigenschaften Einfluss auf den Transitionsprozess nehmen kann.

Die These, die diesem Ansatz zugrunde liegt ist, dass das Internet und soziale Netzwerke nicht nur neutrale Vermittler sind, sondern die Strukturmerkmale dieser spezifischen Medientechnologie die Bedeutung der Botschaft, die sie vermitteln, sowie das Muster der Interaktionen der User, prägen.

Ähnlich argumentieren auch Internettheoretiker. Seit dem Aufkommen des Internets, wird diesem ein großes Potenzial zur Demokratisierung einer Gesellschaft zugeschrieben.

Grundsätzlich, lassen sich laut Kluver (2007) mehrere Argumentationslinien herausarbeiten, welche die Demokratisierungsthese des Internets unterstützen und sich nicht scharf voneinander trennen lassen:

1. bezieht sich auf die, dem Internet inhärenten, technologischen Aspekte.
2. bezieht sich auf den Aspekt der Globalisierung und dass User in autokratischen Ländern, mit westlichen Werten und Ideen in Kontakt kommen.

3. konzentriert sich auf den Informationsüberfluss durch das Internet und dass User auf diese Weise alternative Informationen erhalten. Damit verbunden ist
4. das Internet bietet einen neuen öffentlichen Raum, in dem alternative Ansichten formuliert werden können.

Es soll daher im Folgenden auf die Vor- und Nachteile des Internets in Bezug auf Demokratisierung eingegangen werden.

ad 1.) Dem Internet beziehungsweise World Wide Web, sind laut Befürworter der Demokratisierungsthese, einzigartige technologische Charakteristiken inhärent, die Hierarchien durchbrechen können beziehungsweise die Beziehung zwischen Bevölkerung und der herrschenden Elite beeinflussen können (vgl. Rheingold 1994).

Zu den technologischen Aspekten zählt unter anderem die neuartige Möglichkeit, Informationen zu speichern und jederzeit wieder aufzurufen, sprich die Langlebigkeit von Informationen: “Materials that would have a short life in print or broadcast media can have a much longer life on the Internet. These include things such as articles in newspapers, transcripts of interviews, private communication in letters or forums and so on. [...] Comments that would otherwise be heard once and be extremely difficult to retrieve now have a long life (Thornton 2001: 141). In einem repressiven Staat kann das allerdings auch negative Folgen haben, da der Staat Aktivisten nach Jahren noch wegen regimekritischen Publikationen oder Kommentaren aufspüren kann.

Ein weiterer technologischer Vorteil des Internets ist, dass verschiedene Arten von Informationen, sprich Text, Bilder oder Aufnahmen in ein Code-System zusammenlaufen können und auf verschiedene Plattformen übertragen werden können: “As a consequence, the boundaries between hitherto separate media have been blurred. Before the digital revolution changed our information environment forever, different media were defined by distinct technologies: broadcasting, newspaper, telephone.” (Veltmer 2013:61).

Noch ein technologischer Aspekt, der die Demokratisierungsthese stützt, ist die Interaktivität des Internets (vgl. Thornton 2001). Während traditionelle Massenmedien, wie schon in dieser Arbeit gezeigt, durch eine Kommunikationform geprägt sind, ist das Internet interaktiv.

Es ist eine globale Plattform, auf der sich Kommunikationsformen vermischen: “By allowing for horizontal many-to-many flows of information, the internet has become a mass medium that is no longer restricted to one-to-many communication, dominated by political elites. For the first time in the history of communication technologies individual users can be both receivers and producers of messages on the same platform and the same time.” (Voltmer 2013: 61)

ad 1. & 4. ) Ein weiteres zentrales Argument über den sozialen Einfluss des Internets basiert auf der anarchischen Natur des Internets. Durch das Fehlen von “Gatekeepern” wie bei traditionellen Medien und durch eine gewisse Anonymität, die durch das Internet gewährt wird, können Bürger ihre (politische) Meinung zum Ausdruck bringen und miteinander in einem öffentlichen Raum kommunizieren ohne Beeinträchtigung staatlicher Kontrolle ausgesetzt zu sein: “This new information environment makes it much more difficult for political powerholders to keep the lid of secrecy on potentially damaging information” (Voltmer 2013: 60).

Deswegen nutzen immer mehr oppositionelle Gruppen das Internet, denn in autokratischen Ländern bleibt oppositionellen Gruppen der Zugang zu Mainstream-Medien meist verwehrt, weshalb Webseiten und soziale Medien zu wichtigen Foren für regimekritische Stimmen geworden sind. Regimekritische Blogs befinden sich zudem meist auf Servern im Ausland wodurch staatliche Kontrolle nicht immer möglich ist.

ad 2. & 3.) Durch das Fehlen von Gatekeepern wie bei traditionellen Massenmedien und durch einen dem Internet unterstellten demokratischen Charakter, haben User einen Zugang zu einer Vielfalt von politischen Ansichten und demokratischen Werten, die die ideologische Hegemonie, auf welcher Regierungen basieren, untergraben. Auch Sabadello behauptet: “New media can affect politics via the effects they have on individuals, their competencies and their political views, e.g. new participants can be recruited to a movement” (Sabadello 2012: 12). Es ist jedoch zu vermuten, dass User sich anstatt sich neuen Ideen zu öffnen, eher dazu tendieren mit Gleichgesinnten zu kommunizieren.

Genauso wichtig wie das Erhalten von Information aus dem Ausland, ist die für Demokratiebewegungen die Fähigkeit mit der Außenwelt zu kommunizieren, welche nur beschränkte Möglichkeiten hat sich über die Lage zu informieren.

Dadurch kann es unter anderem, zu den schon unter 2.3.3.2.c beschriebenen, “Demonstration Effect” (vgl. Huntington 1991) kommen. Es sei an dieser Stelle jedoch angemerkt, dass dieser Effekt von Huntington beschrieben wurde, in einer Zeit, in der das Internet noch nicht existierte. Der Effekt ist daher nicht auf das Internet beschränkt, kann aber aufgrund der Interaktivität und der Schnelligkeit des Internets verstärkt werden. Aus diesem Grund wird dem Internet auch ein großes Mobilisierungspotenzial beigemessen.

Dem Demokratisierungspotenzial des Internets sind jedoch auch Grenzen gesetzt, denn das Internet ist nicht nur für Aktivisten verfügbar, sondern auch für die Regierungen. Daher kann das Internet auch zum Instrument der Kontrolle werden: “movements that are directed against an established governmental authority will often find themselves confronted with an imbalance of power not only in the form of control over traditional media, police forces, the army and other institutions, but also on the Internet, which governments can easily monitor, analyze, manipulate, slow down or turn off altogether” (Sabadello 2012: 13).

Der Internettheoretiker Morozov (2011) macht ebenfalls darauf aufmerksam, dass Regierungen immer ausgefeilter in der Nutzung des Internets werden um öffentliche Rede zu kontrollieren und Propaganda zu verbreiten, wie zum Beispiel durch Errichtung von Firewalls oder das Filtern von Inhalten aus dem Ausland.

Auch andere Faktoren beeinträchtigen das Demokratisierungspotenzial des Internets. In einem Land, in dem die Analphabetenrate hoch ist und viele in Armut leben und sich daher keinen Computer leisten können, kann sich das Internet nicht auf die politische Meinung der Bevölkerung auswirken, welches zur Folge hätte, dass Regierungen harsche Kritik aus dem Internet weitgehend tolerieren können (Voltmer 2013: 69f.). Das Internet zeichnet sich zudem durch Unverbindlichkeit aus. Das heißt, dass man sich durch ein Klick zu etwas bekennt oder etwas unterstützt, ohne sich im realen Leben dafür zu engagieren. So kann virtuelle Partizipation erreicht werden, die aber dann nicht der Realität entspricht.

Das online Kommunizierte kann sich nur dann auf die politische Umwelt auswirken, wenn es sich in die Öffentlichkeit verlagert.

## 2.4. Reflexion

Neben strukturellen, sozio- ökonomischen und kulturellen Faktoren ist das Handeln der strategischen und konfliktfähigen oppositionellen Akteure, entscheidend für den Übergang von einer autokratischen zu einer demokratischen Regierungsform. Warum und wie die ägyptischen machterhaltenden und oppositionellen Gruppen, sowie Medienakteure demokratische Prozesse initiieren oder blockieren, weshalb sich Akteurskonstellationen ändern, und welche Strategien die jeweiligen Akteure verfolgen wird alles zu klären sein.

Um das Akteursverhalten der autokratischen und der demokratischen Kräfte zu verstehen, werden die Regimekoalition, welche sich aus dem Präsidenten, Partei, Unternehmern und Militär zusammensetzt und die Opposition, die sowohl die Muslimbruderschaft als auch kleinere oppositionelle Gruppen umfasst, zunächst näher betrachtet.

Ägyptens Weg in eine demokratische Gesellschaft wird auf der Grundlage des Phasenmodells analysiert. Denn je nach Phase können sich Akteurskonstellationen und ihre Strategien auf Bezug auf Medien ändern. Danach gilt es die Phase der Liberalisierung und die darauf folgende Phase der Transition zu betrachten. Es wird zunächst die Rolle der Medien in der Autokratie analysiert um den Status Quo auszumachen. Hierbei ist zu klären ob sie nur Sprachrohr der Politik waren oder sie zum Stimmungswechsel in der Bevölkerung beitragen können. Auf dieser Basis kann geklärt werden inwieweit sich Medien in den darauffolgenden Phasen verändert haben.

Mit dem SKOG – Konzept kann erklärt werden, auf welcher Weise Medien zur politischen Transition beitragen können: indem neue private Medien über konfliktfähige Gruppen berichten und ihren Protest zeigen, kann dies sich auf die Öffentlichkeit und öffentliche Meinung auswirken, wodurch machterhaltende Gruppen unter Druck gesetzt werden, da ihnen die Legitimität entzogen wird.

Entscheidend ist auch die Frage, ob und zu welchem Zeitpunkt die Medien relevante Akteure in Ägyptens Transition waren. Dabei soll insbesondere die Rolle des Internets und der sozialen Netzwerke unter die Lupe genommen werden, und die Annahmen der Internettheoretiker dementsprechend verifiziert oder falsifiziert werden.

### **3 Politisches Machtgefüge vor dem Arabischen Frühling**

Um die aktuelle Lage des Landes zu verstehen zu können ist es nötig einen Überblick über die Entwicklungen zu schaffen, die zu den Protesten im Jahr 2011 geführt haben. Denn Massenmobilisierung und Protest werden durch Krisen ausgelöst. Die Legitimität wird aufgrund von politischen und ökonomischen Krisen geschwächt. Diese Krisenursachen müssen von oppositionellen und konfliktfähigen Gruppen thematisiert werden damit aus ihnen Mobilisierungspotenzial erwächst.

In Ägypten findet unter Mubarak eine „Transformation ohne Transition“ (Harders 2013: 21) statt. Das heißt, dass Prozesse des rapiden sozialen, kulturellen und ökonomischen Wandels stattfinden, jedoch gleichzeitig ein Zustand der politischen Erstarrung Repression herrscht (ebd.). Der Wandel wird also nicht von einem politischen Wandel im Sinne einer Demokratisierung begleitet. Im Gegenteil, das Regime setzt auf autoritäre Modernisierung und Machterhalt durch Strategien der Kooptation und Repression.

Strukturalistische Ansätze gehen davon aus, dass gesellschaftliche Mobilisierung oder Destabilisierung autoritärer Herrschaft nur dann erfolgen kann, wenn sich ökonomische beziehungsweise sozio-kulturelle Voraussetzungen ändern. In Ägypten haben sich zwar graduelle aber keine grundlegenden Veränderungen ergeben. Die Strukturen sind demnach stabil geblieben. Es müssen daher Veränderungen auf Seite der Akteure sein, die den aktuellen Wandel erklären. Denn Massenproteste sind ein neues Phänomen, die von neuen Akteuren getragen werden, welche über neue Ressourcen verfügen, wie der Zugang zu neuen Medien.

Im Folgenden daher die wichtigsten politischen Akteure sowie Akteurskonstellationen vor dem Arabischen Frühling 2011 vorgestellt werden um ein besseres Verständnis für weitere Entwicklungen zu schaffen.

### **3.1. Die Regime-Koalition**

In Ägypten herrscht vor der Revolution, nicht ausschließlich der Präsident, sondern die sogenannte „Regimekoalition“. Als Regime-Koalition sind in Anlehnung an Harders jene strategischen Gruppen gemeint, die im Sinne des Machterhalts agieren (vgl. Harders 2013). Diese umfassen in Ägypten den Präsidenten und sein Umfeld, das Militär und drittens die Unternehmerelite des Landes. Die vorherrschende Rolle des Präsidenten und des Militärs bestehen seit der Revolution von 1952 und der darauffolgenden Gründung der Republik. In der Revolution von 1952 übernahm eine Gruppe von Offizieren die Macht. Die drei Staatspräsidenten nach der Revolution: Gamal Abd el- Nasser, Anwar as- Sadat und Hosni Mubarak kamen alle aus den Reihen des Militärs. Die ägyptischen Unternehmer erlangten mit Sadats Liberalisierungspolitik als politische Kraft Bedeutung. Sie profitierten auch unter der wirtschaftlichen Liberalisierung unter Mubarak und konnten deshalb in die Regimekoalition eingebunden werden.

#### **3.1.1. Präsident Mubarak und sein Umfeld – die National Demokratische Partei (NDP)**

Die ägyptische Verfassung sicherte Präsident Hosni Mubarak weitgreifende Kompetenzen zu. Zudem führte er das Erbe Sadats weiter, der nach gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen militanten Islamisten und Christen sich mit der Einsetzung des Notstandsgesetzes juristische Legitimation für Verhaftungen und Restriktionen verschaffte, mit der er gegen die Opposition vorging. Der Ausnahmezustand wird unter Mubarak immer wieder verlängert.

Nach der Ermordung Sadats durch militante Islamisten im Oktober 1981 übernahm Hosni Mubarak das Amt des Staatspräsidenten. Er übernahm gleichzeitig das Amt des Parteivorsitzenden in der im Jahr 1978 von Anwar as-Sadat gegründeten Nationaldemokratischen Partei (NDP), in welcher Mubaraks Sohn, Gamal Mubarak Generalsekretär ist (vgl. Arafat 2009). Gamal Mubarak tritt ab 2005 immer häufiger als politischer Akteur in Erscheinung und gewinnt immer mehr an Einfluss. Er gilt zu dieser Zeit für viele Beobachter, als designierter Nachfolger (vgl. Perthes 2011: 50).

Die Partei zählt ungefähr 2,5 Millionen Mitglieder zu denen höheren Staatsangestellte, Gouverneure, Stadträte, Dorfvorsteher aber auch Militärs und Vertreter der Privatwirtschaft angehören (Bayoumi 2010).

Mubarak bestimmt als Vorsitzender die Leitlinien der Regierungspartei (vgl. Harders 1998). Als mitgliederstärkste Partei des Landes ist sie dem Präsidenten ein loyaler Bestandteil der Regimekoalition. Durch ihre landesweite und ausdifferenzierte Struktur ist sie ein wesentliches Mittel der Mobilisierung und Kontrolle ihrer Klientel (ebd.).

Zwar zeigt Mubarak vor allem zu Beginn seiner Regierungszeit mehr Toleranz gegenüber oppositionellen Gruppen als seine Vorgänger und lässt ein höheres Maß an Pluralismus zu, da Ägypten offiziell ein Mehrparteiensystem hat, andererseits baut er jedoch die autoritären Elemente des Staates aus und sichert den bestehenden Status Quo gegen oppositionelle Kräfte mit Repression und Kooptierung (vgl. Schäfer 2009: 28f.).

Die Machtkonzentration in der Person Mubaraks zeigt sich unter anderem in seinem häufigen Eingreifen in die Gesetzgebung per Dekret. Zudem nutzt er Militärgerichte und seine Machtbefugnisse um regierungskonforme Urteile durchzusetzen. Damit hatte sich, über die Jahre, ein nur durch die Exekutive kontrolliertes System etabliert, das von der Regierung effektiv zur Unterdrückung der Opposition und zur Einschüchterung gemäßiger Kräfte genutzt wurde.

Seit den neunziger Jahren wurde öffentlich eine kontinuierliche Reformdebatte geführt (vgl. Perthes 2011). Auf der Regierungsebene standen daher zahlreiche Strukturveränderungen durch Privatisierung, Subventionsabbau und politische Liberalisierung zur Diskussion, die jedoch immer wieder durch andere Gruppen, vor allem das Militär, blockiert wurden, welches von der bestehenden Wirtschaftsordnung durch zahlreiche Privilegien profitiert.

Im Sinne der Reformorientierung bemühte sich die NDP ab 2002 um ein neues Profil, welches sich durch junge Technokraten, die sich um Gamal Mubarak versammeln, auszeichnet. Sie vertreten einen neuen Reformflügel in der Partei. Dieser Kader setzte sich aus Geschäftsmännern und Akademikern zusammen, welche sich für wirtschaftliche Liberalisierung einsetzt (Schäfer 2009: 28f.).

### **3.1.2. Das Militär**

Das ägyptische Militär, welches sich aus unterschiedlichen Einheiten wie Armee, Polizei, Geheimdienst und paramilitärischen Gruppen zusammensetzt, bildet unter Mubarak, als Teil der Regimekoalition, einen stabilisierenden Faktor der autoritären Herrschaft (ebd.).

Die Loyalität des Militärs zum bestehenden Regime hatte sich schon unter Sadat herausgebildet, welcher große Summen des staatlichen Einkommens zur Privilegierung von Militärangehörigen und –haushalt lenkte (vgl. Harders 1998). Er öffnete auch zivile Sektoren wie Lebensmittelproduktion und Infrastruktur für militärische Unternehmen, welches zur Folge hatte, dass das Militär zu einem bedeutenden Wirtschaftsakteur in Ägypten wurde. Gleichzeitig wurde das Militär aus dem öffentlichen politischen Geschehen herausgedrängt und gilt auch unter Mubarak nur noch hinter den Kulissen als Sicherheitsgarant.

Unter der Führung Mubaraks wurde das Militärunternehmen auch in immer mehr Bereichen, wie zum Beispiel Tourismus aktiv und sicherte sich so Einfluss und Möglichkeiten der Patronage. Volker Perthes äußerte daher bereits 2002 die Annahme, dass das Militär, wenn die Frage der Nachfolge an der Staatsspitze ansteht und kein natürlicher Nachfolger parat steht, das entscheidende Wort haben wird (Perthes 2002: 184).

### **3.1.3. Die Unternehmerelite**

Mit Sadats Liberalisierungspolitik und der Öffnung des ägyptischen Markts für Importe aus dem Westen, entstand eine erste Unternehmergegeneration, die Perthes als „Infitah-Bourgeoisie“ (ebd.: 177) bezeichnet. Diese besteht aus ehemaligen Offizieren, Managern, staatlichen Unternehmern oder Ministern, die mithilfe ihrer Beziehungen ins private Geschäft einsteigen konnten. Diese Gruppe profitiert am meisten von der wirtschaftlichen Liberalisierung und konnte deshalb erfolgreich in die Regimekoalition integriert werden.

Die „neuen Unternehmer“ sind heute weniger vom Staat abhängig als die „Infitah-Bourgeoisie“. Sie ist zwar mit ihren Zielen, die der Regierungskoalition teilweise sogar im Widerspruch stehen, nicht mehr eindeutig der Regimekoalition zuzuordnen, dennoch dort einzureihen, da sie ihr eng verbunden ist und mit der Jungen Garde um Gamal Mubarak auch ein Reservoir an politischer Führungspositionen bildet.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass eine überaus hohe Machtkonzentration in der Person des Präsidenten liegt. Dieser lässt zwar bis zu einem gewissen Grad gesellschaftlichen Pluralismus zu, jedoch nur so weit als es die bestehenden Machtverhältnisse nicht in Frage stellt.

Das Militär spielt in der Politik zwar keine offensichtliche Rolle, gilt aber als dem Präsidenten loyale und einflussreiche Institution, die im Hintergrund agiert. Jede Gruppe ist daran interessiert, ihre Macht und Privilegien zu verteidigen und aufzubauen, was dazu führt, dass Reformbestrebungen meist unterbunden werden. Die Handlungsfreiheit der Regimekoalition sichert vor allem die bilateralen Beziehungen zu den USA. So ist die Regimekoalition zwar von externen Renten abhängig, dafür sichert sie den politischen Status Quo, der für die Stabilität der Region günstig eingeschätzt wird.

## **3.2. Die Opposition**

Die Opposition setzt sich zur Regierungszeit Mubaraks aus verschiedenen Gruppen zusammen. Dazu zählen: die oppositionellen Parteien, die Muslimbruderschaft und eine große Anzahl an Gruppen, Verbänden und Organisationen. Die stärkste oppositionelle Kraft bildete schon zu Nassers Zeiten die für illegal erklärte Organisation der Muslimbruderschaft. Weitere institutionalisierte Interessengruppen mit oppositionellen Funktionen werden von der Regierung prinzipiell geduldet, solange sie nicht an Einfluss gewinnen können.

### **3.2.1. Die Parteien**

Ab den neunziger Jahren ließ zwar Mubarak mehr Parteien zu, die Vormachtstellung der NDP kann aber wegen struktureller Schwächen dieser Oppositionsparteien nicht angetastet werden (vgl. Perthes 2011: 51). Sie sind daher nicht an der Regierungsverantwortung beteiligt.

Die einzigen oppositionellen Parteien, die im Wahljahr 2005 von Bedeutung sind, sind die nationalliberale *hizb al-wafd al-jadid* (Neue Partei der Delegation) und die liberale *hizb al-ghad* (Partei von morgen) (vgl. Schäfer 2009). Es gibt noch weitere Parteien, die hier aber nicht von Relevanz sind.

Diese sind zumeist intern gespalten und weisen daher einen Mangel an oppositioneller Geschlossenheit auf.

Das hat zur Folge, dass die Debatten im Parlament über Regierungsentscheidungen lediglich der Legitimierung der Regimekoalition dienen.

### **3.2.2. Die Muslimbruderschaft**

Die Muslimbruderschaft wurde im Jahr 1928 von Hassan al-Banna gegründet und verfolgt seit dem das Ziel, Ägypten in eine Republik umzuwandeln, welche auf islamischem Recht als alleingültige Rechts- und Werteordnung basiert. Die Gruppe kritisiert sowohl die Außen- und Sicherheitspolitik als auch die ökonomische Liberalisierung und fordert eine soziale Marktwirtschaft mit islamischer Prägung. Laut Krämer (2004) ist die Strategie der Muslimbruderschaft eine Art Reform von unten durch Erziehungs- und Überzeugungsarbeit. Das Engagement der Muslimbruderschaft in sozialen Bereichen bringt ihnen daher große Anerkennung in der Bevölkerung und eine große Anhängerschaft. Ihre gesellschaftliche Rolle als Sprecher des Islams stärkt zudem ihre Position gegenüber der Regierung.

Da sie seit Nasser eine illegale Organisation ist, wird ihre Arbeit zwar geduldet, da sie den Staat entlastet, jedoch sind ihre Mitglieder Repression ausgesetzt. Sie ist aber in der Gesellschaft so tief verankert, dass ihr sogar Angehörige der Regierung Mubaraks angehören (vgl. ebd).

Ab den neunziger Jahren setzen Entwicklungen in der Parteipolitik ein. Zwar steht die Muslimbruderschaft nach wie vor für die Einführung des islamischen Rechts, aber in einer offiziellen Stellungnahme durch den stellvertretenden Vorsitzenden wurde erklärt, dass sie auch immer deutlicher Prinzipien wie Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte, Pluralismus und Demokratie als politische Ziele formulieren (vgl. Schäfer 2009: 34).

### 3.2.3. Weitere Gruppen

Da durch Restriktionen seitens der Regimekoalition die Arbeit in den Parteien, sowie in der illegalen Muslimbruderschaft, erschwert wird, werden vor allem Berufsverbände zu wichtigen Handlungsfeldern für die Vertreter dieser Gruppen. Sie entwickeln sich zu Foren, in denen die Artikulation von Demokratisierungsforderungen getätigt wird.

Allerdings geht die Regierung Mubaraks auch in diesem Bereich gegen die Bildung oppositionellen Konfliktpotenzials in diesen Gruppen vor, wie zum Beispiel durch die Erlassung von einschränkenden Gesetzen oder Einfluss auf die Kandidatur für den Vorsitz.

Eine weitere wichtige Bewegung ist die **Kifaya-Bewegung** (*arab. Genug*), die sich Ende 2003 aus Vertretern oppositioneller Parteien und der gemäßigten Muslimbruderschaft bildete. Sie erregt vor allem im Jahr 2005 durch verschiedene Aktionen großes Aufsehen in der Öffentlichkeit: „Kifaya first appeared on the scene in December of 2004 when hundreds of people held a silent protest, their mouths taped with yellow stickers reading “Kifaya” at Cairo’s High Court to demand that President Mubarak step down and hold direct, competitive elections” (Radsch 2008). Sie wird durch Professoren, Journalisten, Studenten und vielen Nichtregierungsorganisationen unterstützt. Die Initiatoren verstehen die Bewegung als eine, die für das ägyptische Volk spricht. Dabei kooperierten sie teilweise sogar mit der Muslimbruderschaft.

Ihre Proteste richten sich vor allem gegen die ägyptische Regierung. Sie stellen sich gegen die Verlängerung der Amtszeit Mubaraks sowie gegen eine Nachfolge Gamal Mubaraks. Sie fordern die Gewährleistung von Rechtsstaatlichkeit durch die Aufhebung des Notstandsgesetzes und eine effektivere Überwachung von Wahlen, sowie die Erweiterung politischer Freiheiten wie Versammlungsfreiheit, Meinungs- und Pressefreiheit. Dabei hegen sie den Anspruch, im Namen ägyptischer Bürger zu sprechen.

Eine weitere interessante Gruppe ist die **Jugendbewegung 6. April**. Die Jugendbewegung wurde von Ahmed Maher und Israa Abdel-Fattah gegründet, die sich im Wahlkampf der al-Ghad Partei im Jahr 2005 kennenlernten.

Zwar kehrten sie nach der Verhaftung des Parteichefs Aiman Nour der Politik den Rücken zu, beschlossen aber 2008, den für den 6. April geplanten Arbeiterstreik der Spinnerei und

Weberei Misr zu unterstützen. Sie gründeten aus diesem Anlass die gleichnamige Facebook – Gruppe. In kurzer Zeit hatten sie 76.000 Anhänger gewonnen (Wolman 2008).

Die Hauptaufgabe der Gruppe bestehe laut Ahmed Maher darin, die Menschen über ihre Rechte aufzuklären.

Die Gruppe ist ihrer Eigendarstellung zufolge unabhängig von politischen Richtungen, zeigte sich aber auch offen für eine Zusammenarbeit mit der Muslimbruderschaft (6april.org).

Ihre Ziele sind: der grundlegende Wandel hin zur Demokratie, das Ende des Notstandsgesetzes, eine ideologiefreie Verfassung und das Recht auf Parteigründung (ebd.).

### **3.3. Ausgangslage vor dem Arabischen Frühling**

Das autokratische Regime unter Mubarak besteht demnach aus einem großen Netz, bestehend aus Präsident, Partei, Unternehmer und Militär. Zwar sind diese Elemente sich nicht immer untereinander einig, profitieren aber alle durch Zusammenarbeit vom bestehenden System. Insbesondere das Militär und die Unternehmer um Gamal Mubarak stehen im Konflikt, da beide sich ihre wirtschaftliche Basis sichern wollen. Das Militär hat zwar offiziell keinen politischen Einfluss, ihre Macht ist jedoch daran gebunden, dass jeder Präsident bis jetzt aus ihren Reihen kommt und ihnen somit die gewünschten Freiräume gewährt. Präsident Hosni Mubarak sichert sich seine autoritäre Herrschaft durch den jahrelang geltenden Ausnahmezustand, durch das unfaire Strafrecht und extralegalen Maßnahmen. Alle bürgerlichen Rechte wie Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit werden massiv eingeschränkt.

Von den ökonomischen Liberalisierungen die begleitet werden von Privatisierung, Deregulierung und Abschaffung von staatlichen Subventionen, profitierte die Unternehmerelite um Gamal Mubarak.

So hat sich in kürzester Zeit mit der vom Internationalen Währungsfond und der EU unterstützten Strukturanpassungs- und Liberalisierungspolitik ein oligarches System herausgebildet, dessen zentrale Akteur\_innen zunehmend bereit sind, die Kosten für Liberalisierung und Privatisierung wie Inflation, Nahrungsmittelkrisen, Arbeitslosigkeit oder Subventionsabbau unabhängig von längerfristigen Entwicklungserwägungen auf die verarmende Bevölkerungsmehr abzuwälzen (Harders 2013:25)

So kam es zu Widersprüchen zwischen Rhetorik des paternalistischen Staates und der harten Krisenrealität Bevölkerung (ebd.). Das wurde vor allem von den neuen Akteuren, wie Kifaya und Jugend 6.April zur Mobilisierung genutzt. Waren oppositionelle Gruppen in ihrer Struktur am Anfang noch fragmentiert, haben diese Krisen, den Unmut und damit auch die Zusammenarbeit der verschiedenen Oppositionsgruppen gestärkt.

Zwar verliert das Regime mit zunehmenden Maße an Legitimität, allerdings können die Krisen die Proteste nicht allein erklären. Denn wirtschaftliche Krisen und verstärkte Repression können Proteste ebenso aufhalten, wie sie stimulieren können.

Es ist daher die Elitenspaltung während des Protests, aufgrund der bereits genannten Spannungen, welche ausschlaggebend für den Wandel sind.

## 4 Verbreitung der Medien

Bevor wir uns auf die Rolle der Medien in Ägypten konzentrieren, lohnt es sich zuerst einen Blick auf die Verbreitung verschiedener Medien (Printmedien, Internet, etc.) zu werfen und deren Entwicklung in den letzten Jahren genauer analysieren.

### 4.1. Verbreitung des Internets und der sozialen Netzwerke

Die Zahl der Internet-User in Ägypten liegt, nach Angaben des Ministerium für Kommunikation und IT (MCIT), bei mittlerweile ungefähr 36 Millionen (Stand: Juni 2013) (ahramonline 2013). Im Vergleich zum Jahr davor, sprich Juni 2012, bedeutet das eine Wachstumsrate von 15% (ebd.). Bei einer Bevölkerungszahl von zirka 85 Millionen bedeutet dies eine Penetrationsrate von zirka 43%. Diese Zahlen variieren jedoch je nach Ressource.

Während im Jahr 2000 unter 1% der ägyptischen Bevölkerung das Internet nutzte, zählte man zehn Jahre später (also vor der Revolution) schon 17 Millionen Internet-User (vgl. ITU 2011). Der Grund für diese hohe Wachstumsrate waren diverse Gratis-Internet-Strategien der Regierung in der Mubarak-Ära. Die Initiativen, die ab 2002 vom MCIT ins Leben gerufen wurden, sahen unter anderem vor, dass bis 2008 in jedem Zuhause ein PC zur Verfügung stehen sollte (OpenNet Initiative 2009). Vor allem sozioökonomisch Benachteiligte, konnten dafür spezielle Angebote dafür in Anspruch nehmen, wie zum Beispiel eine für drei Jahre befristete gratis 512 kbit/s ADSL Anmeldung (ebd.). Trotz dieser Wachstumsraten und den verschiedenen Initiativen, ist das Internet in Ägypten jedoch nicht, wie man auf dem ersten Blick annehmen würde, weit verbreitet. Die Nutzung konzentriert sich vor allem auf den Norden des Landes, also im städtischen Raum. Der Süden Ägyptens ist nämlich relativ bäuerlich und wurde erst vor wenigen Jahren an das elektrische Netz angeschlossen.

Obwohl nur 43% der Bevölkerung Internetanschluss hat, ist dieser Sektor, in Folge von Liberalisierung, mit über 200 Internetanbietern wettbewerbsintensiv: „The Telecommunication Act was passed in 2003 to liberalize the private sector while keeping government supervision and control over information and communication technologies (ICTs) in place“ (Freedom House 2012). Internetanschluss ist daher kein Luxus und wäre somit für den durchschnittlichen Haushalt leistbar.

Ursprünglich besaßen nur vier große Firmen (EgyNet, LINKdotNET, TE Data, NileOnline) die Rechte an der gesamten Infrastruktur und waren somit Klasse A Internet Service Providers (ISPs). „The largest ISP is TE Data, the communications and internet arm of the state-owned landline monopoly Telecom Egypt. TE Data owns about 70 percent of internet bandwidth in Egypt” (Freedom House 2012). NileOnline und EgyNet wurden von Etisalat Egypt aufgekauft. Diese Klasse A Firmen verkaufen weiter an acht mittlere Firmen, die wiederum an die über 200 erwähnten Firmen weiterverkaufen beziehungsweise Lizenzen vergeben.

Breitband Internet wurde erstmals im Jahr 2000 eingeführt. Jedoch nur in Regierungsbüros in den zwei größten Städten Ägyptens. Im Jahr 2004 wurde von Seiten der Regierung eine Breitbandinitiative lanciert. Danach wurde es in weiteren Regierungsbezirken auch für die breite Bevölkerung zugänglich. Im Jahr 2011 hatten schon fast 2 Millionen Haushalte Zugang zu Breitband-Internet (vgl. OpenNet Initiative). Heute haben schon 18 Millionen Haushalte high-speed Internet, wovon 8 Millionen diese Verbindungen meistens illegal mit bis zu drei oder mehr Nachbarn teilen. Freedom House hält jedoch fest: „Although these figures are promising, there are a number of obstacles hindering access to ICTs including a high computer illiteracy rate, poor telecommunications infrastructure, particularly in rural areas and slums, and flagging economic conditions, with nearly a fifth of the population living below the national poverty line” (Freedom House 2012).

Ein Viertel der ägyptischen Internet-User geht ins Internet-Café. Im Jahr 2004 wurden ungefähr 400 Internet-Cafés gezählt (OpenNet Initiative 2009).

In 2011 wurde ein weiterer Plan initiiert unter dem Namen „eMisr“, in welchem das Ziel formuliert wurde, dass bis 2015 75% der Haushalte in Ägypten Zugang zu Breitbandinternet haben sollten (MCIT 2011: 4).

#### **4.1.1. Soziale Netzwerke**

Mittlerweile haben, nach Angaben der Zeitung „Daily News Egypt“ zirka 16 Millionen Ägypter, sprich 18,84% der ägyptischen Bevölkerung, ein Profil auf Facebook (Farid 2013). Zur Zeit des Arabischen Frühlings hatten, nach Angaben des Arab Social Media Report, lediglich 7,66% der Bevölkerung ein Facebook-Konto und lediglich 0,15% waren auf Twitter angemeldet.

Auch die Beliebtheit der Blogs ist immer mehr gestiegen, welches man auch an den politischen Blogs der 6. April Bewegung sehen kann. Während aber in 2004 nur ungefähr 40 Blogs existierten stieg innerhalb von nur vier Jahren die Zahl auf 16.000 an (OpenNet Initiative 2009).

Im Jahr 2010 dürfte sich diese Zahl vervielfacht haben. Drei Viertel dieser Blogs sind in arabischer Sprache, 20% sind sowohl in Arabisch als auch in Englisch und nur 10% der Blogs sind rein in Englisch. Die meisten Blogger sind Männer in der Altersgruppe 20-30. Nur ein Viertel sind weibliche Blogger (ebd.)

Radsch (2008) teilte die Entwicklung der Blogosphäre in Ägypten in drei Phasen ein: 1. Die Experimentierphase von 2003-2005, in der die Blogs entdeckt wurden; 2. Die Aktivisten-Phase, in welcher Aktivisten Blogger wurden und Blogger politische Aktivisten und die 3. Phase, die ab 2006 einsetzte und welche sie die Diversifizierungs- und Fragmentierungsphase nennt. „From late 2006 through the present the Egyptian blogosphere expanded to include thousands of Egyptians and the subaltern was pushed into the public realm. During this phase one can distinguish virtual enclaves or communities of bloggers that tend to engage primarily, though certainly not exclusively, with each other, such as activists, Leftists, Muslim Brotherhood, cultural and poetic bloggers, Copts, Bahai, homosexuals, Salafis, social commentators and personal bloggers” (ebd.)

## **4.2. Verbreitung der Mobiltelefone**

In Ägypten existieren insgesamt nur drei große Mobilfunknetzanbieter (Mobinil, Vodafone, Etisalat). Die Mobilfunknetzanbieter werden genauso wie die ISPs von der National Telecommunication Regulatory Authority (NTRA) reguliert (Freedom House 2011). Laut der ägyptischen Zeitung Ahram gibt es mittlerweile 96,8 Millionen Teilnehmer, was eine Penetrationsrate von 116% entspricht (Stand Juni 2013) (vgl. ahramonline 2013).

### **4.3. Verbreitung von Fernsehern**

In einem Land, in der nur 58% der Bevölkerung lesen kann ist das Fernsehen als Quelle für Information nicht zu unterschätzen. Bereits im Jahr 2011 hatten über 20 Millionen Haushalte einen Fernseher und 40% von ihnen empfangen sogar Satellitenfernsehen. Im Jahr 2013 hatten bereits 22 Millionen Haushalte einen Fernseher (vgl. Dubai Press Club). Als regionaler Medien-Mittelpunkt ist Ägypten der größte Produzent und Konsument der Inhalte. Demzufolge ist, anders als in anderen arabischen Staaten, in denen vor allem Satellitenfernsehen dominiert, lokales Fernsehen beliebt. Die Egyptian Radio & Television Union (ERTU), eine staatseigene Union, ist die einzige Organisation, die terrestrisch ausstrahlen kann. Ihr gehören 17 Sender (ebd.).

Die ägyptische Fernsehlandschaft hat sich jedoch durch die Lancierung von einer überragenden Anzahl an privaten Satellitensendern zwischen den Jahren 2004 und 2012 drastisch verändert. Waren es zuerst zwei Satellitensender, in denen sogar der Staat noch einen finanziellen Anteil hatte, haben sich im Laufe der Zeit so viele entwickelt, dass sie den bis dorthin den Markt dominierenden staatlich gelenkten Sendern Konkurrenz bieten (vgl. BBC 2013).

### **4.4. Verbreitung der Zeitung**

In Ägypten gibt es mehr als 500 Zeitungen, Magazine und andere Zeitschriften (Freedom House 2013). Die drei größten und weit verbreitetsten Nachrichtenagenturen Ägyptens, Al Akhbar, Al Ahram und Al Gomhuriya, wurden nach 1952 unter der Herrschaft des sozialistischen Präsidenten Nasser verstaatlicht.

Diese Zeitungen machen ungefähr 80% der gelesenen Zeitungen aus. Die Chefredakteure werden vom Präsidenten selber ernannt. Es gibt aber auch unabhängige Zeitungen, deren Zahl sich nach 2011 vervielfacht hat (vgl. BBC 2013).

#### **4.5. Zusammenfassung**

Aus diesen Zahlen lässt sich herauslesen, dass vor der Revolution, vor allem staatliche Zeitungen und staatliches Fernsehen, trotz der Existenz von privaten Zeitungen und Satellitensender, am meisten in der Gesellschaft verbreitet waren. Es ist daher nicht verwunderlich, dass staatliche Akteure vor allem auf diese Mittel zurückgreifen um sie für Propagandazwecke zu instrumentalisieren. Die Zahlen in Bezug auf Internet und sozialen Medien wie Blogs, Facebook und Twitter sind erst nach der Revolution von 2011 gestiegen. Die Rolle der sozialen Netzwerke für die Revolution muss daher vor diesem Hintergrund analysiert werden. Es ist daher anzunehmen, dass Blogeinträge vor der Revolution von Aktivisten für Aktivisten produziert wurden und dass aber vor allem Satellitensender und Mobiltelefone eine größere Rolle in Bezug auf Entwicklung und Mobilisierung der breiten Massen für die Revolution spielten. Des Weiteren kann herausgelesen werden, dass die Beliebtheit der sozialen Netzwerke und des Internets allgemein, vor allem nach den Ereignissen von 2011 gegenüber anderen Medien gestiegen ist.

## **5 Ausgangslage: Medien im Autoritären System**

Die Ereignisse vom Arabischen Frühling sowie die Rolle der Medien und die Bedeutung des Internets beziehungsweise der sozialen Medien während der Revolution 2011 können nicht in einem Vakuum betrachtet werden. Da die Rolle der Medien auf Grundlage der verschiedenen Phasen der Transition analysiert werden, muss zuerst die Ausgangslage beschrieben werden um den Status Quo festzulegen. Es soll daher analysiert werden, welche Strategien machterhaltende Akteure anwenden um ihre Macht via Medien zu sichern, welches Verhältnis zwischen Medien und Staat vor der Revolution bestand, welche Funktionen sie übernommen und inwieweit neue Medien eventuell eine neue Möglichkeiten zur Artikulation boten. In diesem Kapitel wird daher zunächst ein Überblick über die Entwicklung der ägyptischen Medienlandschaft geboten. Dabei werden die politischen, sozio-ökonomischen und rechtlichen Rahmenbedingungen im Betracht gezogen. Es soll zudem gezeigt werden, auf welche Weise Medien sowohl von strategischen als auch konfliktfähigen oppositionellen Gruppen vor der Revolution genutzt wurden.

### **5.1. Entwicklung der Medienlandschaft**

Vor der Revolution von 1952 war Ägypten eine Monarchie, die noch mit den Folgen der britischen und französischen Besatzung zu kämpfen hatte. Auch die Medienlandschaft war dadurch geprägt und thematisiert wurde daher überwiegend Kolonialismus und Nationalgefühl (vgl. Khamis 2011). Die Medienlandschaft war von einer Vielfalt an Veröffentlichungen geprägt. Zeitungen, Radio und Magazine waren politisch orientiert und konnten eine große Leserschaft sowie Zuhörerkreis an sich binden (vgl. Hillenbrand 2013:6f./ Schäfer 2009:43f.).

Mit der Revolution von 1952 und der Ausrufung der Republik änderte sich dies jedoch drastisch. Mit dem Sieg des Nationalismus und der damit einhergehenden Unabhängigkeit, war in Ägypten und in fast allen MENA- Staaten eine politische Basis geschaffen, die sich bis heute als stabil erweist (vgl. Hourani 2003: 460f.).

Strategische Gruppen entdeckten Massenmedien als Mittel politischer Mobilisierung. Während einige Medien in staatliche Kontrolle kamen, verschwanden gleichzeitig unabhängige Medien aus der Öffentlichkeit. „Paradoxe Weise führte die Unabhängigkeit Ägypten von seinen Besitzern nicht zu einer freieren und unabhängigeren Medienlandschaft, vielmehr war diese von nun an von starker Zensur und staatlicher Kontrolle geprägt [...]“ (Hillenbrand 2013: 6). Medienzensur bewährte sich als ein Steuerungs- und Propagandamittel.

Besonders Präsident Nasser schränkte das Pressewesen ein, um die Verbreitung von politischen Ideologien, die der Führung des Landes nicht konform waren, zu unterbinden. Er ergriff mehrere Maßnahmen um Presse- und Meinungsfreiheit einzuschränken. So wurde unter anderem der Presseverband von einem Komitee übernommen, welches durch die Regierung geformt war, und eine Zensurabteilung eingeführt. Mit der Verstaatlichung der Presse waren Journalisten somit Staatsbeamte (ebd.). Die Propaganda der Regierung konnte so unter Nasser ohne Konkurrenz verbreitet werden.

Unter seinem Nachfolger Anwar as-Sadat hat das System einen Wandel durchgemacht. Mit der Einführung des Mehrparteiensystems, konnte sich auch Oppositionspresse etablieren. Aber auch wenn Medien mehr Freiheit eingeräumt wurde, nahm die staatliche Regulierung immer noch verstärkt Einfluss auf sie. Auch rechtlich, wie zum Beispiel durch das 1980 eingeführte „Law of Shame“ wurden Medien und Journalisten in die Schranken gewiesen: „The law was passed to protect the basic values of society from shameful conduct. It made antisocial behavior an indictable offense and imposed harsh punishment for violators and more power to the socialist public prosecutor“ (Amin 2010: 5).

Auch mit der Machtübernahme durch Hosni Mubarak 1981 änderte sich kaum etwas an den bestehenden Kontrollmechanismen.

Am Anfang stand Mubarak der Oppositionspresse noch sehr offen gegenüber. Unter der ersten seiner Amtszeiten erlebte die Oppositionspresse eine Hochblüte. Neue Zeitungen konnten sich zu dieser Zeit etablieren (vgl. Wille 2004: 253ff.). Mubarak erweiterte die Pressefreiheit um nach der harten Amtsführung seiner Vorgänger für Entspannung zwischen dem Staat und oppositionellen Gruppen zu sorgen und ein Image der Rechtsstaatlichkeit aufzubauen (vgl. ebd.).

Diese sahen sich aber bald Restriktionen ausgesetzt unter der Begründung, dass die Oppositionspresse die Sicherheit und die Stabilität des Landes gefährde.

## **5.2. Medien unter Mubarak**

Um die Demokratisierung der Medien ausmachen zu können, gilt es zuerst den Status Quo aufzuzeigen. Es gilt daher aufzuzeigen, welches Verhältnis zwischen Politik und Medien bestand, welche Freiräume sie eventuell hatten oder unter welchen Restriktionen sie agiert haben. Auch der Frage nach Möglichkeiten der Neuen Medien, wie Satellitenfernsehen und Internet, zu einem Stimmungswechsel in der Bevölkerung beizutragen, soll im Folgenden nachgegangen werden.

### **5.2.1. Strategie**

Über die traditionellen Massenmedien, die als Sprachrohr des Regimes fungieren, versucht das Regime eine nationale Ideologie und ein nationales „Wir“-Gefühl zu schaffen. Durch diese Ideologie kann die Gesellschaft in zwei gegensätzliche Kategorien unterteilt werden: die eine steht für eine Gesellschaft der nationalen Einheit, während die andere grundsätzlich die politische Opposition repräsentieren soll. Durch die Konstruktion des nationalen „Wir“ kann die Opposition als Feinde der Einheit und Harmonie diffamiert werden. Die regimenahen Medien gelten daher als Stellvertreter der nationalen Einheit (vgl. Strato 2013: 60). Sie präsentierten Mubarak als Garant dieser nationalen Einheit und Harmonie. Der Einfluss internationaler Medien wird als Unruhefaktor für diese nationale Einheit dargestellt, insbesondere weil sie über die Aktivitäten der Opposition berichten.

## **5.2.2. Kontrollmechanismen**

Die Rolle der Neuen Medien, insbesondere Internet und Satellitenfernsehen, für den Erfolg der Proteste im Jänner 2011, wird immer wieder hervorgehoben. Bevor darauf eingegangen werden kann, ob zu Recht oder zu Unrecht, soll zunächst festgestellt werden, zu welchem Grad die verschiedenen Medien staatlicher Kontrolle unterstanden. „Media activity in Egypt is governed by numerous regulations, from the constitution to press legislation, penal codes and the emergency law. In addition the Higher Council for the Press, the Press Syndicate, the Egyptian Radio and Television Union [ERTU], the courts and the Ministry of Information each regulate and govern different aspects of the media” (Amin 2010: 15).

### **5.2.2.1. Institutionelle Kontrollmechanismen**

#### Pressewesen:

Wie bereits erwähnt, gibt es in Ägypten schon zur Zeit Mubaraks über 500 Zeitungen, Magazine etc., welche fast alle in staatlichem Besitz sind. Die drei größten Zeitungen haben in Ägypten den größten Anteil an Leserschaft. Die Chefredakteure dieser Zeitungen werden vom Präsidenten auf Empfehlung des Hohen Presserats, dessen Mitarbeiter aus Mitgliedern der regierenden Partei (NDP) besteht, ernannt.

Somit unterstehen sie der direkten Kontrolle des Präsidenten. Im Jahr 1980 wurde der Shura-Rat (Oberhaus des Parlaments) gegründet, dem die Zeitungen gehören; der Hohe Presserat stellt Lizenzen aus, mit denen Zeitungen veröffentlicht und journalistische Arbeit erlaubt wird. Beide Institutionen werden von der NDP kontrolliert, da sie über 90% der Parlamentsmitglieder ausmacht. Diesen Zeitungen war es zwar erlaubt Kritik auszuüben, allerdings nur einem vorgesetzten Rahmen, damit gewisse Tabus vermieden werden. Sie konzentrieren sich daher redaktionell darauf, die Regierungspolitik zu unterstützen (vgl. Rugh 2004: 121f.).

Die Beziehung zwischen Presse und dem Regime, darf aber nicht als, wie normalerweise für ein autoritäres Regime gewöhnlich wäre, reine Unterdrückung gesehen werden, sondern vielmehr als Tauschbeziehung beziehungsweise als Abhängigkeit.

Zwar dient die Presse als Sprachrohr der Regierung und wird für Propagandazwecke instrumentalisiert, aber die Zeitungen profitieren vom bestehenden System und sind daher von diesem abhängig. Das heißt, während traditionelle Medien im staatlichen Besitz sich darauf reduzieren, als Instrument des Regimes zu dienen, profitieren sie von diesem Regime, einerseits indem sie Informationen erhalten, welche anderen Medien nicht zur Verfügung stehen, und andererseits durch finanzielle Subventionen. Amin schreibt beispielsweise über die drei größten staatlichen Zeitungen: „These and other government papers, which can take advantage of substantial financial and technical resources from the state, maintain a virtual monopoly on the press” (Amin 2010: 6).

Hinzu kommt, dass nur ihnen Informationen zur Verfügung gestellt wird, die unabhängigen Zeitungen verwehrt bleibt: „The opposition press is denied access to government information sources and many of the requested interviews with the governmental officials are declined [...]” (ebd.).

Indem privaten Zeitungen und der Oppositionspresse der Zugang zu relevanten Informationen fehlt, fehlt es ihnen teilweise auch an Objektivität, wodurch ihnen wenig Glaubwürdigkeit geschenkt wird (vgl. Rugh 2004), was wiederum dazu führt, dass sie schwache Verkaufszahlen aufweisen.

Obwohl alle oppositionellen Parteien offiziell das Recht haben ihre eigene Zeitung herauszugeben, machen insgesamt nur 14 Parteien von diesem Recht Gebrauch (vgl. Amin 2010). Zudem existieren auch unabhängige Nachrichtenagenturen, die theoretisch einen größeren Spielraum in puncto Kritikausübung haben. Ein großes Hindernis für beide sind einerseits der Mangel an finanziellen Mitteln und andererseits deren schlechte Ausstattung. Sie sind dadurch teilweise von der Regierung abhängig, da diese im Besitz aller großen Verlagshäuser ist, sowie des einzigen Pressedienstes namens „Middle East News Agency“ (MENA). Insbesondere in Bezug auf Druck und Verteilung, ist die Oppositionspresse auf die Regierung angewiesen (ebd.)

Da auch sie großem Druck ausgesetzt werden, wenn sie gewisse Grenzen in der Berichterstattung überschreiten, und sogar verboten werden können, sind viele von ihnen im Laufe der Zeit auf das Internet ausgewichen. Denn auch Artikel von privaten Nachrichtenagenturen werden von der Zensurabteilung kontrolliert, bevor sie publik werden.

Diese Zensurabteilung verbietet nicht nur manchmal einen Artikel zu veröffentlichen, sondern in einigen Fällen einer Reportage generell nachzugehen. Wer sich dem widersetzt dem drohen eine Vielfalt an Strafen. Neben Verhaftungen, Schauprozessen und Geldstrafen droht teilweise die Lizenzentziehung oder die Schließung der gesamten Presseagentur. Falls die Journalisten nicht durch das Notstandsgesetz eingeschüchtert sind, werden sie durch informelle Drohungen eingeschüchtert (Freedom House 2010).

Eine weitere Hürde für private und unabhängige Zeitungen besteht in der Lizenzvergabe. Um dies zu umgehen, haben viele unabhängige Zeitungsherausgeber zunächst ihre Zeitung als ausländische Zeitung herausgegeben. Im Jahr 1998 wurde das aber von der Regierung gebremst. Jede Zeitung die unter ausländischer Lizenz veröffentlichen werden sollte, muss sich zunächst eine Einwilligung durch Registrierung holen. Das „Foreign Publication Censor“ kann die Veröffentlichung aber aufhalten.

### Radio und Fernsehen:

Auch der Rundfunk untersteht direkter Aufsicht der Regierung. Er untersteht der Kontrolle der ERTU, welche zehn Jahre vor Mubaraks Machtübernahme etabliert wurde und Handlungsvollmacht gegenüber allen Radio- und Fernsehsendungen hat. Nur sie hat das Recht Fernseh- und Radiosender zu etablieren. Die ERTU ist eine regierungseigene Union, die dem Ministerium für Information angehört. Ihr Hauptzweck ist die vollständige Kontrolle über Radio und Fernsehen in Ägypten auszuüben (vgl. Boyd 1999). Der Staat hält in Bezug auf Radio und terrestrisches Fernsehen ein absolutes Monopol.

In einem Land, indem die Analphabeten-Rate konstant hoch geblieben ist, gilt das Radio schon seit Präsident Nasser als wichtiges politisches Instrument. Die Regierung ist daher darauf bedacht, dass es nicht für Regimegegner zugänglich wird. Im Zuge von Privatisierung, wurden zwar mehr Radiosender etabliert, diese Sender sind jedoch entweder nur für Musik oder auf Englisch und dürfen keine Nachrichten senden: „As the government moves to privatize its radio networks and open up the FM spectrum for privately-owned channels, it is unlikely for national security reasons, to relinquish the rural, illiterate, and low-income strata targeted by the Local Network, [...] to foreign media influences.” (Amin 2010: 8). Die neuen Radiosender sind daher nur in Kairo zu empfangen.

Ebenso wie Radio und Printmedien werden Beamte, die im ägyptischen Fernsehen arbeiten, direkt vom Ministerium für Information eingesetzt. Auch hier lässt sich eine Tauschbeziehung feststellen, da das Fernsehen von Subventionen durch den Staat profitiert. Fernsehsendungen werden streng reguliert und müssen sich an die von der ERTU festgesetzten Regeln halten. Die ERTU hat eine eigene Zensurabteilung. Alle Fernsehprogramme müssen von der Zensurabteilung revidiert werden, bevor sie ausgestrahlt werden um die Einhaltung von „general policies and national goals“ (Amin 2010: 18) zu garantieren.

Durch eine flexible Auslegung dieser beiden Begriffe, kann damit theoretisch alles zensiert werden, was nicht passt. Die Nachrichten beschränken sich demnach darauf über die Aktivitäten des Präsidenten und einigen internationalen Themen zu berichten, während Inlandsnachrichten vermieden werden.

#### **5.2.2.2. Rechtlicher Rahmen**

Zwar garantieren in der Verfassung von 1971<sup>3</sup> eine Anzahl von Artikeln<sup>4</sup> Meinungs- und Pressefreiheit, diese werden aber durch das Notstands- und Pressegesetz eingeschränkt.

---

<sup>3</sup> Einsehbar unter : <http://www.sis.gov.eg/En/Templates/Articles/tmpArticles.aspx?CatID=208> [Zugriff 25.01.2014]

<sup>4</sup> Art. 47: Freedom of opinion shall be guaranteed. Every individual shall have the right to express his opinion and to publicise it verbally, in writing, by photography or by other means of expression within the limits of the law. Self-criticism and constructive criticism shall guarantee the safety of the national structure.

Art.48: Liberty of the press, printing, publication and mass media shall be guaranteed. Censorship on newspapers shall be forbidden as well as notifying, suspending or cancelling them by administrative methods. In a state of emergency or in time of war, a limited censorship maybe imposed on the newspapers, publications and mass media in matters related to public safety or for purposes of national security in accordance with the law.

Art.206: The press is a popular, independent authority exercising its vocation in the manner stipulated in the Constitution and the law.

Art.207: The Press shall exercise its vocation freely and independently in the service of society through all the means of expression. It shall thus interpret the trend of public opinion, while contributing to its information and orientation within the framework of the basic components of society, the safeguard of liberties, rights and public duties and the respect of the sanctity of the private lives of the citizens, as stipulated in the Constitution and defined by law.

Art.208: The freedom of the press is guaranteed and press censorship is forbidden. It is also forbidden to threaten, confiscate or cancel a newspaper through administrative measures, as stipulated in the Constitution and defined by the law.

Art.209: The freedom of legal persons whether public or private, or political parties to publish or own newspapers is safeguarded in accordance with the law. The financing and ownership of newspapers and the funds belonging to them, come under the supervision of the people, as stipulated in the Constitution and defined by law.

Art.210: Journalists have the right to obtain news and information according to the regulations set by law. Their activities are not subject to any authority other than the law.

## Notstandsgesetz

Einer der wichtigsten Gründe für den Unmut der Jugendlichen und auch der restlichen Bevölkerung sind die Notstandsgesetze, welche die Meinungsfreiheit untergraben und der Regierung seit dreißig Jahren dienen um Restriktionen gültig zu machen.

Notstandsgesetze sind per Definition Gesetze, welche in Kraft treten, wenn ein Staat nicht mehr durch ordentliche verfassungsmäßige Verfahren regiert werden kann.

Ursprünglich haben sie die Funktion, Befugnisse auf die Regierung beziehungsweise auf die regierende Person zu übertragen um in Zeiten der Krisen und/oder der Ausnahmezustände reagieren zu können. Diese Notstandsgesetze setzen jedoch demokratische Rechte, die in der Verfassung verankert sind, außer Kraft und haben daher im Falle Ägyptens zu Machtmissbrauch geführt.

Die Notstandsgesetze erlauben in Ägypten, die Einrichtung von Sonder- und/oder Militärgerichten. Diese können außerhalb des zivilen Gerichtswesens Verhaftungen anordnen und ihre Urteile durch Sondertatbestände argumentieren. „Das ermöglicht es den Sicherheitskräften, unliebsame Kritiker, Oppositionelle und Journalisten ohne entsprechenden Gerichtsbeschluss zu verhaften und zumindest mittelfristig zu internieren.“ (Rolenc 2004)

Das Notstandsgesetz in Ägypten wurde erstmals im Jahre 1958 beschlossen trat aber erst ab dem Jahr 1967, zur Zeit des Krieges mit Israel, in Kraft und diente damals vor allem der Beruhigung der innenpolitischen Lage des Landes. Im Jahre 1980 wurde der Ausnahmezustand zwar aufgehoben aber nach der Ermordung des Präsidenten Anwar Al-Sadats, wieder eingeführt. Seit dem Jahr 1981, in dem Mubarak an die Macht kam, wurde der Ausnahmezustand für jeweils drei Jahre immer weiter verlängert. Neben der Bekämpfung von Terrorismus, womit eigentlich die Muslimbruderschaft gemeint ist, die die stärkste Opposition im Land bildet, und Drogenhandel wurde die Verlängerung mit der Absicht das Volk schützen zu wollen, begründet.

In Ägypten bedeuten die Notstandsgesetze, dass die Polizeigewalt erweitert wird und Grundgesetze ausgesetzt werden. Durch die Notstandsgesetze können alle nichtstaatlichen politischen Aktivitäten und Demonstrationen stark eingeschränkt, beziehungsweise gänzlich verboten werden.

In Bezug auf Medien sind vor allem die Artikel drei, fünf und sechs von Interesse und werden daher angeführt:

„**Art. 3:** Hat der Präsident der Republik den Notstand ausgerufen, können folgende Maßnahmen ergriffen werden:

1. Die Versammlungsfreiheit kann eingeschränkt werden; Verbote, den Wohn-/Aufenthaltort zu verlassen, können ausgesprochen; Ausgangssperren für bestimmte Orte können für bestimmte Zeiten verhängt werden.

1.1. Verhaftungen von „Verdächtigen“, von denen man annimmt, dass sie die öffentliche Ordnung stören könnten, können (ohne jede Begründung) vorgenommen werden.

1.2. Privatwohnungen können ohne jede Angabe von Gründen durchsucht werden.

2. Die Sicherheitskräfte haben das Recht, Publikationen/Medien ganz gleich welcher Art zu beschlagnahmen (Zeitungen, Broschüren/Flugblätter, Reklame-Anzeigen), oder dürfen sie kontrollieren – noch bevor sie publiziert werden.

3. Der Staat hat das Recht, Geschäfte zu schließen, andere zu eröffnen, Geschäfte in bestimmten Gebieten zu schließen.

4. Der Staat hat das Recht, Personen oder Unternehmen, von denen angenommen wird, dass von ihnen eine Gefahr für die öffentliche Ordnung ausgeht, zu enteignen.

5. Der Staat hat das Recht, nicht registrierte Waffen oder Waffendepots zu beschlagnahmen.

6. Der Staat hat das Recht, bestimmte Gebiete zu evakuieren, Transporte in bestimmte Areale (hinein) zu verbieten.

7. Der Staat hat das Recht, Personen zu durchsuchen. Er kann verlangen, dass sie sich ausweisen.

**Art. 3B:** Eine Person, die nach den oben genannten Bestimmungen festgenommen worden ist, kann gegen die Festnahme erst nach Ablauf von sechs Monaten protestieren/ Berufung einlegen.

Wenn ein Häftling sich darum bemüht, freigelassen zu werden, kann nur der Präsident der Republik ein Gericht dazu veranlassen, ihn (dann auch tatsächlich) zu entlassen.

**Art. 5:** Die Gefangenen werden zu harter Arbeit und einer Geldstrafe von 40 000 ägyptischen Pfund verurteilt.

**Art. 6:** (Erst) nach 6 Monaten muss ein Inhaftierter einem Gericht für eine Verhandlung vorgeführt werden.“ (Wikipedia)

## Strafgesetz

Neben dem Notstandsgesetz, welches Journalisten einschüchtert, sind es diverse Artikel, die die Journalisten unter Druck setzen und Tabuthemen festsetzen. Insgesamt existieren im Strafgesetzbuch 18 Artikel, die es ermöglichen, Journalisten zu Haft- und Geldstrafen, aufgrund mehrerer Tatbestände, wie der Verbreitung von Gerüchten und der Bedrohung der nationalen Einheit, zu verurteilen.

Die meisten Journalisten werden aufgrund angeblicher Beleidigung beziehungsweise Rufschädigung auf der Grundlage verschiedener Artikel<sup>5</sup> des Strafgesetzbuchs von 1937 verhaftet oder zu einer Geldstrafe verpflichtet:

---

<sup>5</sup> Art.102: Detention for a period not exceeding one year, or paying a fine not exceeding two hundred pounds shall be the penalty inflicted on those who raise their voice by speaking loudly or singing in order to stir up sedition.

Detention and paying a fine of not less than fifty pounds and not exceeding two hundred pounds shall be inflicted on whoever deliberately diffuses news, information/data, or false or tendentious rumors, or propagates exciting publicity, if this is liable to disturb public security, cast horror among the people, or cause harm and damage to public interest.

Imprisonment and paying a fine of not less than one hundred pounds and not exceeding five hundred pounds shall be the inflicted penalty if the crime occurs in time of war.

The penalties prescribed in the first clause shall be inflicted on any one who obtains, personally or through an intermediary, or possesses written documents or printed matter comprising some of the provisions prescribed in the first clause, if they are prepared and provided for distribution or access by third parties. Also, whoever obtains or possesses any means and methods for printing, recording, or for public announcement, which are appropriated, even temporarily, for printing, recording, or diffusing part of the foregoing, shall be liable to the said penalties.

Art.181: Whoever vilifies, in any of the foregoing methods, the King or President of a foreign country, shall be penalized with detention.

Art.302: Whoever attributes to another, by any of the methods prescribed in Article 171 of this law, matters which if they were true would necessitate inflicting on the person to whom they are attributed, the penalties prescribed legally therefor, or necessarily lead to despising him among his patriots and fellow citizens. However, traversing the works of a public official/civil servant, or a person having a public representative quality, or charged with a public service, shall not fall under the provision of the previous clause if the contestation occurs in good faith and does not exceed the duties of the position, representation or public service, providing the crime perpetrator shall establish the fact of all work assigned thereto. His belief in the validity of that deed shall not dispense with that requirement.

Art.303: The slanderer shall be punished with detention for a period not exceeding one year and a fine of not less than two thousand and five hundred pounds and not exceeding seven thousand and five hundred pounds or either penalty.

If slander takes place against a public official/civil servant, or a person with a public representative quality, or charged to perform a public service, and it occurs due to the performance of duties of the position or representation or public service, the penalty shall be detention for a period not exceeding two years and a fine of not less than five thousand pounds and not exceeding ten thousand pounds, or either penalty.

Art.306: Any cursing that comprises no attribution of a specific fact, but constitutes in any aspect an outrage of one's honor or dignity, shall be punished, in the cases prescribed in Article 171, together with detention for a period not exceeding one year and a fine of not less than one thousand pounds and not exceeding five thousand pounds or either penalty.

„[...] the Penal Code still contains articles, [...] that set fines or imprisonment for insulting the president, top government officials, including those of the armed forces, members of Parliament and the judiciary, and foreign heads of state“ (El- Bendary 2010: 6). Somit sind der Präsident, die NDP sowie das Militär als Tabuthema definiert.

Jede Journalistin und jeder Journalist, der kritisch über die oben genannten Autoritäten berichtet muss daher mit einer Anklage, Geldstrafe von 20.000 ägyptischen Pfund oder sogar einer Verhaftung rechnen. Auch gegen religiöse Autoritäten des Al-Azhars, die das Handeln der strategischen Akteure legitimieren, dürfen sich Journalisten nicht kritisch äußern, da ihnen eine Haft- oder Geldstrafe, mit der Begründung der Blasphemie, droht.

In Ägypten herrscht aus Angst vor all diesen Strafen eine „Kultur der Angst“. Selbstzensur war die Norm unter Journalisten: „[...] journalists often practice self-censorship on sensitive issues, avoiding direct criticism of the President, the army, security forces and human rights abuses. [...] The State’s power to censor and impose fines and prison sentences means that media professionals must live with the threat that serious governmental action may be taken against them. These laws give the government the opportunity to respond to media coverage it dislikes, with dismissal, closure of papers, fines and imprisonment.“ (Amin 2010: 17)

Journalisten schreiben daher prinzipiell nicht über den Präsidenten, sein Umfeld, das Militär oder Religion. Zum einen aus Angst von anderen Journalisten denunziert zu werden, zum anderen aus Angst vor dem ägyptischen Geheimdienst.

### **5.2.3. Wandel der Medienlandschaft unter Mubarak**

Ab den 1990er Jahren hat sich in der Medienwelt gewandelt. Die Verbreitung von Internet und Satellitenschüssel leitet eine neue Ära ein und bedeutet ein Schritt weg von staatlicher Kontrolle. Die Monopole autoritärer Regime über Massenmedien wurden gebrochen und Neue Medien gewannen zunehmend an Bedeutung. Eine Möglichkeit direkte Regierungskontrolle zu umgehen bestand ab den 1990er Jahren zum Beispiel auch in der panarabischen Presse (vgl. Rugh 2004). Die Gründung von privaten panarabischen aber auch ägyptischen Satellitensendern hat im Bereich des Fernsehens für Wandel gesorgt.

Allein in dieser Zeit wurden 115 Sender neu gegründet, darunter auch Al-Jazeera und Al-Arabiya. Diese Sender machen dem staatlichen Fernsehen ernsthafte Konkurrenz und bieten Zuschauer alternative Informationen. Das staatliche Fernsehen und regierungstreue Zeitungen haben Konkurrenz bekommen, in der Mitbestimmung des öffentlichen Diskurses. Al-Jazeera und neue Zeitungen wie zum Beispiel Al-Masry Al-Yaum oder Al-Dustur bieten Raum für Information und Kritik, den konfliktfähige Gruppen auch nutzen.

Insbesondere der Sender Al-Jazeera sorgt bei arabischen Regierungen für Unmut. Nach wie vor sind Bemühungen der ägyptischen Regierung groß, diese neuen Medien zu beeinflussen um den öffentlichen Diskurs zu bestimmen (vgl. Stanford 2008). Der Sender eröffnete eine neue Möglichkeit der Informationsbeschaffung, die sich den Zensuren der Regierung entzieht. In erster Linie ist es vor allem die Technologie des Satellitenfernsehens, die Al-Jazeera die Möglichkeit gibt sich staatlicher Kontrolle und Zensur zu entziehen.

Da der Regierungssender dem Regierungshaus von Katar gehört, wird dem Sender jeher immer wieder vorgeworfen ein Instrument der Außenpolitik des Emirates zu sein, um den Nachrichtensender zu diskreditieren. Bereits im Jahr 2000 kritisierte Fandy, dass Al-Jazeera einer politischen Einstellung anhängt und vor allem die Sicht einer Allianz von Nationalisten und Islamisten vorrangig präsentiert (vgl. Fandy 2000).

Trotzdem hat der Sender zum Wandel die Medienlandschaft in der MENA-Region geführt: in Talkshows und Interviews werden Ansichten verschiedener politischer Gruppen publik gemacht und öffentlich diskutiert. Zudem kann man sich telefonisch beteiligen und seine Meinung öffentlich kundtun. Der Sender kann Themen auf die Agenda setzen und in einer Art präsentieren, die in anderen arabischen Medien kaum vorkommen. So kann Rechtfertigungsdruck auf arabische Regierungen ausgeübt werden.

### **5.2.3.1. Oppositionelle Medienstrategien ab 2005**

Im Jahr 2005 schien sich die politische Landschaft in Ägypten zu ändern. Im Zuge von Reformen wurde per Referendum die Verfassung geändert und das Parlament sowie der Präsident wurden gewählt.

Die Muslimbruderschaft trat zunehmend als politische Partei auf und kooperierte mit anderen Gruppen, welche offener und konfrontativer in Erscheinung traten und Forderungen an die Regierung stellten, als zuvor.

Durch die Verfassungsänderung konnte erstmals der Präsident direkt gewählt werden und Gegenkandidaten waren zulässig. Die Gesetzesnovellen und Verfassungsänderungen entpuppten sich jedoch als „kosmetische Reformen“ (vgl. Schäfer 2009). Mubarak ging erneut als Sieger hervor. Sowohl die Präsidentschaftswahlen als auch die Parlamentswahlen standen unter Verdacht der Manipulation.

In diesem Jahr agierte auch die Kifaya-Bewegung, die mit Nachdruck politische Forderungen zum Ausdruck brachte. Die Ziele der Bewegung richteten sich gegen die Machtkonzentration in der Person des Präsidenten, gegen die Verlängerung seiner Amtszeit und die Nachfolge Gamal Mubaraks, sowie gegen das Aushebeln des Rechtsstaates mittels der Notstandsgesetze. Sie forderten daher das Ende der NDP, des Ausnahmezustandes und aller Gesetze, die politische und individuelle Freiheiten rauben. Das Mittel dafür waren Demonstrationen und öffentliche Kundgebungen, die immer wieder von der Polizei und dem Geheimdienst niedergeschlagen wurden und in denen zahlreiche Demonstranten auf Basis des Notstandsgesetzes verhaftet wurden (vgl. Perthes 2011: 51f./ Strato 2013:29ff./ Schäfer 2009).

Die wichtigste Ressource dieser konfliktfähigen Gruppe, die sich aus verschiedenen Schichten der Bevölkerung mit verschiedenen politischen Ansichten zusammensetzt, war Wissen und der Zugang zu neuen und privaten Medien. Mit dem Einsatz von Wissen und Informationen versuchten sie zur Delegitimierung der Regierung beizutragen sowie die Opposition aufzubauen und zu zivilem Ungehorsam zu mobilisieren.

Ein fundamentaler Bestandteil ihrer Strategie lag in der Öffentlichkeitsarbeit. Sie setzten darauf, ihre Aktionen in der Öffentlichkeit und mit Einsatz der Massenmedien zu organisieren (vgl. Meital 2006: 269). Kifaya war in der Lage Medien gut zu informieren. Die Organisatoren haben über ihre geplanten Veranstaltungen informiert und bauten ein Netzwerk intensiver Kooperation zwischen Aktivisten und Journalisten auf. In Ägypten wurde bezüglich Kifaya ein großer Unterschied zwischen der Berichterstattung regierungstreuer Medien und neuer privater Medien deutlich (vgl. Schäfer 2009).

Im staatlichen Fernsehen wurden die Demonstrationen gegen Mubarak, der Aufruf zum Boykott der Wahlen und andere Aktionen Kifayas und ihrer Schwestergruppierungen weitgehend ignoriert beziehungsweise negativ kommentiert, während andere Medien, unter anderem Al-Jazeera und eine Reihe neugegründeter und privater Zeitungen, die Gruppe von Anfang an begleiteten. Al-Jazeera begleitete ihre Demonstrationen und zeigte die Bilder der Verhaftungen im Fernsehen und private ägyptische Zeitungen veröffentlichten die Forderungen der Bewegung. Das heißt, es wurde über Repressionen gegenüber diesen Gruppen, über Einschränkungen individueller Freiheiten, gewaltsame Zwischenfälle und Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen berichtet. Dies war möglich, weil die Regierung im Vorfeld der Wahlen die Gründung privater Zeitungen gestatte um sich dem westlichen Ausland als demokratisch zu präsentieren. Trotz dieser Liberalisierungen, ließ die Einschüchterung von Medienvertretern auf individueller Ebene nicht nach. Einzelne Journalisten wurden immer wieder bedroht, festgenommen und angegriffen (vgl. Strato 2013/ Schäfer 2009).

Auch jene die über Kifaya berichteten mussten diese Erfahrung machen: Sicherheitskräfte setzten alles daran Reporter und Journalisten, die über Kifaya berichteten einzuschüchtern. Kamerateams wurden von ihnen festgesetzt um von der Berichterstattung über die Protestierenden abzuhalten (Abou Bakr 2014).

Neben Verhaftungen kam es zur Entwendung der Ausrüstung, Bedrohung und physischer Gewalt (ebd.). Dieses Vorgehen wurde durch die bereits erwähnte bestrafende Gesetzgebung geschützt und ermöglicht.

Es ist zu diskutieren, ob diese Berichterstattung als Unterstützung dieser Gruppen zu sehen ist, oder sich Al-Jazeera und private Medien rein nach dem Nachrichtenwert richteten, denn so etwas wie Kifaya hatte es in Ägypten noch nie gegeben: Dass Kifaya und so viele andere Gruppen auf die Straße gingen und eine klare Bewegung gegen die Regierung formierten, war neu und außergewöhnlich gewesen. Die Proteste und Pressekonferenzen boten immer wieder aktuellen Anlass um über Kifaya zu berichten (vgl. Schäfer 2009:130ff.).

## Deliberalisierung

Nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen endete jedoch die Zeit der relativen Toleranz und sowohl Medien als auch oppositionelle Gruppen wurden wieder Objekt verstärkter Repression.

Die Medienliberalisierung war vielmehr Kalkül: Die neue Pressefreiheit wurde als eine Art Überdruckventil gesehen. Kritik war zwar möglich, könne jedoch ignoriert werden (vgl. Schäfer 2009: 121f.).

Es war nicht das Kräftemessen zwischen strategischen und konfliktfähigen Gruppen, das zur politischen Freiheiten führte, sondern vielmehr der politische Druck seitens der USA, der zu politischen Zugeständnissen seitens der machthabenden Gruppen führte und so mehr Freiräume schaffte, die von neuen und privaten Medien sowie Kifaya genutzt werden konnten (vgl. Hassan 2013). Im Zuge der Middle-East Strategy von Bush wurde die Durchsetzung der Demokratie auch in Ägypten zum offiziellen Ziel erklärt und von Ägypten Reformen erwartet. Daher wurden Massenmedien mehr Freiräume als strukturelle politische Liberalisierung zugestanden, um einen demokratischen Anschein zu schaffen (ebd.).

Auch die strategischen Gruppen der Regimekoalition waren zudem an einer gewissen Liberalisierung des Pressewesens interessiert. Angesichts des beschriebenen, offenbar unaufhaltsamen Medienwandels, setzten sich insbesondere reformorientierte Kräfte der NDP dafür ein, sich diesem nicht zu versperren, sondern ihn schrittweise zuzulassen, um dabei die Kontrolle über die Öffnung gegenüber den Medien behalten zu können. Sie gründeten in den folgenden Jahren mehr und mehr private Satellitensender (BBC 2013).

Es bleibt festzuhalten, dass Kifaya und Massenmedien Konfliktfähigkeit entwickeln konnten und sich gegenseitig unterstützten, aber weniger der direkte Druck der konfliktfähigen Gruppe Kifaya auf machthabende strategische Gruppen entscheidend für die Liberalisierung war, sondern der Druck der USA sowie die eigenen Interessen der strategischen Gruppen.

Der Wandel im Umgang mit Opposition wurde durch den Umstand begünstigt, dass die USA ihre Greater Middle East Strategy nicht mehr verfolgte, sondern auf Stabilität setzte für welche Mubarak als Garant angesehen wurde.

Mit Ende der Liberalisierung wurde die Repression gegen die Muslim Bruderschaft, die bei den Wahlen als Unabhängige antraten und zirka 20 Prozent der Sitze im Parlament erringen konnten, verschärft und ihre Mitglieder vor Militärgerichte gestellt. Zudem wurden Protestaktionen Kifayas weniger, was zum Verlust ihres Nachrichtenwertes beitrug.

Die Farce der Liberalisierung zeigte sich spätestens durch das harte Vorgehen der Regierung gegen die Protestierenden der Jugend 6. April.

### **5.2.3.2. Jugend 6. April und das Internet**

Andere wichtige Vorläufer und gleichzeitig Initiatoren, waren zum Beispiel die „Jugendbewegung 6. April“. Die beiden Gründer, Ahmed Maher und Israa Abdel Fattah, kannten sich bereits seit 2005 aus dem Wahlkampf der, von Aiman Nour gegründeten, al-Ghad Partei. Als Aiman Nour, der gegen Mubarak bei den Wahlen von 2005 kandidierte, wegen angeblicher Dokumentenfälschung zu fünf Jahren Haft verurteilt wurde, schworen sie der Politik kurzzeitig ab. Im März 2008 beschlossen beide, einen für den 6. April geplanten Arbeiterstreik in Mahalla al-Kubra zu unterstützen und gründeten zum Zweck der Mobilisierung eine Seite auf Facebook (Hemminger 2011).

Diesem Streik waren im Jahr 2008 schon viele Streiks vorausgegangen. Hintergrund dafür waren die erhöhten Lebensmittelkosten, und die prekäre Lage der Arbeiter, die wegen Privatisierungen und damit einhergehenden Stellenstreichungen mit der Mittellosigkeit kämpften.

In nur wenigen Tagen gewann die Gruppe bereits 76.000 Anhänger. Entgegen der Hoffnung von Maher und Abdel-Fattah gingen in Kairo aber kaum Demonstranten auf die Straße. Die Proteste vom 6. April nahmen ein gewaltsames Ende mit zahlreichen Toten und Verschleppten darunter auch Israa Abdel Fattah. Die Proteste wurden damals nicht von den staatlich kontrollierten Medien erwähnt. Nur durch die Mobiltelefone mit Kameras, Blogs und Facebook herrschte Transparenz über das, was vorgefallen war (ebd.).

Als Antwort auf die Proteste von 2005 und 2008 ergriff die Regierung zahlreiche Maßnahmen um die Neuen Medien kontrollieren zu können. Neben Maßnahmen wie Lizenzentzug, Geldstrafen sowie zahlreichen Verhaftungen und Verurteilungen von Journalisten, Reportern und Bloggern, wurden Büros der verschiedenen Satellitensender in Kairo verwüstet und geschlossen. So wurde zum Beispiel im April 2008 das Büro der Cairo News Company durchsucht und anschließend zugesperrt, mit der Begründung, es habe Al-Jazeera Bilder von den Demonstrationen der Jugend 6. April bereitgestellt (vgl. Stanford 2008). Zwar blieb der Zugang zum Internet und Social Media weitgehend unreguliert, jedoch wurden Blogger und Aktivisten immer wieder zurückverfolgt und verhaftet (vgl. OpenNet Initiative 2009).

Die Seite der Muslimbruderschaft wurde ab 2005 von den meisten ISPs geblockt (ebd.). Neben der Überwachung von Online-Aktivismus, wurde im März 2007 einer Verfassungsreform vom Parlament zugestimmt, die es den Sicherheitskräften erlaubte, Emails von mutmaßlichen Terroristen zu überwachen und Telefongespräche abzuhören ohne gerichtliche Bewilligung. Somit wurde das Abhören und Überwachen legalisiert (ebd.). 2005 wurde ein Gesetz entworfen, das von Internetcafébesitzern verlangt, Namen und ID-Nummern der Gäste aufzuzeichnen, wer sich widersetzte dem drohte die Schließung des Cafés. Im August 2008 wurde als Antwort auf die Aprilaufstände die Kontrolle verstärkt. Internetcafénutzer mussten neben Namen auch Emailadressen und Telefonnummern hinterlassen (ANHRI 2005).

### 5.3. Zusammenfassung

Die meisten Medien sind im staatlichen Besitz dienen der machterhaltenden und strategischen Gruppen als Instrument der Propaganda. Das Regime instrumentalisiert die staatlichen Medien um Legitimität zu erzeugen. Dies geschieht unter anderem durch die Betonung des „Wir“ – Gefühls in den Medien, womit gleichzeitig oppositionelle Gruppen, aus dem „Wir“ ausgegrenzt und als Feind deklariert werden. Als Sprachrohr des Regimes haben Medien keine Möglichkeit beziehungsweise nur äußerst begrenzte Möglichkeiten Kritik auszuüben. Die Medien werden vor allem durch eine Reihe von Institutionen und Gesetzen kontrolliert. Durch Zensur, Strafgesetze und Notstandsgesetze wird die „Kultur der Angst“ und somit Selbstzensur gefördert. Medienvielfalt und freie Meinungsäußerung sind damit nicht gegeben. Jede alternative Ansicht zu politischen Geschehnissen wird bestraft. Auch die oppositionelle Presse ist diesen Restriktionen unterworfen.

Die staatlichen Medien und Journalisten profitieren durch finanzielle Subventionen und exklusiven Informationen vom bestehenden Regime.

Mit dem Aufkommen von neuen panarabischen Satellitensendern und neuen privaten Zeitungen und dem kaum kontrollierten Internet, eröffnet sich aber für oppositioneller Spielraum in Bezug auf Medien, den das Regime nur durch Einschüchterung bis zu einem gewissen Grad kontrollieren kann. Auch die oppositionelle Gruppe Kifaya erkennt dieses Potenzial der Neuen Medien und unterhält daher als Strategie intensive Verbringungen zu diesen Medien, denn wenn eine Medienbewegung über ein systemveränderndes Potenzial verfügt, so liegt das in der Meinungsbildung der Bevölkerung. Die Führungseliten gingen daher im Jahr 2005 intensiv auf Al- Jazeera und privaten Zeitungen zu. Diese verhalfen ihr zu Medienpräsenz und steigerten somit ihr politisches Gewicht beziehungsweise ihre Konfliktfähigkeit. Auch Medien waren wegen dem Nachrichtenwert dieser Gruppe, und teilweise persönlichen politischen Einstellungen der Journalisten (vgl. Schäfer 2009) daran interessiert, über die Aktivitäten dieser oppositionellen Gruppe zu berichten. Sie waren somit zu einem gewissen Grad „agents of change“

Die Stärke der Bewegung lag aber auch darin, dass verschiedene politische Flügel, die normalerweise sich feindschaftlich gegenüberstehen, vereinen konnte.

Kifaya konnten zwar durch diese neue Qualität öffentlicher Kritik machthabende strategische Gruppen unter Druck setzen, sie haben aber nicht zur Liberalisierung beigetragen. Im Gegenteil, die Liberalisierung war vielmehr Strategie der machthabenden Gruppen um sich Renten seitens der USA zu sichern.

## 6 Zerfall des Regimes

Am Anfang des Jahres 2011 kommt es erneut zu Unruhen. Unter den in Kapitel 5 beschriebenen Bedingungen blieb den Aktivisten nichts übrig, als sich online zu organisieren, da das Internet zwar überwacht wurde, aus wirtschaftlichen Gründen jedoch weitgehend frei von Zensur blieb (Freedom House 2011). Im folgenden Kapitel soll auf die weiteren Entwicklungen nach 2008 und die weiteren Ursachen des Protests eingegangen werden. Es soll auch die Rolle der traditionellen und Neuen Medien evaluiert werden.

### 6.1. Hintergrund

Unmittelbar nach den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2005, aus denen Mubarak als Sieger hervorging, ließen er und seine Regierung jenen Artikel der Verfassung ändern, der die Standards bezüglich der Präsidentschaft und der Kandidatur festlegt. Zuvor wurden unter Druck der USA die Normen geändert und erstmals mehrere Bewerber für das Präsidentenamt zugelassen worden. Der einzige Kandidat, der sich neben Mubarak aufstellen ließ, war Ayman Nour, der nach den Wahlen wegen angeblicher Fälschung von Wahlunterlagen verhaftet wurde.

Der Artikel 76<sup>6</sup> der Verfassung besagte nun, dass nur registrierte Parteien einen Kandidaten zur Präsidentschaftswahl aufstellen können. Somit hatte keiner der Bürger außerhalb einer Partei jegliche Chance zu kandidieren. Hinzu kommt, dass ein Kandidat zwei Drittel der Stimmen im Parlament haben muss um eben für das Präsidentschaftsamt zu kandidieren.

---

<sup>6</sup>Art.76: The People's Assembly shall nominate the President of the Republic. The nomination shall be referred to the people for a plebiscite. The nomination for the President of the Republic shall be made in the People's Assembly upon the proposal of at least one third of its members. The candidate who obtains two thirds of the votes of the members of the People's Assembly shall be referred to the people for a plebiscite . If he does not obtain the said majority the nomination process shall be repeated two days after the first vote. The candidate obtaining an absolute majority of the votes of the Assembly members shall be referred to the citizens for a plebiscite. The candidate shall be considered President of the Republic when he obtains an absolute majority of votes cast in the plebiscite. If the candidate does not obtain this majority, the Assembly shall propose the nomination of another candidate and the same procedure shall follow concerning his candidature and election (sis.gov.eg.)

Außerdem muss eine Partei mindestens 3% der Sitze in jeder der Kammern oder die äquivalente Anzahl an Sitzen in einer der Kammern des Parlaments haben um einen Kandidaten aufstellen zu können. Durch die Bestimmung, dass eine Partei nur einen Kandidaten aufstellen darf der seit mindestens einem Jahr Seniorsmitglied ist, wurde verhindert dass plötzlich doch ein Mitglied der Muslimbruderschaft von einer der Parteien als Kandidat aufgestellt wird. Mit diesen Bestimmungen wurde es unmöglich, dass eine Person außerhalb der NDP kandidiert. Auch bei den Parlamentswahlen im Jahr 2010, erreichte die NDP durch enormen Wahlbetrug 420 von 508 Sitzen (ntv 2010). Die Wähler wurden wie auch bei den vorherigen Wahlen teilweise sogar mit Gewalt daran gehindert in die Wahllokale zu gehen (Süddeutsche Zeitung 2010). Damit sollte der Weg für Hosni Mubaraks Sohn Gamal Mubarak geebnet werden. Da er schon den Vorsitz der Partei innehatte, den zuvor sein Vater hatte, war es schon vorhersehbar, dass er zur nächsten Präsidentschaftswahl kandidieren würde.

Die Monopolstellung des Präsidenten wurde nicht nur durch die Notstandsgesetze gefestigt, sondern auch durch die Verfassung. Denn nach dem 77. Artikel<sup>7</sup> der Verfassung, war die Anzahl an Amtsperioden unbeschränkt. Ein weiterer Artikel, der die Monopolstellung des Präsidenten weiter ausbaute, ist der 136. Artikel der Verfassung, welcher dem Präsidenten das Recht zusprach das Parlament aufzulösen.

Als Mubarak erneut seine Kandidatur bekannt gab, protestierten erneut Tausende, jedoch wurden die Proteste durch das gewaltsame Vorgehen der Sicherheitskräfte gestoppt (ebd.).

---

<sup>7</sup>Art.77\*\*:

The term of the presidency shall be six Gregorian years starting from the date of the announcement of result of the plebiscite. The President of the Republic may be re-elected for other successive terms (sis.gov.eg)

## 6.2. Die Initiatoren des Protests - „Die Facebook- Jugend“

Neben den politischen Gründen der Unzufriedenheit waren es vor allem soziale Probleme, die Ägypten zu schaffen machten. Steigende Inflation, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und die allgegenwärtige Korruption waren die Hauptgründe für die wirtschaftliche Not. Insbesondere die junge Generation, war von der prekären Situation betroffen, da nur ein Viertel jährlich eine Anstellung fand (vgl. Faath 2005: 216ff.). Diese Generation besteht also größtenteils aus Universitätsabsolventen und ist technisch versiert. Sie setzt soziale Medien ein, um die Probleme ihrer Generation zu verarbeiten.

Wie bereits gezeigt formierten sich in Ägypten, schon ein Jahrzehnt vor der Revolution, Bewegungen, die mehrheitlich von der Jugend des Landes initiiert wurden. Die Jugendbewegungen, waren die erste Generation, die durch den technologischen Fortschritt ihrer Zeit in der Lage war, über geographische und ideologische Grenzen hinweg, gemeinsame Ziele zu identifizieren.

Neben Kifaya und Jugend 6. April, rief auch die Gruppe „We are all Khaled Said“, welche von Wael Ghonim, dem Marketingleiter von Google für den Mittleren Osten, gegründet wurde, auf der gleichnamigen Facebookseite zum Protest auf. Khaled Said war ein junger Blogger aus Alexandria, der im Juni 2010 unter Rechtfertigung mit dem Notstandsgesetz, verschleppt und infolge der Misshandlungen durch die Polizisten seinen Verletzungen erlag. Bereits in den ersten Tagen traten 36.000 Menschen der Seite bei (vgl. Ghonim 2012: 89). Die Fotos von Said, die seine schweren Verletzungen nach seiner Misshandlung zeigen, zogen die Aufmerksamkeit vieler Ägypter auf sich und wurden vor allem im Netz schnell verbreitet (vgl. Hillenbrand 2013). Ghonims Plan war mit seiner Facebookseite die Menschen zu mobilisieren um seinen Plan vom Protest zu unterstützen:

The first phase was to convince people to join the page and read its post. The second was to convince them to start interacting with the content by ‘liking’ and ‘commenting’ on it. The third was to get them to participate in the page’s online campaigns and to contribute to its content themselves. The fourth and final phase would occur when people decided to take the activism onto the street. This was my ultimate aspiration (Ghonim 2012 zit. nach Hillenbrand 2013: 15).

Wael Ghonim sah in Facebook das ideale Mittel um die Jugendlichen zu mobilisieren, da die Facebookseite Raum für Kommentare, Dialog, Fotos und Ideen gab, in einer Umgebung die als anonym empfunden wurde und damit auch sicherer als in den Straßen Ägyptens.

## **6.3. Der Einfluss der Medien während der Revolution**

### **6.3.1. Vor dem Protest**

Den Ausgangspunkt fand die Revolution daher auf Facebook, da von hier aus die Revolution auf der Facebookseite „We are all Khaled Said“ organisiert wurde. Der 25. Jänner wurde als „Tag des Zornes“ ausgewählt, da an diesem Tag in Ägypten ursprünglich „Tag der Polizisten“ hätte gefeiert werden sollen. Aber genau gegen die Polizisten und die Repression des Staates und das damit einhergehende Gefühl der Machtlosigkeit, richtete sich die Wut, vor allem wegen ihres brutalen Vorgehens und ihrem korrupten Verhalten gegenüber der Zivilbevölkerung (vgl. Ghonim 2012/ Perthes 2011/ Hillenbrand 2013).

Die Ägypter empfanden dies als Provokation und die „We are all Khaled Said“ Gruppe auf Facebook überlegte sich, wie dieser Tag dazu genutzt werden kann um gegen Folter zu protestieren. Die Idee wurde von den Anhängern der Gruppe positiv aufgenommen, jedoch herrschte Skepsis darüber, ob die Revolution erfolgreich sein würde oder wie der Streik vom 6. April 2008 enden würde, welcher zu wenig Unterstützung aus der Gesellschaft erhalten hatte und fast ausschließlich von den Jugendlichen, die sich zuvor auf Facebook organisiert hatten, getragen wurde (vgl. Ghonim 2012).

Unterstützung haben die Jugendlichen durch oppositionell geprägte Zeitungen bekommen, die die Nachricht, dass am 25. Jänner eine Demonstration stattfinden wird, verbreiteten. Auch durch Youtube-Videos wurde die Nachricht verbreitet, für jene die kein Profil in einem der sozialen Netzwerke haben. Diese wurden wiederum von unabhängigen Satellitensendern ausgestrahlt. Auf Facebook wurde besprochen, Poster aufzuhängen und Kurzmitteilungen zu verschicken um die breite Masse jenseits des Internets zu mobilisieren (ebd.). Außerdem wurden Verhaltensregeln für den Protest aufgestellt. Es wurde festgelegt, dass die Proteste friedlich sein sollen, und dass nicht alle zum Tahrirplatz gehen sollen, sondern dass versucht werden sollte, die Leute an mehreren Orten Kairos zu mobilisieren (ebd.).

Innerhalb von wenigen Tagen gewann die Gruppe Tausende Mitglieder. Die Vorteile von Facebook lagen vor allem in der Schnelligkeit, der Organisationsfähigkeit und der Vernetzung der Menschen.

Durch Facebook und Blogs wurde auch die Zusammenarbeit von eigentlich verfeindeten Gruppen erreicht. Diese Feindschaft wurde dadurch aufgelöst, dass man ein gemeinsames Ziel definierte, waren die Forderungen doch diejenigen, von denen die Mehrheit betroffen war.

Die Konstruktion einer gemeinsamen kulturellen Identifikation war insofern für den Erfolg ausschlaggebend, da auf diese Weise Aktionen aus dem virtuellen Raum auch auf die Straße übertragen werden konnten, denn das Teilen von Informationen ist zu wenig. Es müssen Emotionen investiert werden, die für eine kollektive Identifikation wichtig sind (Strato 2013).

Auch das Fernsehen, insbesondere Satellitenfernsehen und der Sender spielen in dieser Zeit eine wichtige Rolle. Die Nachricht über die Flucht des tunesischen Diktators, nach vorausgegangenem Protest wird in Ägypten über die Satellitensender Al-Jazeera und al-Arabiya empfangen und inspirierte die Ägypter noch mehr dasselbe zu tun (vgl. Nunns/ Idle 2011). Es kommt also zu dem bereits erklärten „Demonstration- Effekt“.

### **6.3.2. Verlauf des Protests und die Nutzung verschiedener Medien**

Am 25. Jänner beginnt der Protest. Viele der Jugendlichen Demonstranten haben sich, neben Facebook, auch über den Hashtag #25 auf Twitter organisiert und halten ihre Follower im Ausland über die Geschehnisse auf dem Laufenden (Hillenbrand 2013: 12f.). Die Aktivisten haben aus den Protesten in der Vergangenheit gelernt und mobilisieren den Protestmarsch nicht direkt ins Stadtzentrum, sondern in entfernten Arbeiterbezirken, die sich nicht den Luxus eines Computers erlauben können und somit auch nicht über das Internet, von dem anstehenden Protest informiert wurden. Als der Demonstrationzug den Tahrirplatz erreicht, haben sich bereits 20.000 Menschen der Demonstration angeschlossen (vgl. Nordhausen/ Schmid 2011: 40). Die zivilgesellschaftlichen Organisationen schließen sich ebenfalls an und die Ziele des Protests werden formuliert. Diese richten sich nicht nur ausschließlich gegen Mubarak, sondern gegen das gesamte System.

Denn es geht bei den Protesten nicht nur um den Rückzug der Autokraten, sondern um die radikale Veränderung des politischen Systems (vgl. Harders 2013). Die Sicherheitskräfte reagieren nach altem Muster und versuchen den Protest unter dem Einsatz von Tränengas, Wasserwerfern und Gummigeschossen niederzuschlagen und sind erfolgreich.

Die regierungstreuen Fernsehsender und Presseagenturen versuchen die Proteste zu ignorieren und die Proteste finden daher keine Erwähnung. Am ersten Tag der Revolution, also dem 25. Jänner, berichtete zum Beispiel die Al-Ahram Zeitung vom Aufstand in Tunesien und Libanon (vgl. Strato 2013).

Bereits am zweiten Tag der Proteste werden die Dienste Facebook und Twitter von der Regierung blockiert. Doch zuvor konnten die Aktivisten über die „We are all Khaled Said“ Facebookseite noch zu einer Großdemonstration am Freitag aufrufen (vgl. Nunns/ Idle 2011). Währenddessen lässt die ägyptische Regierung über die staatliche Rundfunkgesellschaft verbreiten, dass sich die Ägyptische Volksversammlung am Sonntag mit der Armutsbekämpfung, dem Gesundheitssystem und einer Anhebung des staatlichen Mindestlohns beschäftigen wolle. Zudem äußert sich das Innenministerium öffentlich und beschuldigt die Muslimbruderschaft für den Prozess.

Die Demonstration am Freitag soll unter dem Motto „Tag des Zorns“ stehen (vgl. Nordhausen/Schmid 2011). Als die Regierung merkt, dass trotzdem auf den Straßen immer mehr Leute protestieren, beschließt die Regierung von der Nacht vom 27. Jänner auf den 28. Jänner das Internet komplett von der Bevölkerung zu trennen. Eine mit amerikanischer Unterstützung aufgebaute Cyber-Einheit bestehend aus Geheimdienst und Militärs unternimmt eine sogenannte Routenabschaltung, die notwendige Informationen über die Weiterleitung von Provider zu Provider löscht (Strato 2013: 45). Von 3.500 Routen der ägyptischen Internetprovider bleiben nur noch 300 offen um die Funktionstüchtigkeit der Regierungsserver zu gewährleisten. Zudem wurden auch Mobilfunkdienste vor allem die Kurzmitteilungsdienste ausgeschaltet.

Die Abschaltung des Internets beeinträchtigte die Proteste aber nicht, da ohnehin nur zirka 20% der Bevölkerung Internet haben. Vielmehr wurden die Proteste verstärkt, da diese Aktion die Wut in der Bevölkerung entfachte (vgl. Howard/ Muzammil 2012: 22).

Die Proteste waren auch durch das Abschalten des Internets nicht aufzuhalten. In einem Interview mit einem der Protestierenden, wie die Organisation und Koordinierung der Proteste funktioniere, antwortete er, dass nicht alles über Facebook organisiert

beziehungsweise koordiniert wurde, sondern dass vielmehr die Mundpropaganda, die Leute dazu motivierte mitzumarschieren und dass sich vor allem ärmere Leute aus den ärmeren Vierteln mobilisieren ließen, die kein Internet haben.<sup>8</sup>

Aber dass eine Regierung niemals die volle Kontrolle über die verschiedenen Kommunikationstechnologien hat, haben die Demonstranten in Ägypten anhand von einem Feature namens „SayNow“ gezeigt. Dieses Feature wurde von Google, Twitter und SayNow Spezialisten entworfen und ermöglichte den Demonstranten in Ägypten über normale Telefonleitungen, eine bestimmte Rufnummer anzurufen, auf der man eine Audionachricht hinterließ und die kurz später als Twitter-Nachricht ins Internet gesendet wurde. „Um dies zu verwirklichen nutzt Google eine VoIP-Technik des kürzlich gekauften VoIP-Spezialisten SayNow. Unter den Rufnummern [...] kann man eine Nachricht hinterlassen, die dann bei Twitter mit dem Tag #egypt veröffentlicht wird. Unter Speak2Tweet werden die Nachrichten dann gespeichert und veröffentlicht. Sobald Sie einen der Links aufrufen, startet ein Audio-Player, der die Nachricht wiedergibt.“ (Craemer 2011) Zudem versuchen einige auf die wenigen aktiven Routen zuzugreifen, oder bieten Nachrichtenagenturen Interviews an, wenn sie im Gegenzug ihre Satteliteninternetverbindung nutzen können (vgl. Strato 2013: 46).

Gleichzeitig nutzte die Regierung das Potenzial der Mobiltelefone zur Verbreitung der Nachrichten und Mobilisierung der Menschen und instrumentalisierte die Mobilfunkbetreiber des Landes für eigene Zwecke. Der Netzbetreiber Vodafone teilte mit, dass die Behörden alle Netzbetreiber anwiesen Mitteilungen mit staatlicher Propaganda an das ägyptische Volk zu verschicken. Diese Anweisungen konnten nicht von den Netzbetreibern missachtet werden und diese konnten sich dem auch nicht widersetzen, da die Behörden sich auf die Notstandsbefugnisse der ägyptischen Telekommunikationsgesetze beriefen.

Eine dieser Kurzmitteilungen forderte „Ägyptens ehrliche und loyale“ Männer auf, sich den Verrätern und Kriminellen entgegenzustellen und das Volk und die „Ehre“ und das „kostbare“ Ägypten zu beschützen (SpiegelOnline 2011).

---

<sup>8</sup> „Das ist schwer zu sagen, weil es ist nicht immer so koordiniert wie es aussieht. Ich war an dem Freitag, dem 28., in einem ärmeren Viertel und es war eine Gruppe von 50 Leuten, die angefangen hat zu marschieren, und wir sind für vielleicht drei, vier Stunden durch das Viertel gelaufen und haben die Leute runtergerufen, kommt mit, kommt mit. Vier Stunden später war es eine Gruppe von 3.-, 4.000. Irgendwann kamen wir dann auf eine andere Gruppe, die noch mal ein paar Tausend waren, bis, ich würde sagen, wir waren ungefähr 15.000, die dann in Richtung Befreiungsplatz marschiert sind und wieder andere Gruppen getroffen haben. Es war alles wirklich ziemlich spontan, was oft mit einigen einzelnen Leuten, Demonstranten angefangen hat und immer gewachsen ist, und niemand hat das erwartet. Niemand hat erwartet, was passiert ist.“ (Rizk 2010)

Am Freitag dem 28. Jänner eskaliert die Situation. Mubaraks Polizei geht mit scharfer Munition und Tränengas auf die Demonstranten los und von Mubarak engagierte Schlägertrupps prügeln auf die Demonstranten ein (vgl. Strato 2013: 35). Die ersten Panzer der ägyptischen Armee rollen in Kairo ein und eine Ausgangssperre wird über die Stadt verhängt, die aber weitgehend ignoriert wird. Am selben Abend hält Mubarak eine Fernsehansprache, in der er das harte Vorgehen der Sicherheitskräfte rechtfertigt. Er kündigt außerdem eine Regierungsumbildung an und sagt demokratische und wirtschaftliche Reformen zu.

Währenddessen stellt sich für die Demonstranten die Frage, wie sich die Armee in den kommenden Tagen verhalten wird. Hinter den Kulissen hat sich die ägyptische Armee in zwei Lager gespalten. Während das Heer sich auf die Seite der Demonstranten stellt, bleibt die Luftwaffe und Präsidentengarde Mubarak treu (ebd. S.37).

Am 31. Jänner sendet die Armee zum ersten Mal eine klare Botschaft, auf welcher Seite sie steht: trotz Anweisungen Mubaraks auf die Demonstranten zu feuern, verweigert die Armee den Schießbefehl (vgl. Nunns/ Idle 2011) und richtet sich mit folgendem Inhalt an die Demonstranten: „The presence of the army in the streets is for your sake and to ensure your safety and wellbeing. The armed forces will not resort to use of force against our great people“ (Black/ Shenker/ McGreal 2011).

Einen Tag darauf, besucht Feldmarshall Tantawi demonstrativ den „Marsch der Millionen“ an dem die Muslimbruderschaft, Gewerkschaftler, Arbeiter, kritische Militärs, prominente Geschäftsleute und Diplomaten teilnehmen (vgl. Nordhausen/ Schmid 2011: 45f.).

Zur selben Zeit verurteilten internationale Stimmen immer mehr das brutale Vorgehen Mubaraks gegen sein eigenes Volk. US-Präsident Obama erklärte aber lediglich, dass er Mubarak auffordere auf die Reformforderungen einzugehen.

Das Regime verbreitete unterdessen Gerüchte, dass die ausländischen Berichterstatter im Interesse ausländischer Kräfte gegen Ägypten hetzen würden, damit fremde Truppen ins Land einmarschieren können (vgl. Nordhausen/ Schmid 2011: 52). In ganz Kairo werden daraufhin ausländische Journalisten, unter anderem von CNN und Al-Jazeera angegriffen und verhaftet.

Am 2. und 3. Februar greift das Regime weiterhin zu Gewaltmaßnahmen und mischt Sicherheitskräfte in Zivil unter die Demonstranten, die diese attackieren. Begleitet wurden

diesen von bezahlten Schlägertrupps, die auf Pferden und Kamelen in die Menge reiten und auf Demonstranten einpeitschen (ebd.). Einige von ihnen geben offen zu, dass sie Geld von der NDP für ihren Einsatz erhalten hatten. Zudem werden Scharfschützen auf den Dächern der Häuser postiert, die gezielt auf Demonstranten schießen.

Nach vier Tagen wird das Internet wieder angeschaltet, da der Internetausfall die ägyptische Wirtschaft sehr geschwächt hat. Unmittelbar nach dem Anschalten verschicken Aktivisten wieder E-Mails und Facebook-Nachrichten mit Treffpunkten und Ratschlägen. Inzwischen hat das Regime alle Fernsehteams aus den Hotels am Tahrirplatz vertrieben.

Am 4. Februar richtet sich Mubarak erneut mit einer Ansprache an das ägyptische Volk und gibt bekannt, dass er nicht gedenkt zurückzutreten. Der Chef des Geheimdienstes Omar Suleiman beginnt stattdessen einen Dialog mit dem sogenannten „Rat der Weisen“, welcher sich aus mutmaßlichen Oppositionellen zusammensetzt. Der Rat schlägt vor Mubarak symbolisch im Amt zu lassen, während Suleiman de facto die Macht übernimmt. Die Demonstranten geben sich damit nicht zufrieden und die NDP beginnt sich allmählich aufzulösen. Viele Parteifunktionäre treten zurück (vgl. Strato 2013: 42f.).

Immer weniger Bilder von den Protesten werden in den ausländischen Medien gezeigt, insbesondere weil die meisten Reporter aus Ägypten abgezogen wurden. Um diesen Aufmerksamkeitsverlust im In- und Ausland entgegenzuwirken wird für den 8. Februar zu den größten Demonstrationen aufgerufen.

Der Dialog zwischen Suleiman und den Oppositionskräften gilt inzwischen als gescheitert, als er in seinem Statement erklärt, dass Ägypten für die Kultur der Demokratie noch nicht bereit sei (vgl. Nunns/ Idle 2011: 3486).

Ghonim tritt am 7. Februar das erste Mal nach seiner Freilassung im ägyptischen Fernsehen auf. Er bekräftigt, dass die Demonstranten keine ausländischen Agenten seien, sondern nur junge Menschen, die für ein besseres Ägypten kämpfen. Als infolge des Interviews Fotos von Opfern des Aufstands gezeigt werden, haben diese emotionalen Bilder verheerende Folgen für das Regime.

Am 10. Februar tritt Mubarak erneut im Fernsehen auf und hält eine Rede, in welcher er jedoch bestätigt, dass er weiterhin im Amt bleiben werde. Zuvor trat der hohe Rat der

Streitkräfte im ägyptischen Fernsehen ohne Mubarak auf und es wurde vermutet, dass es einen Militärputsch gegeben hätte. Die Opposition ruft zum „Tag der Entscheidung“ auf (Nordhausen/ Schmid 2011: 56) und auch der internationale Druck steigt.

Am 11. Februar tritt Suleiman vor die Fernsehkameras und erklärt, dass Mubarak vom Amt des Staatspräsidenten zurückgetreten sei. Die Macht übernimmt das Militär unter der Führung des Hohen Rates der Streitkräfte (SCAF) und dessen Vorsitzenden, Feldmarschall Tantawi. Sie verpflichten sich in ihrer ersten Ansprache für einen demokratischen Übergang zu sorgen.

### **6.3.3. Facebook-Revolutions?**

Welche Bedeutung hatten die sozialen Medien nun tatsächlich? Laut „Cyber-Enthusiasten“ (vgl. Howard/ Muzammil 2012) hätte die ägyptische Revolution ohne die Neuen Medien nicht in dieser Weise geschehen können, wie sie sich in den achtzehn Tagen der Proteste zugetragen hat. Das Internet half den Demonstranten die Revolution zu organisieren und bot eine Intensität der Liveberichterstattung, der man auch im Ausland folgen konnte.

Alleine die Tatsache, dass Mubaraks Regime gleich nach dem Ausbrechen der Revolution, die verbreiteten Kommunikationstechniken kurzerhand abschalten ließ, ist ein Hinweis auf das Potenzial der Social Medias als organisierendes und koordinierendes Instrument.. Die Mobilisierung der breiten Massen fand aber größtenteils nicht über das Internet statt, da dieses, wie besagt, sich in Unverbindlichkeit kennzeichnet. Es waren, wie bereits gezeigt, vor allem das Mobiltelefon und die Mundpropaganda, die breite Massen zum Tahrirplatz führten (Aday et al. 2012/ Tufekci et. al 2012).

Auch die Fülle an Informationen, die aus dem Land getragen wurde und auf die Al-Jazeera und andere Sender zugreifen konnten, sprechen für den Ansatz der „Facebook“-Revolution. Der Vorteil bestand vor allem darin, dass konfliktfähige Gruppen, eine gemeinsame Identität und Ziele definieren konnten, welches ihr Konfliktpotenzial stärkte.

Durch das Internet wurde zudem eine Gegenöffentlichkeit konstruiert, mit welcher man die Delegitimierung des bestehenden Regimes vorantrieb. Twitter und Facebook erwiesen sich also als wesentliche Informationsvermittler, auch wenn nur wenige in Ägypten es zur Zeit des Aufstands nutzten. Diejenigen die über Twitter Neuigkeiten verbreiteten kann man als „citizen journalists“ sehen (vgl. Strato 2013/ Hillenbrand 2013/ Tufekci et al. 2012). Durch ihre Berichterstattung konnte die Berichterstattung der staatlichen Medien untergraben werden, sowie anderen Neuen Medien, wie Satellitensendern, Material zur Verfügung gestellt werden. Dies war von Vorteil, da so der ägyptischen Bevölkerung, Bilder von den Geschehnissen geboten wurden, die in den staatlichen Medien nicht gezeigt wurden. So herrschte einerseits Transparenz, und andererseits konnten in der letzten Phase der Proteste mehr Leute mobilisiert werden, die den Druck auf das bestehende Regime erhöhten.

Der Einfluss der Social Media war also auf die Entwicklungen im Inland selber gering beziehungsweise nur teilweise von Relevanz. Es war vielmehr ein Zusammenspiel von Social Media und Satellitenfernsehen, das einen Einfluss auf die Revolution nehmen konnte.

Aday et. al (2012) kommen ebenfalls in ihrer Forschung über den Einfluss der Social Media auf die Revolution zu folgendem Ergebnis:

- This lack of impact does not mean that social media [...] were unimportant. Nor does it preclude the possibility that other new media technologies were significant in these contexts, or even that different Twitter or link data would show different results. But it does mean that at least in terms of media that use bit.ly links (especially Twitter), data do not provide strong support for claims of significant new media impact on Arab Spring political protests.
- New media outlets [...] are more likely to spread information outside the region than inside it, acting like a megaphone more than a rallying cry. This dissemination could be significant if it led to a boomerang effect that brought international pressure to bear on autocratic regimes, or helped reduce a regime's tendency to crack down violently on protests.
- It is increasingly difficult to separate new media from old media. In the Arab Spring, the two reinforced each other. New media must be understood as part of a wider information arena in which new and old media form complex interrelationships. (Aday et. al 2012: 3).

Inwieweit eine Revolution also erfolgreich verläuft und zum Zerfall des Regimes führt, ist von Land zu Land unterschiedlich, welches auch am Beispiel der anderen Länder des Mittleren Ostens ersichtlich wird. Dies hängt zudem nicht nur von Medien, sondern auch von anderen Faktoren ab, wie zum Beispiel internationalem Druck, der im Falle von Ägypten bescheiden blieb. Ob eine Revolution erfolgreich ist oder nicht, ist unter Anderem abhängig von der Entscheidung des Militärs, ob es zum Volk steht oder zu dem Herrscher. Im Falle von Ägypten, war es von großem Vorteil, dass sich das Militär für das Volk entschied.

Laut Cilja Harders (2013) existierten bereits vor den Massenprotesten Risse im ehemals engen Verhältnis zwischen dem Präsidenten und der militärischer Elite. Sie lehnten die Wirtschaftspolitik der Gruppe um Gamals Mubarak und die Idee der Amtsnachfolge ab, da er vor allem keine militärische Laufbahn habe. Vor diesem Hintergrund muss die Entscheidung, Mubarak zu opfern, bewertet werden.

Der Begriff „Facebook-Revolution“ wird außerdem der Revolution in Ägypten nicht gerecht, da dieser technologische Determinismus unterstellt, dass die Revolution einzig über die Internetportale Facebook und Twitter abgewickelt wurde, was aber, wie gezeigt wurde, nicht korrekt ist. In dem die Revolution rein über ihre Werkzeuge definiert wird, wird der Einfluss der seit Jahrzehnten aktiven Oppositionsbewegungen außer Acht gelassen.

Resümierend lässt sich also sagen, dass die Revolution zwar ihren Anfang auf den sozialen Netzwerken fand, jedoch für den weiteren Verlauf der Revolution andere Faktoren ausschlaggebend waren. Ein Vorteil der sozialen Netzwerke, insbesondere aber von Facebook, ist die Möglichkeit der Diskussion und Interaktion einer großen Anzahl an Bürgern mit gemeinsamen Interessen, wodurch eine gemeinsame Identität und gemeinsame Ziele formuliert werden können. Die Rolle der Sozialen Netzwerke als Verbreiter von Information und Werkzeug zur Koordination ist nach Hillenbrand daher unzureichend, denn schließlich ist es diese kulturelle Identifikation der Aktivisten, die Aktionen aus dem virtuellen Raum auf die Straßen verlegt (vgl. Hillenbrand 2013: 24). Das Mobilisierungspotenzial bleibt jedoch meistens, auf das jeweilige Portal begrenzt. Vielmehr wird durch Mundpropaganda und durch Kurzmitteilungen mobilisiert. Soziale Netzwerke sind vor allem als Informationsvermittler relevant, denn Fernsehsender können so auf die Informationen, die von „citizen journalists“ zur Verfügung gestellt werden, zurückgreifen.

Es können so alternative Informationen und Bilder bereitgestellt werden, welche, wie in den letzten Tagen der Revolution, entscheidend für die Revolution sein können.

#### **6.4. Analyse**

Angesichts massiver Zensur und gesetzlichen Restriktionen, bot das Internet, als weitgehend vom Staat unkontrollierter Raum, die optimale Möglichkeit um eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen, Proteste zu organisieren und die Massen zu informieren. Das Internet beziehungsweise die sozialen Medien und ihre Interaktivität boten den idealen Raum um Dissens auszudrücken und Proteste zu koordinieren. Dennoch ist ihre Rolle geringer als ihr einiger Beobachter zuschreiben mag. Denn auch als das Internet bereits am zweiten Tag der Revolution abgeschaltet wurde, war die Revolution bereits voll im Gang. Zudem ist zu bedenken, dass das Internet und vor allem soziale Netzwerke nur einer kleinen Gruppe der Bevölkerung zugänglich waren. Erst durch das Zusammenspiel der verschiedenen Kommunikationstechnologien, wie dem Mobiltelefon, und den ausländischen Satellitensendern, konnte sich die Revolution entfalten. Demonstranten stellten Bilder ins Netz, die sie zuvor mit ihren Mobiltelefonen geschossen hatten und informierten andere Bürger über die Geschehnisse am Tahrirplatz. Diese Informationen wurden dann von Satellitensender wie Al- Jazeera aufgegriffen und ausgestrahlt, was wiederum den Effekt hatte, dass mehr Leute mobilisiert werden konnten. Panarabische und private Fernsehsender konnten somit oppositionelle Gruppen stärken und somit den Druck auf die regimeerhaltenden Gruppen vergrößern. Es muss an dieser Stelle jedoch erwähnt werden, dass nicht alle Neuen Medien, sprich Satellitensender in privater Hand, den Protest unterstützten.

Denn neben staatlichen Sendern, konnte die Regimeelite auch auf private Satellitensender zurückgreifen, die sich ab 2008 etablierten. Deren Besitzer waren vor allem, die Unternehmergruppe um Gamal Mubarak (vgl. McKay 2011) die während des Protests immer

wieder versuchten, die Demonstranten zu diskreditieren, indem ihnen unterstellt wurde, sie würden einer ausländischen Agenda folgen.

Die Rolle der Neuen Medien in Bezug auf Demokratisierung ist daher ambivalent. Denn sowohl oppositionelle Gruppen als auch die Regimekoalition griffen auf diese Kommunikationstechnologie zurück um das andere Lager zu deligitimieren.

Zwar können die Thesen aus Kapitel 2.3.3.3 somit größtenteils verifiziert werden, jedoch waren im Endeffekt andere Faktoren ausschlaggebend für den Erfolg der Revolution. Die zwei wichtigsten Faktoren waren zum einen die Spaltung in der Regimekoalition, die die Position des Regimes enorm schwächte und zum anderen der Zusammenhalt der verschiedenen oppositionellen Gruppen durch die Definition gemeinsamer Ziele.

Ein weiterer Aspekt, der die Demokratisierungsthese des Internets und der sozialen Medien schwächt, ist das zwar der Präsident zurückgetreten ist und sich die NDP auflöste, das Regime beziehungsweise das System jedoch erhalten geblieben ist. Die Entwicklungen nach der Revolution gelten als Beweis für dieses Argument.

## **7 Transition**

Am 11. Februar 2011 übernimmt der Hohe Rat der Streitkräfte die Führung und verspricht den Demokratisierungsprozess, der angeblich mit dem Zerfall des Regimes eingesetzt hat, in die Wege zu leiten. Im Jahr 2012 wird der Kandidat der Muslim Bruderschaft, Mohamed Morsi, zum Präsident gewählt. Ein Jahr darauf kommt es zur Staatskrise und Mohamed Morsi wird vom Militär wieder abgesetzt. Im Folgenden wird dieser Verlauf der Ereignisse in Phasen unterteilt, um einen besseren Überblick zu schaffen und evaluieren zu können, welche Rolle Medien in der jeweiligen Phase spielen und wie Medien von den jeweiligen Akteuren eingesetzt werden beziehungsweise welcher rechtliche Rahmen für sie geschaffen wird, in dem sie agieren können.

### **7.1. Phase 1: Der Hohe Rat der Streitkräfte (SCAF)**

Nach der Übergabe der Macht an den Militärrat bleiben dennoch einzelne oppositionelle Gruppen auf dem Tahrirplatz. Immer wieder demonstrieren einzelne Berufsgruppen. Die politischen Forderungen werden auch teilweise vom Militärrat erfüllt, so wird im März ein neuer Premierminister ernannt und ein neues Kabinett aufgestellt.

Am 19. März stellt der Militärrat eine vom Komitee ausgearbeitete Verfassung zur Wahl, welche auf die bereits bestehenden Artikel aufbaut und lediglich einige Artikel ändert. Die Verfassung wird angenommen und tritt Ende März in Kraft. Das Notstandsgesetz bleibt dennoch in Kraft, denn es soll erst aufgehoben werden, sobald die gegenwärtige Situation beendet sei (Gehlen 2011), ohne jedoch zu definieren, wann dieser Zeitpunkt sein könnte. Der besagte Artikel bleibt des Weiteren in der Verfassung und wird lediglich darauf reduziert, dass die Zeit des Ausnahmezustandes auf sechs Monate beschränkt ist. Der Ausnahmezustand kann um weitere sechs Monate verlängert werden, vorausgesetzt die Volksversammlung stimmt dem zu und die Bevölkerung erklärt sich in einem Referendum einverstanden (ebd.).

Des Weiteren wird Ende März 2011 vom Hohen Rat der Streitkräfte ein Gesetz verabschiedet, welches Proteste verbietet, die das Funktionieren von Institutionen beeinträchtigen. Somit wird die Versammlungsfreiheit weiter beschränkt. Nur wenige Stunden darauf nutzte es das Militär um die Besetzung der Kairo Universität zu räumen (taz.de 2011).

In September nimmt der Hohe Rat der Streitkräfte die Angriffe auf die israelische Botschaft als Anlass, das Notstandsgesetz erneut zu verlängern. Man erklärt, dass angesichts des Terrors, und der Bedrohung der nationalen Sicherheit sowie der öffentlichen Ordnung, sämtliche Artikel der Notstandsgesetze uneingeschränkt Anwendung finden würden (Ibrahim 2011). Das Resultat ist, dass in der Zeit der Herrschaft des Obersten Militärrats, mehr Zivilisten vor Militärgerichte gestellt werde als in den dreißig Jahren in denen Mubarak an der Macht war (HMLC 2011). Am 24. Jänner 2012 wird es teilweise aufgehoben, da man vor dem Jahrestag der Revolution versucht den zu erwartenden Demonstrationen gegen das Militär entgegen zu wirken. Allerdings erklärte man, dass es im Falle von „Rowdytum“ weiterhin angewendet wird. Durch die Verwendung eines solch flexibel interpretierbaren Begriffs hatte das Militär weiterhin die Befugnis Demonstranten zu verhaften (Egypt Independent 2012). Erst am 31. Mai 2012 wurde das Notstandsgesetz endgültig aufgehoben (DiLeonardo 2012).

In der Zwischenzeit gibt es immer wieder Streiks und Demonstrationen, die aber vom Militär gewaltsam aufgelöst werden. Da sich die Opposition nach dem Ende der Massenproteste gespalten hatte, konnte keine gemeinsame Linie formuliert werden, was sie in ihren Anforderungen schwächte (Tufekci et al. 2012/ Harders 2013). Dies war vor allem mit dem Aspekt verbunden, dass die Revolution führerlos geblieben ist.

Das gewaltsame Vorgehen der Streitkräfte gegenüber Demonstranten, lässt die Bevölkerung an den Absichten der Übergangsregierung anzweifeln. Der Unmut steigt und immer mehr Stimmen verlangen die Absetzung der Militärregierung (Stryjak 2011).

Die Regierung kommt aber auch die Forderungen der Bevölkerung teilweise entgegen, vor allem als durch geleakte Dokumente klar wird, dass ehemalige NDP Funktionäre Unruhe im Land, insbesondere zwischen Christen und Moslems anzetteln (McGrath 2011). Die NDP wird vom obersten Verwaltungsgericht aufgelöst und Mubarak und seine Söhne, sowie viele Minister aus dem letzten Kabinett und der ehemalige Innenminister Habib El-Adly, werden unter anderem wegen Korruptionsvorwürfen, auf Druck der Bevölkerung verhaftet (El Ahl 2011).

Der Innenminister unter dem Militärrat kommt einer weiteren Forderung der Protestbewegung nach und löst die verhasste Staatssicherheitsbehörde auf. Die dem Innenministerium unterstehende Behörde war eine Säule des Mubarak-Regimes und verfügte landesweit über Zuträger, die frei gegen oppositionelle Gruppierungen vorgehen konnte.

Ihr wurde Bespitzelung, Folter und die Fälschung von Wahlen vorgeworfen. Zugleich aber wurde die Bildung einer neuen Behörde mit dem Namen „Nationale Sicherheit“ angekündigt, die für Wahrung der Sicherheit und die Terrorabwehr zuständig sein soll (BBC 2011).

Trotz all dem scheinen die alten Machtstrukturen nicht durchgebrochen. Das Militär festigt weitgehend seine Macht durch zusätzliche Befugnisse und den Ministern kommt lediglich eine beratende Funktion zu (Windfuhr 2011).

Die Menschen sind zunehmend enttäuscht, da die alte Garde Mubaraks zwar mit neuen Personen aber alten Prinzipien regiert. Erstmals wird daher auch der Abgang von Feldmarschall Tantawi, der Vorsitzender des Obersten Rats der Streitkräfte, verlangt (ebd.).

Die Wahl zur ägyptischen Volksversammlung wird schließlich für den November 2011 festgelegt. Da jedoch in der Übergangsverfassung kein genauer Wahlmodus festgeschrieben wurde, drohen die zu einem Wahlbündnis zusammengeschlossenen Parteien mit dem Boykott der Parlamentswahlen. Ihre Kritik richtet sich hauptsächlich an Artikel 5 des Wahlgesetzes, wonach ein Drittel der Parlamentssitze unabhängigen Kandidaten vorbehalten bleiben sollte. Die Befürchtung ist, dass ehemalige Mitglieder der verbotenen Nationaldemokratischen Partei als unabhängige Einzelkandidaten in das Parlament einziehen könnten (FAZ 2011).

Das Militär will aber seine Machtposition sichern und veröffentlicht daher Richtlinien, die unterem vorsehen, dass das Militär über dem Parlament steht und dass der Armee weitgehende Autonomie garantiert wird. Es kommt erneut zu Demonstrationen und die Richtlinien werden unter politischem Druck geändert (FAZ 2011).

Die Muslimbruderschaft gewinnt mit ihrer Freiheits- und Gerechtigkeitspartei die meisten Sitze im Parlament und ernennt Saad al-Katatni zum Parlamentspräsident. Eine wichtige Aufgabe des Parlaments ist es eine verfassungsgebende Versammlung zu bilden um eine neue Verfassung zu formulieren.

Am 16. Juni gewinnt der Parteivorsitzende der Freiheits- und Gerechtigkeitspartei, Mohamed Mursi und legt am 30. Juni seinen Eid ab. Er ist somit der erste demokratisch gewählte Präsident Ägyptens.

### **7.1.1. Medien unter dem Hohen Rat der Streitkräfte**

Wurde am Anfang der Bevölkerung eine ehrliche Berichterstattung versprochen, so zeigte sich spätestens mit der Verhaftung von kritischen Bloggern und Journalisten, dass es ein leeres Versprechen war. Die NGO Freedom House schreibt in ihren Report: „The SCAF continued the Mubarak tradition of denying detained or imprisoned journalists and bloggers the right to due process, including prosecuting them in military rather than civilian courts“ (Freedom House 2012).

Im März wurde über eine Übergangsverfassung abgestimmt. Zwar garantierte der 12. Artikel dieser Übergangsverfassung die Meinungs- und Redefreiheit, allerdings nur in dem Maß der vom gesetzlichen Rahmen bestimmt ist. Dieser gesetzliche Rahmen hat sich jedoch seit Mubarak nicht verändert und es galten dieselben Strafgesetze. Der 13. Artikel bekräftigte die Pressefreiheit und erklärte jegliche Zensur für verboten, allerdings galt dieser Artikel nicht wenn die nationale Sicherheit gefährdet ist oder der Ausnahmezustand herrscht (ebd.).

Während die Strategie Mubaraks um die Medien zu kontrollieren auf die nationale Einheit baute, argumentierte das Militär mit der nationalen Sicherheit, um die Medien-, Meinungs- und Redefreiheit einzuschränken. Die Wahrung der nationalen Sicherheit war demnach das zentrale Element der Medienstrategie des Militärs. Mit solch vagen Begriffen, konnte das Militär theoretisch jederzeit eingreifen.

Da das Notstandsgesetz jedoch bis kurz vor der Machtübergabe an Präsident Mursi galt, hatten die Medien und Journalisten ohnehin einen eingeschränkten Spielraum. Hinzu kommt, dass die Mediengesetze im Strafgesetz unverändert blieben. Dies förderte die Selbstzensur unter Journalisten.

Der Hohe Rat der Streitkräfte warnte Herausgeber und Journalisten davor sich kritisch gegenüber dem Militär zu äußern, ohne sich im Voraus eine Erlaubnis dafür einzuholen (ebd.).

Als der Hohe Rat noch im Februar sechzehn neue Lizenzen für Satellitensender erstellte, ging man von einer Öffnung des Regimes gegenüber Neuen Medien aus (Mekay 2011). Ab September wurde aber das Verfahren für die Lizenzvergabe eingestellt und damit gedroht, rechtliche Maßnahmen gegen Satellitensender einzuleiten, die die nationale Sicherheit nach deren Ansicht bedrohe. Zudem wurden diese sechzehn Lizenzen jenen Unternehmern ausgestellt, die zur Garde um Gamal Mubarak angehörten (ebd.). Sie waren daher quasi Verbündete in der Regimekoalition. Viele von diesen Medienbesitzern hatten bereits vor der Revolution 2011 Fernsehsender etabliert und wetterten in der Zeit der Revolution gegen die Demonstranten (ebd.).

In Oktober richtete das Militär als weitere Kontrollinstanz eine militärische Zensurabteilung ein (Freedom House 2012).

Währenddessen versuchten staatliche und unabhängige Zeitungsagenturen, Journalisten und Reporter mit Hilfe von Aktivisten und zivilgesellschaftlichen Bewegungen, sich einen gewissen Grad an Pressefreiheit zu erkämpfen. Sie bildeten zur Erreichung der Ziele eine „National Coalition for Media Freedom“, (Freedom House 2012) wurden jedoch als Antwort darauf Repression seitens des Militärs ausgesetzt: „However, these actions prompted pushback from the military government. In late December, security forces raided 17 Egyptian and international nongovernmental organizations (NGOs) whose work encompasses advocacy on media and freedom of expression. [...] There were countless reports of interference in broadcasts, and several individual shows were canceled or pulled off the air.“ (ebd.)

Trotz Einschüchterungen durch das Militär haben Journalisten, Blogger und unabhängige Medien kritische Beiträge produziert.

Der Kontrast zwischen staatlichen und unabhängigen Medien wurde vor allem in der Berichterstattung rund um die Ereignisse von Maspero, bei denen koptische Demonstranten vom Militär gewaltsam verdrängt wurden, sichtbar. Während das Militär die koptischen Demonstranten vor dem Gebäude gewaltsam vertrieb, berichteten staatliche Medien, dass die Demonstranten das Militär attackierten um sich mit Gewalt Zutritt zum Gebäude zu schaffen.

Neben anderen Politikern, erkannte auch das Militär den Nutzen der sozialen Medien zur Verbreitung der eigenen Ansichten und errichtete eigene Facebookseiten und einen Twitter-Account.

Da jedes politische Lager nun eigene Facebookseite hatte und auch gegen andere politische Ansichten wettete, konnten sich keine Demonstrationen mit dem Ausmaß von den Jänner-Protesten organisiert werden können. Die oppositionellen Akteure waren zu fragmentiert.

## **7.2. Phase 2: Präsident Mohamed Mursi**

Das Militär will trotz demokratisch gewähltem Parlament und Präsidenten nicht an seiner Macht einbüßen und versucht daher seine Macht weiter zu sichern beziehungsweise auszuweiten.

Bereits am 14. Juni 2012, sprich zwei Tage vor der Präsidentschaftswahl, erklärt das Oberste Verfassungsgericht die Wahl des Unterhauses des Parlaments für ungültig und beschließt die Auflösung des Parlaments (Zekri 2012). Stattdessen zieht der Militärrat die Legislative an sich, bis ein neues Unterhaus gewählt wird – wann dies allerdings geschehen solle bleibt vorerst offen, denn neue Wahlen zur Volksversammlung soll es erst nach der Ausarbeitung einer Verfassung geben, die per Referendum vom Volk bestätigt werden muss. Anhand Verfassungszusätzen wird des Weiteren die Macht des gewählten Präsidenten eingeschränkt. Der Militärrat ändert die Übergangsverfassung derart ab, dass er das Gesetzgebungs- und Budgetrecht übernehmen kann und billigt sich des Weiteren ein Vetorecht über den Inhalt der neuen Verfassung zu (Fakoussa 2012).

Mursi versucht dem entgegen zu steuern und setzt das Parlament per Dekret wieder ein. Das Dekret wird allerdings vom Verfassungsgericht aufgehoben.

Die Schwächung gewählter Gremien zugunsten des Militärrats durch die Justiz wird von Beobachtern als „Putsch ohne Putsch“ gewertet (Klaiber 2013). Politikwissenschaftler gehen davon aus, dass die Entscheidungen der Justiz vom Militär gelenkt wurden. Das Gebilde von Justiz und Militär bestand aus Leuten, die schon zur Zeit Mubaraks im Amt waren und daher kein Interesse hatten, ihre Macht mit der Muslimbruderschaft zu teilen (vgl. ebd.). Dass die Justiz noch vom alten Regime infiltriert war, zeigte sich vor allem daran, dass die Leute Mubaraks, die an den Kamelattacken von 2011 teilgenommen hatten, freigesprochen wurden.

Als Antwort schränkt Mursi das Militär ein und setzt Zusätze der Verfassung außer Kraft, mit denen seine Macht zugunsten des Militärs eingeschränkt war (ntv 2012). Außerdem schickt er

Feldmarschall Tantawi in den Ruhestand und bestellt Abd al-Fattah as-Sisi als Nachfolger an die Spitze der Streitkräfte (ebd.).

Zwei Tage vor der Auflösung des Parlamentes, hatten die beiden Kammern eine neue Verfassungskommission, die von der Muslimbruderschaft und Salafisten dominiert wird. Im November stimmt die verfassungsgebende Versammlung schließlich über einen Verfassungsentwurf ab. Die Mitglieder der Opposition bleiben dieser Abstimmung, aus Protest über die religiösen Bezüge und die fehlende Pressefreiheit, fern (TagesSpiegel 2013).

Ende November 2012 kommt es in Ägypten erneut zu Massenprotesten. Auslöser waren Ausweitungen der Machtbefugnisse von Präsident Mursi, mit denen er die Kontrolle der Justiz über von ihm verfügte Dekrete und die von den Muslimbrüdern dominierte verfassungsgebende Versammlung, einzuschränken versuchte (ebd.). Mursis Ziel war es, das ausstehende Gerichtsverfahren zu verhindern, welches klären sollte, ob die verfassungsgebende Versammlung rechtmäßig war oder nicht, da die Parlamentskammern, die sie bestimmten, aufgelöst wurden.

Im Dezember wird über die Verfassung abgestimmt und zirka zwei Drittel der Bevölkerung stimmen für den ägyptischen Verfassungsentwurf der Regierung. Die Opposition sieht das Dokument als Betrug an der Revolution und es kommt immer wieder zu Protesten gegen Mursi (ebd.).

Die Situation zwischen der Muslimbruderschaft, der Regimekoalition und der Opposition bleibt das ganze Jahr, in welchem Mursi das Amt des Präsidenten inne hat, angespannt und endet letztendlich in einer Staatskrise.

### **7.2.1. Medien und die Muslimbruderschaft**

Der Übergang von militärischer zu ziviler Herrschaft führte zu weiterer negativer Entwicklung in der Medienlandschaft.

Im Dezember 2012 wurde eine neue Verfassung ratifiziert. Die Artikel 12 und 13 wurden von der Übergangsverfassung, mit denselben Restriktionen übernommen. Hinzu kommt, dass weitere Artikel in Bezug auf Pressefreiheit laut Freedom House widersprüchlich sind.

Ein Beispiel für diese Widersprüchlichkeit, bieten die Artikel 45 und 44: während Artikel 45 Meinungs- und Gedankenfreiheit garantiert, verbietet Artikel 44 die Beleidigung von Propheten (Freedom House 2013).

Auch die Mediengesetze, die bereits zu Zeiten Mubaraks gültig waren, blieben weiterhin gültig. Damit waren Äußerungen gegen Präsidenten illegitim.

Während, wie bereits gezeigt, Mubarak und das Militär mit Aspekten der nationalen Einheit und Sicherheit, die Medien kontrollierten, kam unter Mursi zu den beiden Aspekten noch Religion dazu: „The Morsi government places a strong emphasis on public morality, leading to a dramatic increase in prosecutions for blasphemy , „insult to religion“ and offering public decency“ (Freedom House 2013). Vor allem Journalisten und Blogger, die sich kritisch gegen die Partei und Parteilinie äußerten wurden wegen Blasphemie angeklagt.

Mit Artikel 216 wurde die „National Press and Media Association“, eine neue Institution zur Regulierung von staatlichen Medien, ins Leben gerufen. Zudem wurde die Lizenzvergabe noch mehr erschwert, da mehr Gründe dazu kamen, wieso die Lizenz entzogen werden konnte.

Einzig das Internet, blieb frei von Regulierungen. Das war auch zum Vorteil der Muslimbruderschaft, die etliche Internet- und Facebookseiten besitzt und daher kein Interesse hatte, das Internet zu filtern (vgl. Howard/ Muzammil 2012).

Mit der Machtübernahme durch die Muslimbruderschaft kam es zur Polarisierung der Medien, was laut Freedom House dazu geführt hat, dass die Objektivität auf beiden Seiten nicht mehr beachtet wurde.

Die drei größten staatlichen Zeitungen blieben aber weiterhin auf Seiten der Regierung. Die Chefredakteure wurden, wie bereits unter Mubarak und dem Militär, von der Regierung bestimmt.

Um der Kritik durch die privaten Medien entgegenzuwirken und die eigene Ideologie zu verbreiten, hat die Muslimbruderschaft als Medienstrategie, mehrere Satellitensender eröffnet. Auf diesen wurden Oppositionsgruppen immer wieder als Ungläubige diffamiert.

### 7.3. Phase 3: Staatskrise

Ein Jahr nach dem Mohamed Mursi zum Präsidenten gewählt wurde, versammeln sich erneut Demonstranten auf dem Tahrirplatz um gegen diesen und die Muslimbruderschaft zu demonstrieren. Am 3. Juli 2013 kommt es schließlich zum Putsch. Die Verfassung wird außer Kraft gesetzt und das Militär, unter der Führung von Abd al-Fattah as-Sisi übernimmt in Ägypten die Macht. Das Militär weist die Putsch-Vorwürfe zurück und bezeichnet den Umsturz als „Zweite Revolution“, da der Sturz angeblich vom Volk gewollt sei, welches noch immer mit sozioökonomischen und politischen Missständen unzufrieden sei. Bei dem Sturz Mursis wirkt eine Allianz aus Militärs, Justiz und Sicherheitsapparat zusammen und wird anfänglich noch von der Protestbewegung „Tamarod“, sowie von linksliberalen Oppositionsführern unterstützt.

Anstoß für diese Entwicklungen gab die Protestbewegung und Petition „Tamarod“ (arab. Rebellion), die von der Armee unter General as-Sisi unterstützt wird. Gründer der Protestbewegung ist der Journalist Mohamed Badr, welcher ebenfalls die sozialen Medien nützte um auf seine Kampagne aufmerksam zu machen. Ziel dieser Kampagne war der Vertrauensentzug gegenüber dem gewählten Staatspräsident. Dieser wurde zum Rücktritt aufgefordert und sollte mit der Kampagne auch dazu bewegt werden, vor Ablauf seines Mandats neue Präsidentschaftswahlen in Ägypten durchführen. Die angestrebte Anzahl von 15 Millionen Unterschriften bis zum ersten Jahrestag des Amtsantritts Mursis am 30. Juni 2013 wurde nach eigenen Aussagen um sieben Millionen Unterschriften überschritten. Dem Präsidenten wurde ein Ultimatum gestellt auf die Forderungen einzugehen sonst drohen Aktionen des zivilen Ungehorsams (Frefel 2013).

Unmittelbar nach dem Sturz Mursis und der Außerkraftsetzung der Verfassung durch as-Sisi und der Auflösung des Oberhauses durch Mansur, beginnen bereits die Verhaftung führender Kader der Muslimbruderschaft (Bickel 2013).

Am 14. August eskaliert die Lage und es kommt zu einer Massentötung von Mitgliedern der Muslimbruderschaft, sowie Sympathisanten des gestürzten Präsidenten Mursi, bei der gewaltsamen Räumung der Pro-Mursi-Protestlager am Rabia-al-Adawija- und am Nahda-Platz in Kairo. Bis Anfang Oktober kommen bis 2000 Menschen ums Leben, es handelt sich hierbei vor allem um Zivilisten, die gegen Militärchef Sisi demonstriert hatten und von den Sicherheitskräften erschossen wurden.

Abd al-Fattah as-Sisi erklärt daraufhin die Muslimbruderschaft und jeden der gegen die Militärführung demonstriert als Terrorismus und initiiert, den von den Medien unterstützten „Kampf gegen den Terrorismus“. Im September 2013 erklärt ein Gericht in Kairo die Muslimbruderschaft in einem Eilverfahren und in Abwesenheit von Vertretern der Muslimbruderschaft für illegal und untersagte ihr sowie jeder aus ihr hervorgegangenen oder zu ihr gehörenden Institution jegliche Aktivitäten (FAZ 2013).

Aber nicht nur die Muslimbruderschaft wird vom Militär ins Visier genommen. Im weiteren Verlauf der Ereignisse kam es zu Einschüchterungskampagnen des Machtapparates, die prominentesten Oppositionellen des Volksaufstandes gegen Mubarak von 2011. Darunter befanden sich unter anderem Wael Ghonim, der liberale Politologe, Menschenrechtler und Vorsitzende der oppositionellen Partei Freiheitliches Ägypten, Amr Hamzawy, sowie die Mitbegründer der Demokratiebewegung 6. April, Israa Abdel Fattah und Ahmed Maher, die allesamt beschuldigt wurden, für ihre politischen Aktivitäten finanzielle Leistungen von den USA und anderen Staaten erhalten zu haben. Das Ziel dieser Kampagnen ist, die politisch agilen Zivilgesellschaften zu schwächen. Amr Hamzawy sagte Anfang August, die neuen Machthaber hätten eine „Treibjagd“ auf all jene veranstaltet, die gegen Menschenrechtsverletzungen protestierten und Rechtsstaatlichkeit und Demokratie einforderten oder zur Versöhnung der beiden verfeindeten Lager aufriefen (Gehlen 2013).

### **7.3.1. „Media Wars“**

Unmittelbar nach dem Sturz des Präsidenten, wurden die Sender der Muslimbruderschaft, sowie alle Sender, die Mursi oder die Muslimbruderschaft unterstützten, zugesperrt sowie deren Journalisten verhaftet (Carlstrom 2013). Auch der Empfang von Al-Jazeera Mubasher Misr, wurde eingestellt. Das Büro wurde von der Polizei zugesperrt und die Mitarbeiter verhaftet (ahramonline 2013). Der Cairo News Company wurde verboten Al-Jazeera Material zur Verfügung zu stellen.

Aber nicht nur Journalisten von Al-Jazeera, denen schon seit Mubaraks Amtszeit vorgeworfen wird, dass sie sich für die Agenda der Islamisten einsetzen würden, mussten diese Erfahrung machen, sondern auch andere ausländische Reporter, sind der Repression des Militärs ausgesetzt. Seit Beginn des Putsches werden besonders ausländische Reporter ins Visier genommen und verhaftet. Ihnen wird nach Angaben der ägyptischen Presse unterstellt, sie würden verdächtige Beziehungen zu „Terrororganisationen“, womit die Muslimbruderschaft gemeint ist, unterhalten um Ägypten zu verunglimpfen. Das Militär versucht ausländische Medien immer wieder zu diskreditieren. So äußert sich der Berater des Übergangspräsidenten nach dem Blutbad vom 14. August, man empfinde tiefe Bitterkeit über die Berichterstattung westlicher Medien, die zugunsten der Muslimbruderschaft berichten und sie damit in ihren terroristischen Aktionen unterstütze.

Auch die ägyptischen Medien übernehmen die Rhetorik des „Kampf gegen den Terrorismus“. Sämtliche ägyptische TV-Kanäle blenden in ihren Sendungen „Kampf gegen den Terrorismus“ als Dauerlogo ein. Die Ursache für die Parteinahme der Medien für den Militärputsch, wird von Mohamed Al Jawadi darin gesehen, dass zwar Personen wie Tantawi, Mursi oder Sisi einflussreiche Positionen eingenommen haben, die tatsächlichen Einflussgrößen im Land dennoch Personen aus der Mubarak-Ära seien, die erfolgreich aus dem Hintergrund wirken. Diese würden über die finanziellen Mittel verfügen, um die Medien weitgehend zu beeinflussen (Al Jawadi 2013).

Nach Ansicht von Hani Shukrallah, hat es in Ägypten nie freie Medien gegeben. Statt Informationen zu bieten würden sie traditionell als Propagandamaschinen der Mobilisierung der Bevölkerung dienen. Demnach verstehen sich Journalisten „als Diener der Macht“ und würden je nach Machtverhältnissen ihre politische Gesinnung in der journalistischen Arbeit wechseln (Backhaus 2013).

Während das Militär sich vor allem auf das Fernsehen verlässt, verlassen sich Sympathisanten der Muslimbruderschaft auf das bereits bestehende riesige Netz an Internet- und Facebookseiten, auf denen sie alternative Informationen veröffentlichen.

In einem geleakten Interview, das bereits vor dem Militärputsch entstand wurde zudem die Medienstrategie des Militärs unter Führung von As- Sisi klar: „[...] the officers express their dismay at public scrutiny of the army, unknown in Egypt until after the 2011 uprising. Calling even mildly disrespectful news coverage “dangerous” and abnormal, the officers call for a restoration of “red lines” that had protected the military for decades. And they urge General Sisi to pressure the roughly two dozen big media owners into “self-censorship.” „ (Kirkpatrick 2013).

#### **7.4. Ausblick : Vor der Revolution ist nach der Revolution**

Ein kursorischer Blick über den bisherigen Verlauf der Transition in Ägypten zeigt, dass der Demokratisierungsprozess in Ägypten gescheitert ist, bevor er jemals angefangen hat. Denn ein korrupter Präsident und seine Familie sind, wie sich in Ägypten gezeigt hat, leichter zu stürzen als ein ganzes System. Bei der Revolution von 2011 hat es sich, meiner Ansicht nach, lediglich um einen Sturz des Staatspräsidenten, jedoch nicht des Regimes gehandelt. Dies zeigt sich insbesondere in der ersten Phase der Transition, in welcher ein Teil der Regimekoalition, und zwar das Militär, die Macht übernimmt und diese weiter ausbaut, anstatt einer zivilen Regierung zu übergeben. Es ist die Regimespaltung, die zum Erfolg der Revolution führt. Nach der Revolution zeigt sich jedoch, dass das Militär kompetent genug ist um laufende Regierungsgeschäfte zu übernehmen, Macht abzugeben oder gar als Hüter der demokratischen Transition aufzutreten. Der Oberste Militärerrat setzt stattdessen weiterhin auf Repression und Kooptation. Auch mit der demokratischen Wahl Mohamed Mursis zum Präsidenten, lässt sich kein grundlegender demokratischer Wandel erkennen. Zwar werden freie Wahlen in der Transitionsforschung als entscheidende Wende zwischen Demokratisierung und Konsolidierung gesehen, in Ägypten kann jedoch weder von einem noch dem anderen die Rede sein. Im Gegenteil, in einem Machtkampf, greifen sowohl das Militär als auch die Muslimbruderschaft zu repressiven Mitteln, um sich ihre Macht zu sichern. Mursi steht von Beginn seiner Wahl vor der Gefahr der Rückkehr der alten Ordnung, denn die Justiz, das Militär, die Sicherheitskräfte und die Medien, die bereits in der Ära Mubarak eine Einheit bildeten, erkennen die Autorität des gewählten und somit demokratisch legitimierten Präsidenten nicht an.

Die innerhalb von sechzig Jahren unter autokratischer Staatsführung etablierte Bürokratie bleibt weitgehend unangetastet und wird nicht umstrukturiert. In den Institutionen blieben daher Anhänger des alten Regimes. Insbesondere im Justizministerium konnte sich die Mubarak-Elite, die enge Kontakte zum Militär pflegte, halten. Mit der Entscheidung des Verfassungsgerichts das Parlament, welches überwiegend aus Muslimbrüdern und Salafisten bestand, aufzulösen, wurde die größte und stärkste oppositionelle Kraft im Land geschwächt. Auch im Sicherheitsapparat und in der Wirtschaft, sind noch Eliten aus der Mubarak-Ära. Durch gezielte Sabotage von Seiten dieser Elite, wie zum Beispiel durch Manipulationen im Energiesektor, wirkt das Land zunehmend instabil. Die Öffentlichkeit machte die neue Regierung unter Mursi verantwortlich und wirft ihm Unfähigkeit vor. Gegenüber der Gesellschaft, welche sich auch nach der Wahl Mursis in einem Klima hoher gesellschaftlicher Mobilisierung befindet, da sie auf weiteren Wandel drängt, setzt das Militär seit Übernahme der Macht auf eine Strategie der Chaotisierung und der Verunsicherung. Das Ziel dabei ist die Verunsicherung jener Bevölkerungsteile, die mit den Ideen der Revolutionäre sympathisieren, jedoch angesichts der anhaltender ökonomischer Krise und politischen Unsicherheit immer stärker dazu neigen, dem Militär eher Vertrauen zu schenken als den chaotischen politischen Prozessen der Neuerfindung eines möglichen demokratischen Ägyptens (vgl. Harders 2013). Die Regimekoalition verbündet sich nach der Revolution wieder um gegen der größten Opposition der Regimekoalition, nämlich der Muslimbruderschaft mobil zu machen. Ägypten wurde durch die verschiedenen Maßnahmen des Militärs, sowie einem Protestgesetz (Handelsblatt 2013) politisch auf null gesetzt.

## 8 Conclusio

Angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen in Ägypten, erweist sich die Beantwortung der Forschungsfrage als Herausforderung. Denn mit dem Arabischen Frühling hat zwar eine Transition begonnen, jedoch hat keine Demokratisierung des Landes stattgefunden.

Seit 2005 haben oppositionelle Gruppen das Internet und Neue Medien, wie Satellitenfernsehen genutzt um Proteste zu organisieren und koordinieren. Die sozialen Netzwerke boten den idealen Raum um die Massenproteste zu organisieren, da sie weitgehend frei von staatlicher Kontrolle waren und noch immer sind. Das Internet und Neue Medien haben die Monopole des autoritären Regimes in der Phase der Revolution über Massenmedien gebrochen. Hierbei ist zu betonen, dass vor allem ausländische und panarabische Satellitensender, den politischen Wandel unterstützten und noch immer unterstützen. Die Argumentation kann daher nicht auf alle Neue Medien bezogen werden, sondern muss im Detail betrachtet werden, denn die meisten Satellitensender in Ägypten sind in der Hand des alten Regimes und dienen daher zu Propagandazwecken. Die Neuen Medien und das Internet beziehungsweise sozialen Netzwerke haben jene Funktionen übernommen, die staatliche und traditionelle Medien seit Mubarak bis heute nicht erfüllen können. Soziale Netzwerke dienen als Forum, in dem viele verschiedene Ansichten präsentiert werden können und jeder seiner Meinung öffentlich kundtun kann, dies zeigt sich unter anderem an den verschiedenen politischen Facebookseiten, wie zum Beispiel die der Muslimbruderschaft. Der Informationsgehalt steigt dadurch. In dem Nutzer Fälle von Machtmissbrauch aufdecken, wie zum Beispiel Wael Ghonim der Bilder vom misshandelten Khaled Said veröffentlichte, üben sie auch eine gewisse Kontrollfunktion gegenüber dem Regime aus.

Die politische Relevanz von Neuen Medien bleibt nichtsdestotrotz umstritten. Denn im Endeffekt hängen die Mobilisierung und der Erfolg der Revolution von Faktoren ab, die jenseits der Kompetenz der Medien liegen. Konsens, ist dass Neue Medien, insbesondere ausländische Satellitensender und soziale Netzwerke, Funktionen der staatlichen Medien schwächen können, indem sie eigene Themen auf die Agenda setzen und durch alternative Informationen auf die Meinung und Überzeugungen der Bevölkerung auswirken können.

Für die Revolution war das Zusammenspiel von sozialen Netzwerken, Mobiltelefone und ausländischen sowie panarabischen Satellitensendern von zentraler Bedeutung. Die Vorteile des Internets lagen vor allem in dessen Interaktivität und Schnelligkeit, sowie dem Fehlen von Gatekeepern. So konnten Bilder und Geschehnisse gleich an Ort und Stelle dokumentiert werden. Satellitensender konnten auf diese Bilder und Nachrichten der „citizen journalists“ zurückgreifen und diese Ausstrahlen, dass erzeugte wiederum Emotionen, welche die Menschen dazu anregten bei den Protesten zu partizipieren. Denn im Endeffekt, ist Fernsehen mehr verbreitet als das Internet und hat deswegen größeren Einfluss. Zudem haben vor allem die Neuen Medien zum beschriebenen „Demonstration Effect“ geführt und nicht das Internet. Die Vorteile der sozialen Netzwerke lassen sich daher auf ihr Organisationspotential und den Aspekt der Informationsvermittlung reduzieren, da sie weder Auslöser noch Grund für den Erfolg der Proteste waren. Die Mobilisierung hätte in diesem Ausmaß jedoch nicht stattgefunden, wenn die Opposition nicht gemeinsame Ziele definiert hätte.

Der Erfolg der Revolution lässt sich aber nur durch den Bruch in der Regimekoalition erklären und dass sich das Militär gegen seine Verbündeten stellte. Die Medien konnten zwar Druck auf das Regime aufbauen, und die oppositionellen Gruppen in ihrer Konfliktfähigkeit stärken, was auf jedenfall zum Rücktritt Mubaraks führte, sie sind jedoch keine „agents of change“. Sie können einen Wandel herbeiführen, da das Resultat aber keine Demokratisierung ist, haben sie auch nicht zur Demokratisierung beigetragen.

Aber auch die jeweiligen politischen Akteure haben das Potenzial der Neuen Medien erkannt. So haben sowohl die Muslimbruderschaft als auch die Unternehmerelite sowohl eigene Sender etabliert als auch Facebook und Twitter Accounts errichtet um die öffentliche Meinung als Medienakteure zu beeinflussen.

Die verschiedenen Medien konnten sich im Laufe der beschriebenen Transition nicht emanzipieren. Im Gegenteil, das rechtliche Korsett wurde teilweise unter Mohamed Mursi sogar enger gezogen. Denn neben Beleidigung des Präsidenten, des Militärs etc, kam die Beleidigung des Propheten als Tatbestand dazu. Das heißt, dass Journalisten die Kritik ausübten auf Grundlage der Blasphemie verhaftet werden konnten. Auch das Notstandsgesetz, welches nach Mubaraks Rücktritt noch lange intakt blieb, schränkte Journalisten stark ein.

Zudem wurden mehr institutionelle Kontrollmechanismen eingeführt, die die Meinung- und Pressefreiheit weit begrenzt haben. Auch die panarabischen Satellitensender, die weitgehend unabhängig sind und kritisch in ihrer Berichterstattung, wurden im Laufe der Transition Restriktionen unterworfen. Das Regime unter der Führerschaft von General as- Sisi geht mit voller Härte gegen ausländische Korrespondenten vor und hat mehrmals die Büros ausländischer Satellitensender geschlossen. Des Weiteren nahm er alle Sender, die zuvor von der Muslimbruderschaft etabliert wurden,

Das Verhältnis zwischen Politik und Medien ist daher weitgehend gleich geblieben. Neue Medien in der Hand des alten Regimes und andere in staatlichem Besitz gebliebene Medien, fungieren noch als Sprachrohr des alten Regimes und dienen Propagandazwecken. Durch ihre fehlende Unabhängigkeit, können sie keine Funktion erfüllen, die in einer Demokratie von Medien normativ erfüllt werden sollte. Sie üben weder eine Kontrollfunktion aus, noch dienen sie als Forum für verschiedene Ansichten. Im Gegenteil, mit dem „Kampf gegen Terrorismus“ wird jede vom System abweichende Ansicht als terroristischer Angriff auf das System interpretiert. Damit folgt General as- Sisi, seinen Nachfolgern, die mit „nationaler Einheit“, „nationaler Sicherheit“ und „Blasphemie“, die Meinungsvielfalt und Pressefreiheit einschränken konnten.

Eine Demokratisierung ist zum Zeitpunkt, in der diese Arbeit verfasst wurde, nicht in Sicht: denn ohne Meinungsvielfalt sowie Meinungs- und Pressefreiheit kann das bestehende Regime nicht als Demokratie bezeichnet werden – und ohne Demokratie auch keine Meinungsvielfalt und Pressefreiheit.

## Literaturverzeichnis

- Abou Bakr, Sara (2014): Journalism in Egypt, a dangerous business. 26.01.2014  
<http://www.dailynewsegypt.com/2014/01/26/journalism-in-egypt-a-dangerous-business/>  
[Zugriff: 31.01.2013]
- Aday, Sean (u.a.) (2012): New Media and Conflict After the Arab Spring.  
<http://www.usip.org/sites/default/files/PW80.pdf> [Zugriff: 31.01.2013]
- AhramOnline (2013): Egypt Internet users reached 36 million in June 2013: MCIT.  
28.10.2013  
<http://english.ahram.org.eg/NewsContent/3/12/84996/Business/Economy/Egypt-Internet-users-reached--million-in-June--MCI.aspx> [Zugriff: 31.01.2014]
- AhramOnline (2013): Egyptian security cracks down on Al-Jazeera Mubasher Misr.  
04.07.2013  
<http://english.ahram.org.eg/NewsContent/1/64/75646/Egypt/Politics-/Egyptian-security-cracks-down-on-AlJazeera-Mubashe.aspx> [Zugriff: 31.01.2014]
- Al- Jawadi, Mohamed (2013): Why did the Egyptian media side with the coup? 11.10.2013  
<https://www.middleeastmonitor.com/articles/africa/7797-why-did-the-egyptian-media-side-with-the-coup> [Zugriff: 31.01.2014]
- Altmeppen, Klaus- Dieter (2006): Ökonomisierung. In: Günter Bentele, Hans- Bernd Brosius, Otfried Jarren (Hg.): Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaften. Wiesbaden: VS Verlag.
- Amin, Hussein (2010): Strengthening the Rule of Law and Integrity in the in the Arab world.  
[http://www.arabruleoflaw.org/Files/PDF/Media/English/P2/Egypt\\_MediaReportP2\\_En.pdf](http://www.arabruleoflaw.org/Files/PDF/Media/English/P2/Egypt_MediaReportP2_En.pdf)  
[Zugriff: 31.01.2014]
- ANHRI (2005): Egypt: Increasing Curb over Internet Usage. Harassments against Net Cafés should immediately End 23.02.2005  
<http://www.anhri.net/en/reports/2005/pr0223.shtml> [Zugriff: 31.01.2014]
- Arafat, Alaa Al- Din (2009): The Mubarak Leadership and Future of Democracy in Egypt.  
New York: Palgrave Macmillan.
- Backhaus, Andrea (2013): In Ägypten sind Medien nur Propagandamittel. 13.10.2013.  
<http://www.welt.de/kultur/medien/article120873111/In-Aegypten-sind-Medien-nur-Propagandaschienen.html> [Zugriff: 31.01.2014]
- Bayoumi, Alaa (2010): Has Egypt's ruling party grown fat? 22.1.2010  
<http://www.aljazeera.com/indepth/2010/11/201011211241793913.html> [Zugriff: 31.01.2013]
- BBC (2011): Egypt dissolves notorious internal security agency. 15.03.2011  
<http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-12751234> [Zugriff: 31.01.2014]
- BBC (2013): Egypt profile.06.08.2013  
<http://www.bbc.co.uk/news/world-africa-13313373> [Zugriff: 31.01.2014]

- Bickel, Markus (2013): Die gestohlene Revolution. 06.07.2013  
<http://www.faz.net/aktuell/politik/staatsstreich-in-aegypten-die-gestohlene-revolution-12273230.html> [Zugriff: 31.01.2013]
- Binger, Doris A. (2011): Die Rolle der Medien im Demokratisierungsprozess Kenias. Münster: LIT.
- Black, Ian/ Shenker, Jan/ McGral, Chris (2011): Egypt set for mass protest as army rules out of force. 31.01.2011.  
<http://www.theguardian.com/world/2011/jan/31/egyptian-army-pledges-no-force> [Zugriff: 31.01.2013]
- Branahl, Udo/ Donges, Patrick (2011): Warum Medien wichtig sind: Funktionen in der Demokratie. 08.06.2011  
<http://www.bpb.de/izpb/7492/warum-medien-wichtig-sind-funktionen-in-der-demokratie?p=all> [Zugriff: 31.01.2014]  
 [Gedruckt erschienen in: Informationen zur politischen Bildung, 309, 6-8.]
- Carlstrom, Gregg (2013): Despondents seems at pro- Morsi rally. 04.07.2013  
<http://www.aljazeera.com/news/middleeast/2013/07/20137412240752156.html>  
 [Zugriff: 31.01.2013]
- Carothers, Thomas (2002): The End of the Transition Paradigm. In: Journal of Democracy. No. 1, S.5-21.
- Craemer, Lars (2011): Googles Saynow-Zukauf ermöglicht Twitter per Telefon in Ägypten 01.02.2011  
<http://www.pcgameshardware.de/Internet-Thema-34041/News/Googles-Saynow-Zukauf-ermoeoglicht-Twitter-per-Telefon-in-Aegypten-809884/> [Zugriff: 31.01.2014]
- DiLeonardo, Rebecca (2012): Egypt state-of-emergency law expires 31.05.2012  
<http://jurist.org/paperchase/2012/05/egypt-state-of-emergency-law-expires.php>  
 [Zugriff: 31.01.2014]
- Dubai Press Club (2010): Arab Media Outlook 2009- 2013.  
<https://www.fas.org/irp/eprint/arabmedia.pdf> [Zugriff: 31.01.2014]
- EgyptIndependent (2012): Military head ends state of emergency, except in 'thug-related cases' 24.01.2012  
<http://www.egyptindependent.com/news/military-head-ends-state-emergency-except-thug-related-cases> [Zugriff: 31.01.2014]
- El Ahl, Amira (2011): Ägyptens Jugend feiert die Verhaftung Mubaraks. 13.04-2011  
<http://www.welt.de/politik/ausland/article13165359/Aegyptens-Jugend-feiert-die-Verhaftung-der-Mubaraks.html> [Zugriff: 03.02.2014]
- El- Bendary, Mohamed (2010): The Egyptian Press and Coverage of Local and International Events. Plymouth: Lexington Books.
- El- Bendary, Mohamed (2013): The Egyptian Revolution: From Hope to Despair; Mubarak to Morsi. [o.O.]: Algora Publishing.

Faath, Sigrid (2005): Demokratisierung durch externen Druck? Perspektiven politischen Wandels in Nordafrika/Nahost. Hamburg: Deutsches Orient-Institut.

Fakoussa, Dina (2012): Wenig Spielraum für Ägyptens neuen Staatschef. 26.06.2012  
<https://dgap.org/de/think-tank/publikationen/fuenf-fragen/wenig-spielraum-f%C3%BCr-%C3%A4gyptens-neuen-staatschef> [Zugriff: 03.02.2014]

Fandy, Mamoun (2000): Information Technology, Trust, and Social Change in the Arab World. In: Middle East Journal. No.3, S. 378-394.

Farid, Doaa (2013): Egypt has the largest number of Facebook users in the Arab world. 25.09.2013  
<http://www.dailynewsegypt.com/2013/09/25/egypt-has-the-largest-number-of-facebook-users-in-the-arab-world-report/#sthash.EHbPSzGW.wb45YsSH.dpuf> [Zugriff: 03.02.2014]

FAZ (2011): Parteien drohen mit Wahlboykott 29.11.2011  
<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/naher-osten/aegypten-parteien-drohen-mit-wahlboykott-11373914.html> [Zugriff: 03.02.2014]

FAZ (2013): Gericht verbietet Muslimbruderschaft. 23.09.2013  
<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/naher-osten/aegypten-gericht-verbietet-muslimbruderschaft-12586912.html> [Zugriff: 03.02.2014]

Freedom House (2011): Freedom of the Press. Egypt.  
<http://www.freedomhouse.org/report/freedom-press/2011/egypt> [Zugriff: 03.02.2014]

Freedom House (2012): Freedom of the Press. Egypt.  
<http://www.freedomhouse.org/report/freedom-press/2012/egypt> [Zugriff: 03.02.2014]

Freedom House (2013): Freedom of the Press. Egypt.  
<http://www.freedomhouse.org/report/freedom-press/2013/egypt> [Zugriff: 03.02.2014]

Frefel, Astrid (2013): Generäle stellen Ultimatum. 02.07.2013  
<http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/generaele-stellen-ultimatum-1.18109174>

Gehlen, Martin (2011): Das neue Ägypten. 13.02.2011  
<http://www.fr-online.de/aegypten-syrien-revolution/nach-den-unruhen-das-neue-aegypten,7151782,7189556.html> [Zugriff: 03.02.2014]

Gehlen, Martin (2013): "Auf uns Demokraten findet eine Treibjagd statt". 09.08.2013  
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-08/aegypten-verhandlungen-muslimbrueder-interview-amr-hamzawy> [Zugriff: 03.02.2014]

Ghonim, Wael (2012): Revolution 2.0. Wie wir mit der ägyptischen Revolution die Welt verndern. Berlin: Econ.

Handelsblatt (2013): Ägypten verbietet spontane Demonstrationen. 24.11.2013  
<http://www.handelsblatt.com/politik/international/neues-gesetz-aegypten-verbietet-spontane-demonstrationen/9122314.html> [Zugriff: 03.02.2014]

- Harders, Cilja (1998): „Die Furcht der Reichern und die Hoffnung der Armen“ – Ägyptens schwieriger Weg zur Demokratie. In: Schubert, Gunter/ Tetzlaff, Rainer (Hg.): Blockierte Demokratien in der Dritten Welt. Opladen: Leske und Budrich, S. 267- 296.
- Harders, Cilja (2013): Revolution I und II – Ägypten zwischen Transformation und Restauration. In: Jünemann, Annette/ Zorob, Anja (Hg.): Arabellion. Zur Vielfalt von Protest und Revolte im Nahen Osten und Nordafrika. Wiesbaden: VS Springer., S. 19-42.
- Hassan, Abdalla F. (2013): Changing News Changing Realities. Media Censorship's Evolution in Egypt. Oxford: Oxford University Press.
- Hemminger, Patrick (2011): Wie Facebook Ägypten verändert hat. 04.02.2011.  
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-02/jugendbewegung-aegypten-facebook> [Zugriff: 31.01.2013]
- HMLC (2010): <http://hmlc-egy.org/> [Zugriff: 03.02.2014]
- Hourani, Albert (2006): Die Geschichte der arabischen Völker. Von den Anfängen des Islam bis zum Nahostkonflikt unserer Tage. Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch.
- Howard, Philip N. / Hussain, Muzammil M. (2013): Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring. New York: Oxford University Press.
- Huntington, Samuel P. (1991): The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century. Norman: University of Oklahoma Press.
- Huntington, Samuel P. (1996): The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order. New York
- Ibrahim, Ekram (2011): Egypt outcry over „reactivation” of hated emergency law. 15.09.2011  
<http://english.ahram.org.eg/News/21162.aspx> [Zugriff: 31.01.2013]
- ITU (2011): The World 2011. ICT Facts and Figures.  
<http://www.itu.int/ITU-D/ict/facts/2011/material/ICTFactsFigures2011.pdf> [Zugriff: 31.01.2013]
- Jarren, Otfried/Donges, Patrick (2006): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag.
- Jebril, Nael (u.a.) (2013): Media and Democratisation: What is known about the Role of Mass Media in Transitions to Democracy.  
[https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/fileadmin/documents/Publications/Working\\_Papers/Media\\_and\\_Democratisation.pdf](https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/fileadmin/documents/Publications/Working_Papers/Media_and_Democratisation.pdf) [Zugriff: 31.01.2014]
- Khamis, Sahar: The Transformative Egyptian Media Landscape: Changes, Challenges and Comparative Perspectives. In: Journal of Communication, Vol. 5, S.1159-1177.
- Kirkpatrick, David D. (2013): In Leaked Video, Egyptian Army Officers Debate How to Sway News Media. 03.10.2013  
[http://www.nytimes.com/2013/10/04/world/middleeast/in-leaked-video-egyptian-army-officers-debate-how-to-sway-news-media.html?pagewanted=all&\\_r=0](http://www.nytimes.com/2013/10/04/world/middleeast/in-leaked-video-egyptian-army-officers-debate-how-to-sway-news-media.html?pagewanted=all&_r=0) [Zugriff: 31.01.2014]
- Klaiber, Susanne (2012): Großes Dossier: Die Revolutionen in der arabischen Welt. 16.10.2012 <http://www.focus.de/politik/ausland/krise-in-der-arabischen-welt/tid->

[22930/grosses-dossier-die-revolutionen-in-der-arabischen-welt\\_aid\\_645516.html](#) [Zugriff: 31.01.2013]

Kluser, Randolph (2007): The Logic of New Media and Democratization. In: Indrajit, Banerjee (Hg.): The Internet and Governance in Asia. A critical Reader. Singapore: Nanyang University, S. 65- 84.

Krämer, Gudrun (2004): Aus Erfahrung lernen? Die Islamische Bewegung in Ägypten. In: Clemens Six (Hg.) (u.a.): Religiöser Fundamentalismus. Vom Kolonialismus zur Globalisierung. Innsbruck (u.a.): StudienVerlag, S.185-200.

McGrath, Cam (2011): Mubarak Regime 'provoked' Attacks on Christians. 04.03.2011 <http://www.aina.org/news/20110303195605.htm> [Zugriff: 31.01.2013]

MCIT (2011): eMist. National Broadband Plan. [http://www.tra.gov.eg/emisr/Presentations/Plan\\_En.pdf](http://www.tra.gov.eg/emisr/Presentations/Plan_En.pdf) [Zugriff: 31.01.2013]

Meital, Yoram (2006): The Struggle over Political Order in Egypt. The 2005 Elections. In: Middle East Journal. No.2.

Mekay, Emad (2011): TV Stations Multiply as Egyptian Censorship Falls. 13.07.2011 [http://www.nytimes.com/2011/07/14/world/middleeast/14iht-M14B-EGYPT-MEDIA.html?pagewanted=all&\\_r=0](http://www.nytimes.com/2011/07/14/world/middleeast/14iht-M14B-EGYPT-MEDIA.html?pagewanted=all&_r=0) [Zugriff: 31.01.2013]

Merkel, Wolfgang (1996): Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze, Konzeptionen. 2. Aufl. Opladen: Leske und Budrich.

Merkel, Wolfgang/ Puhle, Hans- Jürgen (1999): Von der Diktatur zur Demokratie. Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade. Opladen, Wiesbaden: Westdt. Verl.

Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2.Aufl. Wiesbaden : VS Verlag.

Morozov, Evgeny (2011): The Net Delusion. How Not to Liberate The World. New York: PublicAffairs.

Nordhausen, Frank/ Schmid, Thomas (2011): Die arabische Revolution: Demokratischer Aufbruch von Tunesien bis zum Golf. Berlin: Ch. Links Verl.

Nunns, Alex/ Idle, Nadia (2011): Tweets from Tahrir: Egypt's Revolution as it Unfolded, In the Words of the People Who Made it. New York: OR Books.

NTV (2010): Ägyptische Wahl- Farce. 06.12.2010. <http://www.n-tv.de/politik/Aegyptische-Wahl-Farce-beendet-article2087321.html> [Zugriff: 03.02.2014]

NTV (2012): Gericht prüft Präsidenten-Dekret. 09.07.2012 <http://www.n-tv.de/politik/Gericht-prueft-Praesidenten-Dekret-article6678171.html> [Zugriff: 03.02.2014]

O'Donnell, Guillermo/ Schmitter, Philippe C. (1986): Transitions form Authoritarian Rule. Prospects for Democracy. Baltimore: Johns Hopkins University Press.

OpenNet Initiative (2009): [https://opennet.net/research/profiles/egypt#footnoteref14\\_ozeieji](https://opennet.net/research/profiles/egypt#footnoteref14_ozeieji)

[Zugriff: 03.02.2014]

Perthes, Volker (2002): Geheime Gärten. Die neue arabische Welt. München: Siedler.

Perthes, Volker (2011): Der Aufstand. Die arabische Revolution und ihre Folgen. München: Pantheon Verlag.

Puppis, Manuel (2010): Einführung in die Medienpolitik. Konstanz : UVK.

Radsch, Courtney C. (2008): Core to Commonplace: The evolution of Egypt's blogosphere <http://www.arabmediasociety.com/?article=692> [Zugriff: 03.02.2014]

Rheingold, Howard (1994): Virutelle Gemeinschaft: soziale Beziehungen im Zeitalter des Computers. Bonn (u.a.): Addison- Wesley.

Rizk, Philip (2011): Ägypten ist keine „Twitter-Revolution. 07.02.2011. [http://www.dradio.de/df/sendungen/interview\\_dlf/1382263/](http://www.dradio.de/df/sendungen/interview_dlf/1382263/) [Zugriff: 03.02.2014]

Rolenc, Frauke (2004): Ausnahmezustand in Ägypten. 22.11.2004 <http://www.amnesty-stuttgart.de/erfolge/aegypten.html> [Zugriff: 03.02.2014]

Rugh, William A. (2004): Arab Mass Media: Newspapers, Radio, and Television in Arab Politics. Westport: Praeger Publishers.

Sabadello, Markus (2013): The role of New Media for the Democratization Process in the Arab World. In: Sereghy, Zsolt (Hg): The Arab revolutions: reflections on the role of civil society, human rights and new media in the transformation process. Stadt Schlaining: ÖSFK, S. 11 -20.

Sarcinelli, Ulrich (2009): Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System. Wiesbaden : VS Verlag.

Sarcinelli, Ulrich (2010): Politische Kommunikation in Deutschland. Medien und Politikvermittlung im demokratischen System. 3.Aufl. Wiesbaden: VS Verlag.

Saxer, Ulrich (1998): Mediengesellschaft. Verständnisse und Missverständnisse. In: Sarcinelli, Ulrich (Hg.): Politikvermittlung Demokratie in der Mediengesellschaft. Opladen (u.a.) : Westdt. Verl., S. 52-73.

Schäfer, Jan M. (2009): Protest in Ägypten. Wie Al- Jazeera und andere Medien die Kifaya-Bewegung möglich machten. Berlin: Frank: Timme.

Schlüter, Tim/ Münz, Michael (2010): 30 Minuten: Twitter, Facebook, XING & Co. Offenbach: GABAL.

Schmädeke, Philipp C. (2012): Politische Regimewechsel. Grundlagen der Transitionsforschung. Tübingen: A. Francke UTB.

Schubert, Gunter/ Tetzlaff, Rainer/ Vennewald, Werner (Hg.) (1994): Demokratisierung und politischer Wandel. Theorie und Anwendung des Konzeptes der strategischen und konfliktfähigen Gruppen. Münster (u.a.) : LIT.

SpiegelOnline (2010): Nach Parlamentswahl: Schwere Ausschreitungen in Ägypten. 29.11.2010

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/nach-parlamentswahl-schwere-ausschreitungen-in-aegypten-a-731866.html> [Zugriff: 03.02.2014]

SpiegelOnline (2011): Aufruhr in Ägypten: Vodafone verteilte Pro-Mubarak-Propaganda. 03.02.2011

<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/aufuhr-in-aegypten-vodafone-verteilte-pro-mubarak-propaganda-a-743366.html> [Zugriff: 03.02.2014]

Stanford, David (2008): Egypt faces new media censorship. 07.08.2008

<http://www.aljazeera.com/focus/2008/08/20088791952617974.html> [Zugriff: 03.02.2014]

Stryjak, Jürgen (2011): Ägypter zweifeln an Absichten der Übergangsregierung. 26.02.2011

<http://www.tagesschau.de/ausland/aegypten758.html> [Zugriff: 03.02.2014]

Strato, Christoph (2013): Die Rolle der Medien in gesellschaftlichen Umbrüchen. Ein Vergleich der rumänischen und der ägyptischen Revolution. Saarbrücken: Akademiker Verlag.

Süddeutsche Zeitung (2010): Ausschreitungen nach Parlamentswahl 29.11.2010

<http://www.sueddeutsche.de/politik/aegypten-ausschreitungen-nach-parlamentswahl-1.1029914> [Zugriff: 03.02.2014]

Tagesspiel (2013): Mursis Regierungszeit - Eine Chronologie. 03.07.2013

<http://www.tagesspiegel.de/politik/praesident-fuer-einjahr-mursis-regierungszeit-eine-chronologie/8444660.html> [Zugriff: 03.02.2014]

Taz.de (2011): Das Ende der Kisse. 02.04.2011

<http://www.taz.de/!68402/> [Zugriff: 03.02.2014]

Taz.de (2011): Militärrat ändert das Wahlgesetz. 09.10.2011

<http://www.taz.de/Demokratiebewegung-in-gypten/!79596/> [Zugriff: 03.02.2014]

Thornton, Anita (2001): Does the Internet create Democracy? In: *Ecquid Nov: African Journalism Studies*, 22/ 2, S. 126-147.

Tufekci, Zeynep/ Wilson, Christopher (2012): Social Media and the Decision to Participate in Political Protest: Observations from Tahrir Square. In: *Journal of Communication*, Vol. 62, S. 363- 379.

Voltmer, Katrin (2013): *The Media in Transitional Democracies*. Cambridge: Polity Press.

Wille, Marion (2004): *Das Ende einer liberalen Hoffnung. Ägyptische Journalisten und Rechtsanwälte zwischen demokratischer Verantwortung und politischer Resignation*. Münster: LIT.

Windfuhr, Volkhart (2011): Ägypten: Demonstranten fordern schnelles Ende der Ära Mubarak. 08.04.2011

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/aegypten-demonstranten-fordern-schnelles-ende-der-era-mubarak-a-755980.html> [Zugriff: 03.02.2014]

Wolman, David (2012): Cairo Activists Use Facebook to Rattle Regime. 20.10.2008

[http://www.wired.com/techbiz/startups/magazine/16-11/ff\\_facebookegypt?currentPage=all](http://www.wired.com/techbiz/startups/magazine/16-11/ff_facebookegypt?currentPage=all) [Zugriff: 03.02.2014]

Zekri, Sonja (2012): Verzweifelter Kampf gegen das Chaos. 15.06.2012  
<http://www.sueddeutsche.de/politik/parlament-in-aegypten-aufgeloest-verzweifelter-kampf-gegen-das-chaos-1.1383202> [Zugriff: 03.02.2014]

Jugend 6. April: 6.april.org [Zugriff: 03.02.2014]

Ägyptische Verfassung:  
<http://www.sis.gov.eg/En/Templates/Articles/tmpArticles.aspx?CatID=208> [Zugriff: 03.02.2014]

Notstandsgesetz:

[http://de.wikipedia.org/wiki/Notstandsgesetzgebung\\_in\\_%C3%84gypten](http://de.wikipedia.org/wiki/Notstandsgesetzgebung_in_%C3%84gypten) [Zugriff: 03.02.2014]

## Abstract

In Ägypten kommt es zu Beginn des Jahres 2011 zu Massendemonstrationen. Die Demonstranten verlangen die Demokratisierung des Landes. Sie waren von den Bildern der vorausgegangenen Demonstrationen in Tunesien und dem damit einhergehenden Sturz Ben Alis inspiriert worden. Diese Bilder empfing die ägyptische Bevölkerung über sogenannte Neue Medien, wie zum Beispiel den panarabischen Satellitensender Al- Jazeera. Die Bilder verbreiteten sich auch über die sozialen Netzwerke Facebook und Twitter. Bereits vor den Protesten in Tunesien, hatten in Ägypten Bilder vom zu Tode gefolterten Khaled Said, sich über die sozialen Netzwerke verbreitet, was den Unmut über die ägyptische Regierung unter Mubarak und ihre repressives Verhalten gegenüber der Bevölkerung steigerte. Nach achtzehn Tagen Massenprotest gibt Mubarak schließlich seinen Rücktritt bekannt und der Hohe Rat der Streitkräfte übernimmt die Führung im Land. In Folge dieser Proteste wurde immer wieder die Rolle der Neuen Medien und ihr Demokratisierungspotenzial betont. Angesichts der jetzigen Lage, sind die Hoffnungen und Stimmen über die Demokratisierung der Region und dem Demokratisierungspotenzial dieser Neuen Medien leiser geworden. Das Ziel der vorliegenden Arbeit ist daher ein besseres Verständnis dafür zu schaffen, welchen Einfluss Medien bei politischen und sozialen Entwicklungen tatsächlich in Ägypten hatten und haben können.

In the advent of 2011 the Egyptian Revolution took place following a popular uprising that began in Tunisia. Millions of protesters demanded the overthrow of the regime of President Mohamed Husni Mubarak and the democratic transition of the country. The protesters were inspired by the antecedent protests in Tunisia, in which people successfully toppled down their long-term President Ben Ali. The pictures of the protests in Tunisia were disseminated by so- called “new media” like the panarabic Channel Al- Jazeera and social networks such as Facebook and Twitter. Furthermore, the pictures of Khaled Said, a young man who has been brutally beaten to death by security forces, were being shared all over social networks. The dissatisfaction with the regime of Mubarak and their oppressive behaviour increased. After 18 days of protests President Mubarak eventually resigned and the Supreme Council of Armed Forces resumed power.

The protests are often referred to as “Facebook” – Revolution and their potential for democratisation were emphasized by many observers of the protests. In the light of new events in Egypt hopes for a successful democratisation have been silenced. The aim of the following thesis is therefore to build a better understanding of the role of the various media in a transitional process of a country.

## **Curriculum Vitae**

Name: Maram ElAzrak  
Geburtsort: Wien  
Staatsangehörigkeit: Österreich

### **Schulbildung**

Zeitraum: 2008 - dato Studium der Internationalen Entwicklung an der Universität Wien

Zeitraum: 2000 - 2008 im Brigittenauer Gymnasium in Wien

Zeitraum: 1996 - 2000 in der Volksschule Graf Starhembergasse in Wien

### **Berufstätigkeit**

Zeitraum: April 2011 - Dezember 2013 als Rezeptionistin im Hotel Bella Vienna

### **Besondere Kenntnisse**

IT – MS Office, HS3

Arabisch (Muttersprache)

Deutsch (fließend)

Englisch (fließend)

Französisch B 2